

Untergliederung 16: Öffentliche Abgaben**Ausgaben**

Für die UG 16 wurden keine Ausgaben veranschlagt.

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 43.806,77 Mio. EUR und somit 66,4 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 44.879,00 Mio. EUR wurden 1.072,24 Mio. EUR (– 2,4 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich bei der Vorwegbesteuerung/Pensionskassen (– 653,14 Mill. EUR) infolge einer zu geringen Akzeptanz dieser Maßnahme durch die Betroffenen. Weitere Mindereinnahmen entstanden bei der veranlagten Einkommensteuer (– 258,05 Mio. EUR) sowie bei der Kapitalertragsteuer (– 235,81 Mio. EUR) und bei der Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge (– 232,69 Mio. EUR).

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden bei der Lohnsteuer (+ 391,98 Mio. EUR) durch eine bessere Beschäftigungslage sowie bei der Umsatzsteuer (+ 372,33 Mio. EUR) durch einen Anstieg des privaten Konsums erzielt. Weitere Mehreinnahmen betrafen Resteingänge weggefallener Abgaben (vorwiegend aus Abgabenguthaben) (+ 189,04 Mio. EUR) sowie die Grunderwerbsteuer (+ 165,39 Mio. EUR) durch vermehrte Grunderwerbe.

Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 16	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	44.879,00	43.806,77	– 1.072,24	– 2,4
Summe	44.879,00	43.806,77	– 1.072,24	– 2,4
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	1.108,18	404,42	– 703,76	– 63,5
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	43.770,82	43.402,35	– 368,47	– 0,8
Summe	44.879,00	43.806,77	– 1.072,24	– 2,4
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	68,7	66,4		

TZ 3

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
16	Öffentliche Abgaben	in Mio. EUR		in %	
2/.. Einnahmen					
160	Einkommen- und Vermögensteuern	36.933,96	35.665,15	- 1.268,80	- 3,4
161	Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)	17,00	18,00	+ 1,00	+ 5,9
162	Umsatzsteuer	24.230,00	24.602,33	+ 372,33	+ 1,5
164	Verbrauchsteuern	6.270,00	6.122,68	- 147,32	- 2,3
165	Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	500,00	477,35	- 22,65	- 4,5
166	Verkehrsteuern	5.672,00	5.967,14	+ 295,14	+ 5,2
167	Nebenansprüche u. Resteingänge weggefallener Abgaben	100,00	300,44	+ 200,44	+ 200,4
168	Ab Überweisungen (I)	- 26.343,96	- 26.458,04	- 114,08	+ 0,4
169	Ab Überweisungen (II)	- 2.500,00	- 2.888,30	- 388,30	+ 15,5
Summe Einnahmen		44.879,00	43.806,77	- 1.072,24	- 2,4

2/16 Öffentliche Abgaben

2/160 Einkommen- und Vermögensteuern

2/16000 Vorwegbesteuerung/Pensionskassen (zweckgebundene Gebarung)

- 653,14 Mio. EUR

Mindereinnahmen aus der Vorwegbesteuerung/Pensionskassen (zweckgebundene Gebarung) (- 72,6 %). Die budgetierten Einnahmen von 900,00 Mio. EUR wurden vom BMF unter der Annahme einer vollständigen Ausnutzung der, grundsätzlich für die Betroffenen günstigen, Vorwegbesteuerung geschätzt. Dem BMF war weder die Höhe des betroffenen Anteils der Deckungsrückstellungen bekannt, noch war die Aufteilung auf die unterschiedlich hohe Pauschalbesteuerung möglich. Nach Ansicht des BMF dürfte eine gewisse Skepsis hinsichtlich des langfristigen Steuervorteils bei den Betroffenen bestanden haben (siehe auch VA-Ansatz 1/46018).

- 653,14 Mio. EUR



2/16004	Veranlagte Einkommensteuer	- 258,05 Mio. EUR
	<p>Mindereinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer (- 9,0 %). Zum Zeitpunkt der Veranschlagung war das als Schätzbasis dienende Einnahmenaufkommen 2011 nur rund zur Hälfte bekannt. Das Aufkommen 2011 war letztendlich um über 100 Mio. EUR geringer als angenommen.</p> <p>Der restliche Ausfall war der entgegen der langjährigen Erfahrung, unerwartet negativen Entwicklung der Veranlagung 2010 geschuldet. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres kam es zu einem Rückgang von rd. 90 Mio. EUR, was zusätzlich die laufenden Vorauszahlungen für 2012 dämpfte.</p>	- 258,05 Mio. EUR
2/16014	Lohnsteuer	+ 391,98 Mio. EUR
	<p>Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer (+ 1,7 %). Zum Zeitpunkt der Veranschlagung lag eine Prognose des WIFO über einen Zuwachs an unselbstständig Aktiven von 0,4 % bzw. über einen Anstieg der Pro-Kopf-Löhne von 2,5 % für 2012 vor. Mit der Dezemberprognose 2012 wurden diese Zahlen auf 1,4 % bzw. 2,7 % revidiert.</p>	+ 391,98 Mio. EUR
2/16024	Kapitalertragsteuer	- 235,81 Mio. EUR
	<p>Mindereinnahmen aus der Kapitalertragsteuer (- 16,7 %). Durch eine Organisationsänderung innerhalb der Finanzverwaltung verzögerten sich Auszahlungen von Erstattungen an Kapitalertragsteuer und verschoben sich von 2011 nach 2012 (rd. - 70,00 Mio. EUR). Weiters kam es zu Korrekturen größerer Beträge zu Lasten der Kapitalertragsteuer auf Dividenden (rd. - 49,06 Mio. EUR). Zum Zeitpunkt der Veranschlagung ging das BMF überdies von einer positiveren konjunkturellen Entwicklung aus, die sich jedoch nicht manifestierte.</p>	- 235,81 Mio. EUR
2/16025	Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	- 232,69 Mio. EUR
	<p>Mindereinnahmen aus der Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge (- 14,9 %). Abweichend von der Prognose sanken die durchschnittlichen Zinssätze, bzw. flachte auch die Zinsstrukturkurve stärker ab als erwartet. War beispielsweise im September 2011 noch von einem Drei-Monatszinsatz von 1,5 % im Jahr 2012 auszugehen, betrug dieser Satz Ende 2012 nur 0,7 %.</p>	- 232,69 Mio. EUR

TZ 3

2/16026	EU-Quellensteuer	- 50,47 Mio. EUR
	Mindereinnahmen aus der EU-Quellensteuer (- 36,0 %). Einerseits fiel das Zinsniveau auch im Euroraum, andererseits ist das Verhalten der ausländischen Anleger schwer abschätzbar.	- 50,47 Mio. EUR
2/16034	Körperschaftsteuer	- 173,37 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer (- 3,2 %) waren vor allem auf Gutschriften aus den Veranlagungen eines Einzelfalles zurückzuführen.	- 173,37 Mio. EUR
2/16086	Wohnbauförderungsbeitrag	+ 6,18 Mio. EUR
	Mehreinnahmen beim Wohnbauförderungsbeitrag (+ 0,7 %). Das Wachstum der Bruttolohnsumme 2012 lag laut Septemberprognose (WIFO) 2011 bei 2,4 % und stieg auf 3,7 % (Jännerprognose WIFO 2013). Die Mehreinnahmen bewegen sich in einer Größenordnung, die dem Zufall geschuldet ist.	+ 6,18 Mio. EUR
2/16090	Zusatzabgabe zur Stabilitätsabgabe (zweckgebundene Gebarung)	- 56,26 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei der Zusatzabgabe zur Stabilitätsabgabe (zweckgebundene Gebarung) (- 44,0 %). Die gemäß § 7 Abs. 1 Stabilitätsabgabegesetz, BGBl. I Nr. 111/2010, ab 2012 zu entrichtende Zusatzabgabe wurde im Zuge der unterjährigen Zahlungen von den Banken vielfach zusammen mit der Stabilitätsabgabe in <u>einem</u> Betrag entrichtet und verbucht. Die Buchungen laut falscher Verrechnungsanweisung werden erst 2013 im Rahmen der Veranlagungen für 2012 korrigiert. Durch entsprechende Gutschriften der Stabilitätsabgabe bzw. Nachforderung der Zusatzabgabe werden nach erfolgter Veranlagung die Beträge im korrekten Verhältnis stehen (siehe auch VA-Ansatz 1/46018).	- 56,26 Mio. EUR
2/16094	Stabilitätsabgabe	- 8,83 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Insgesamt wurden weniger Einnahmen aus der Stabilitätsabgabe (– 1,7 %) und Zusatzabgabe zur Stabilitätsabgabe eingenommen als veranschlagt. Der Grund lag in drei großen Fällen, bei denen gemäß § 5 Stabilitätsabgabegesetz eine Neubemessung vorzunehmen war, weil es zu einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse gekommen war (sowohl die durchschnittliche Bilanzsumme 2011 als auch das durchschnittliche Geschäftsvolumen der Derivate 2011 betrug weniger als die Hälfte der entsprechenden Werte des Geschäftsjahres 2010).

– 8,83 Mio. EUR

2/162 Umsatzsteuer

2/16204 Umsatzsteuer

+ 372,33 Mio. EUR

Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer (+ 1,5 %). Zum Zeitpunkt der Veranschlagung war lt. Prognose (WIFO) von einem Zuwachs des privaten Konsums von 2,9 % auszugehen. Das Umsatzsteueraufkommen liegt 2012 mit + 5,2 % gegenüber dem Vorjahr weit über der Zunahme des privaten Konsums.

+ 372,33 Mio. EUR

2/164 Verbrauchsteuern

2/16404 Tabaksteuer

+ 20,79 Mio. EUR

Die Mehreinnahmen bei der Tabaksteuer (+ 1,3 %) gegenüber dem BVA bewegen sich in einer Größenordnung, die dem Zufall geschuldet ist. Entnahmen aus den Steuerlagern erfolgen nicht in fixen Zeitabständen und genau vorbestimmten Mengen.

+ 20,79 Mio. EUR

2/16444 Mineralölsteuer

– 168,62 Mio. EUR

Mindereinnahmen bei der Mineralölsteuer (– 3,9 %). Die Entnahmen aus den Steuerlagern erfolgen nicht in fixen Zeitabständen oder genau vorbestimmten Mengen. Im Jänner 2013 waren hingegen bereits Mehreinnahmen von rd. 150 Mio. EUR zu verzeichnen.

– 168,62 Mio. EUR

2/165 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben

2/16514 Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben

– 22,65 Mio. EUR

TZ 3

	Mindereinnahmen bei den Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben (- 4,5 %), insbesondere bei sonstigen Gebühren (- 16,28 Mio. EUR) und bei Stempelgebühren (- 4,75 Mio. EUR). Zum Zeitpunkt der Veranschlagung wurde die Höhe des Ausfalls aus der Kreditvertragsgebühr leicht unterschätzt. Die Mehreinnahmen aufgrund der neuen Regelung für Kinderpässe ab Juni 2012 wurden überschätzt.	- 22,65 Mio. EUR
2/166	Verkehrsteuern	
2/16604	Kapitalverkehrsteuern	+ 9,32 Mio. EUR
	Mehreinnahmen bei Kapitalverkehrsteuern (+ 11,6 %) durch vermehrte Kapitalaufnahmen auf den Kapitalmärkten. Eine Steigerung von rd. 15,0 % gegenüber dem Vorjahr war nicht vorherzusehen. Die Schwankungen werden sehr stark von einigen wenigen Akteuren beeinflusst und sind daher schwer zu antizipieren.	+ 9,32 Mio. EUR
2/16606	Werbeabgabe	- 10,06 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei der Werbeabgabe (- 8,4 %). Entsprechend dem Trend der Vorjahre wurde mit einer weiteren Erholung der Einnahmen aus der Werbeabgabe gerechnet. Es gab keine Anhaltspunkte für einen Rückgang.	- 10,06 Mio. EUR
2/16615	Energieabgabe	- 19,01 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei der Energieabgabe (- 2,2 %). Bei der Veranschlagung wurde von einer mäßigen Zunahme des Energieverbrauches und einer Verringerung der Energieabgabenvergütung ausgegangen. Die Mindereinnahmen ergaben sich durch eine zur Annahme gegenläufige Entwicklung des Energieverbrauches.	- 19,01 Mio. EUR
	Im Vergleich zum Vorjahr ging die Elektrizitätsabgabe um rd. - 25,74 Mio. EUR (- 2,7 %) und die Erdgasabgabe um - 7,45 Mio. EUR (- 2,2 %) zurück. Durch gesetzliche Einschränkung der Energieabgabenvergütung (Budgetbegleitgesetz 2011, BGBl. I Nr. 111/2010) ging diese um rd. 73,31 Mio. EUR (14,1 %) zurück.	- 19,01 Mio. EUR
2/16624	Normverbrauchsabgabe	+ 7,45 Mio. EUR
	Die Mehreinnahmen bei der Normverbrauchsabgabe (+ 1,5 %) bewegen sich in einer Größenordnung, die dem Zufall geschuldet ist.	+ 7,45 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/16625	Flugabgabe	+ 17,12 Mio. EUR
	Mehreinnahmen bei der Flugabgabe (+ 19,0 %). Zum Zeitpunkt der Veranschlagung lagen keine zusätzlichen oder neuen Informationen gegenüber der Schätzung in Höhe von 60,00 Mio. EUR für 2011 vor. Da neu eingeführte Steuern mit besonderen Unsicherheiten behaftet sind, wurde aus Vorsichtsgründen das Aufkommen anhand der bisherigen Ergebnisse hochgerechnet (Voranschlag 2012: 90,00 Mio. EUR).	+ 17,12 Mio. EUR
2/16634	Grunderwerbsteuer	+ 165,39 Mio. EUR
	Mehreinnahmen bei Grunderwerbsteuer (+ 21,5 %). Die erst nach dem Zeitpunkt der Veranschlagung einsetzende starke Dynamik bei Grunderwerben war nicht absehbar. Eine, die Grunderwerbsteuerpflicht auslösende, Umstrukturierung einer im Immobilienbereich tätigen Gesellschaft war bei der Veranschlagung nicht bekannt. Weiters bewirkten Vorzieheeffekte durch die Einführung der Immobilienertragsteuer und die Änderung der gerichtlichen Eintragungsgebühr Mehreinnahmen. Die Auswirkungen des diesbezüglichen VfGH-Erkenntnisses (G 34/2011 vom 21. September 2011) auf das Abgabenaufkommen wurden mangels Anhaltspunkten für eine quantitative Abschätzung nicht berücksichtigt.	+ 165,39 Mio. EUR
2/16644	Versicherungssteuer	+ 22,68 Mio. EUR
	Mehreinnahmen bei der Versicherungssteuer (+ 2,2 %). Die Veranschlagung erfolgte auf der Basis der Abgabenerfolge 2009 und 2010 sowie der ersten drei Quartale 2011. Es war von einer nominell stagnierenden – wenn nicht sogar leicht rückläufigen – Entwicklung auszugehen.	+ 22,68 Mio. EUR
2/16645	Motorbezogene Versicherungssteuer	+ 47,94 Mio. EUR
	Mehreinnahmen bei der motorbezogenen Versicherungssteuer (+ 2,9 %). Das BMF ging für den BVA 2012 vom geschätzten Erfolg 2011 aus. Aufgrund der Neuorganisation des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel (Änderung des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes, BGBl. I Nr. 54/2010) konnte eine große Anzahl der bereits im Dezember 2010 erfolgten Einzahlungen erst im Jänner 2011 auf Steuerkonten verrechnet werden. Deshalb setzte das BMF für 2012 einen um geschätzte 20 Mio. EUR geringeren Betrag an. Der PKW-Bestand stieg gegenüber dem Vorjahr – trotz überdurchschnittlicher Zuwächse in den Jahren davor – nochmals um + 1,6 %. Der Trend zu leistungsstarken PKW hielt an.	+ 47,94 Mio. EUR

TZ 3

2/16676	Glücksspielgesetz	+ 47,21 Mio. EUR
	Mehreinnahmen bei Abgaben nach dem Glücksspielgesetz (+ 10,3 %).	
	Mehreinnahmen bei der Konzessionsabgabe (+ 26,74 Mio. EUR). Die Höhe der Konzessionsabgabe wird von der zufälligen Anzahl und Höhe der Jackpots bestimmt. Auch der Abstand zwischen den Jackpots beeinflusst die Umsätze. Sowohl Höhe als auch Stabilität des Zuwachses waren überraschend.	
	Mehreinnahmen bei der Glücksspielabgabe (+ 18,71 Mio. EUR). Der Schätzung für 2012 lagen irrtümlich nur Einnahmen für 11 Monate im Jahr 2011 zugrunde. Die seit Jänner 2011 geltende Glücksspielabgabe wurde erstmals im Februar 2011 fällig.	+ 47,21 Mio. EUR
2/16704	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	+ 200,44 Mio. EUR
	Mehreinnahmen bei Abgabenguthaben (Saldogröße), weil das BMF aufgrund der über die letzte Dekade praktisch unveränderten Bestandshöhe der Guthaben mit einem Nullzuwachs gerechnet hat.	+ 189,04 Mio. EUR
	Mehreinnahmen bei Resteingängen von „Erbstschafts- und Schenkungssteuern“, weil Resteingänge schwer einzuschätzen sind und weil entgegen der Veranschlagung die Verrechnung nicht innerhalb der Position Resteingänge „von Einkommen- und Vermögensteuern“ erfolgte und dementsprechend	+ 21,13 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei den Nebenansprüchen und Resteingängen „von Einkommen- und Vermögensteuern“ verursachte.	- 10,49 Mio. EUR
2/168	Ab Überweisungen (I)	
2/16804	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	- 240,26 Mio. EUR
	Mehrüberweisungen bei Ertragsanteilen der Länder und Gemeinden (- 1,1 %) setzten sich zusammen aus:	
	Mehrüberweisungen von sonstigen Steuern an Gemeinden aufgrund eines höheren Aufkommens an den für die Berechnung maßgeblichen gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	- 156,39 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Mehrüberweisungen von sonstigen Steuern an Länder aufgrund eines höheren Aufkommens an den für die Berechnung maßgeblichen gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	- 104,47 Mio. EUR
Minderüberweisungen von Einkommen- und Vermögensteuern an Länder aufgrund eines geringeren Aufkommens an den für die Berechnung maßgeblichen gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	+ 14,28 Mio. EUR
Minderüberweisungen von Einkommen- und Vermögensteuern an Gemeinden aufgrund eines geringeren Aufkommens an den für die Berechnung maßgeblichen gemeinschaftlichen Bundesabgaben.	+ 6,67 Mio. EUR
2/16825 Für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz	+ 74,51 Mio. EUR
Minderüberweisungen für Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz (GSBG) (+ 3,5 %) setzten sich zusammen aus:	
Minderüberweisungen an den Hauptverband der SV-Träger (GSBG), da die Bemühungen der Sozialversicherungsträger um Dämpfung der Kostendynamik Erfolg zeigten. Die Überzahlung für 2010, die 2012 ausgeglichen wurde, war zudem höher als antizipiert (rd. 44,74 Mio. EUR). Eine Auszahlung an den Hauptverband der SV-Träger, die üblicherweise vor Jahreswechsel erfolgt, konnte aufgrund verspäteter Jahresabrechnung erst 2013 erfolgen (rd. 63,27 Mio. EUR). Nach geltendem Haushaltrecht ergab sich dadurch eine Verschiebung in das nächste Fiskaljahr.	+ 106,12 Mio. EUR
Minderüberweisungen an das Österreichische Rote Kreuz (GSBG). Die Höhe der Beihilfe an Rettungsorganisationen richtet sich nach den nicht abziehbaren Vorsteuern in Verbindung mit befreiten Umsätzen nach § 6 Abs. 1 Z 21 bzw. Z 22 UStG 1994. Geringere Investitionen als vorausgeplant führten zu geringeren Überweisungen.	+ 9,27 Mio. EUR
Mehrüberweisungen an Länder (GSBG). Eine stärkere Kostendynamik im Bereich der Krankenanstalten und öffentlichen Fürsorge, und damit eine höhere Last an nicht abziehbaren Vorsteuern, führten zu einer höheren Beihilfenzahlung.	- 40,89 Mio. EUR

TZ 3

2/16844	Überweisung gemäß EU-Quellensteuergesetz	+ 33,19 Mio. EUR
	Minderüberweisungen an das Ausland (+ 36,9 %) entsprechend den Mindereinnahmen bei der EU-Quellensteuer (siehe VA-Ansatz 2/16026).	+ 33,19 Mio. EUR
2/16854	Umsatzsteueranteil für Pflegefonds	+ 14,27 Mio. EUR
	Minderüberweisungen beim Umsatzsteueranteil für Pflegefonds (+ 15,9 %). Gemäß Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2008 (BGBl. I Nr. 56/2011) werden die im Zusammenhang mit dem Vollzug des Pflegefondsgesetzes (BGBl. I Nr. 57/2011) benötigten Mittel durch einen Vorwegabzug der Umsatzsteuer finanziert. Im Jahr 2012 wurden Zweckzuschüsse des BMASK gemäß dem Pflegefondsgesetz an vier Bundesländer mangels Grundleistung nicht in voller Höhe ausbezahlt.	+ 14,27 Mio. EUR
2/169	Ab Überweisungen (II)	
2/16904	Beitrag zur Europäischen Union	- 388,30 Mio. EUR
	Mehrüberweisungen bedingt durch die Entwicklung des Haushalts der Europäischen Union 2012 (Cashmanagement der Europäischen Kommission und Liquiditätsmanagement zum Jahresende).	
	Die Länder und Gemeinden beteiligen sich gemäß § 9 Abs. 2 Z 2 und 3 FAG an den Eigenmittelverpflichtungen Österreichs an die EU. Dies wird durch die Gliederung des VA-Ansatzes nach Bund (VA-Post 8890), Länder (VA-Post 8891) und Gemeinden (VA-Post 8892) zum Ausdruck gebracht. Die VA-Posten der Länder und Gemeinden werden mit jeweils 1.000 EUR dotiert. Die Abrechnung erfolgt gemäß § 12 Abs. 1 FAG aufgrund des Rechnungsabschlusses des Bundes. Somit ergeben sich bei den Ländern und Gemeinden jährlich Mehrüberweisungen, beim Bund Minderüberweisungen.	
	Minderüberweisungen Bund.	+ 323,16 Mio. EUR
	Mehrüberweisungen Länder.	- 600,09 Mio. EUR
	Mehrüberweisungen Gemeinden.	- 111,37 Mio. EUR

Rubrik 2: Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie

Untergliederungen 20 bis 25

Ausgaben

Die Ausgaben betrugen 35.131,89 Mio. EUR und somit 48,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 35.571,66 Mio. EUR wurden 439,77 Mio. EUR (- 1,2 %) weniger ausgegeben. Für Personal entstanden Minderausgaben in Höhe von 23,56 Mio. EUR (- 0,6 %) und bei den Sachausgaben ergaben sich Minderausgaben in Höhe von 416,21 Mio. EUR (- 1,3 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 20 „Arbeit“ für arbeitsmarktpolitische Leistungen (- 298,40 Mio. EUR) waren auf die stark gestiegene Beschäftigung zurückzuführen. Minderausgaben in UG 22 „Sozialversicherung“ beim Bundesbeitrag für die Pensionsversicherungsanstalt entstanden durch eine niedrigere Durchschnittspensionsentwicklung sowie eine geringere Anzahl an bezogenen Pensionen (- 290,00 Mio. EUR). Eine verminderte Anzahl an Neupensionierungen bei den ÖBB führte in UG 23 „Pensionen“ zu Minderausgaben in Höhe von - 91,61 Mio. EUR. In UG 25 „Familie und Jugend“ wurden durch eine deutliche Verringerung der Wochengeldtage sowie durch die restriktivere Auslegung von Dienst-Freistellungsgründen Minderausgaben erzielt (- 82,64 Mio. EUR).

Mehrausgaben in UG 20 „Arbeit“ standen mit verstärkten Maßnahmen zur Lehrlingsförderung in Zusammenhang (+ 158,20 Mio. EUR). In UG 25 „Familie und Jugend“ führte die Überweisung des Überschusses aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (FLAF) an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu Mehrausgaben (+ 95,00 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 13.966,39 Mio. EUR und somit 21,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 13.167,20 Mio. EUR wurden 799,19 Mio. EUR (+ 6,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag in UG 20 „Arbeit“ entstanden durch höhere Arbeitslosenversicherungsbeiträge infolge besserer Beschäftigungslage (+ 279,53 Mio. EUR) sowie im Zusammenhang mit verstärkten Maßnahmen zur Lehrlingsförderung (+ 162,50 Mio. EUR). In UG 22 „Sozialversicherung“ beim Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung sind die Mehreinnahmen auf den Rückersatz von im Jahr 2011 geleisteten Vorschüssen zurückzuführen (+ 161,43 Mio. EUR). Weitere Mehreinnahmen in UG 25 „Familie und Jugend“ entstanden durch die Überweisung des Über-



TZ 3

schusses aus der Gebarung des FLAF an den Reservefonds für Familienbeihilfen (+ 95,00 Mio. EUR).

Tabelle 73: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2012 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 2

Rubrik 2	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
Personalausgaben	4.088,26	4.064,70	- 23,56	- 0,6
Sachausgaben	31.483,41	31.067,19	- 416,21	- 1,3
Gesetzliche Verpflichtungen	29.527,38	28.928,72	- 598,66	- 2,0
Ermessensausgaben	1.956,03	2.138,47	+ 182,44	+ 9,3
Summe	35.571,66	35.131,89	- 439,77	- 1,2
Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %	46,5	48,2		

Tabelle 74: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2012 von Einnahmen gegliedert nach ausgewählten Gesichtspunkten in der Rubrik 2

Rubrik 2	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	13.102,78	13.896,29	+ 793,51	+ 6,1
Bestandswirksame Einnahmen	64,42	70,10	+ 5,68	+ 8,8
Summe	13.167,20	13.966,39	+ 799,19	+ 6,1
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	11.454,63	11.713,20	+ 258,57	+ 2,3
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	1.712,57	2.253,19	+ 540,62	+ 31,6
Summe	13.167,20	13.966,39	+ 799,19	+ 6,1
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	20,2	21,2		

Untergliederung 20: Arbeit**Ausgaben**

In der UG 20 betrugen die Ausgaben 6.110,45 Mio. EUR und somit 8,4 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 6.191,29 Mio. EUR wurden 80,84 Mio. EUR (- 1,3 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 0,23 Mio. EUR (- 0,3 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 80,61 Mio. EUR (- 1,3 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für arbeitsmarktpolitische Leistungen (insgesamt- 298,40 Mio. EUR) waren auf die gestiegene Beschäftigung zurückzuführen. Weitere Minderausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) resultierten aus Verzögerungen in der Abwicklung von ESF-kofinanzierten Projekten (- 17,75 Mio. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag standen mit verstärkten Maßnahmen zur Lehrlingsförderung in Zusammenhang (+ 158,20 Mio. EUR). Weitere Mehrausgaben entstanden durch die Nichtveranschlagung der Überweisung an den Insolvenz-Entgelt-Fonds gemäß § 14 AMPFG sowie aufgrund der Nachverrechnung von Pensionsversicherungsbeiträgen nach dem Sonderunterstützungsgesetz (+ 35,36 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 5.453,98 Mio. EUR und somit 8,3 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 5.003,05 Mio. EUR wurden 450,93 Mio. EUR (+ 9,0 %) mehr eingenommen.

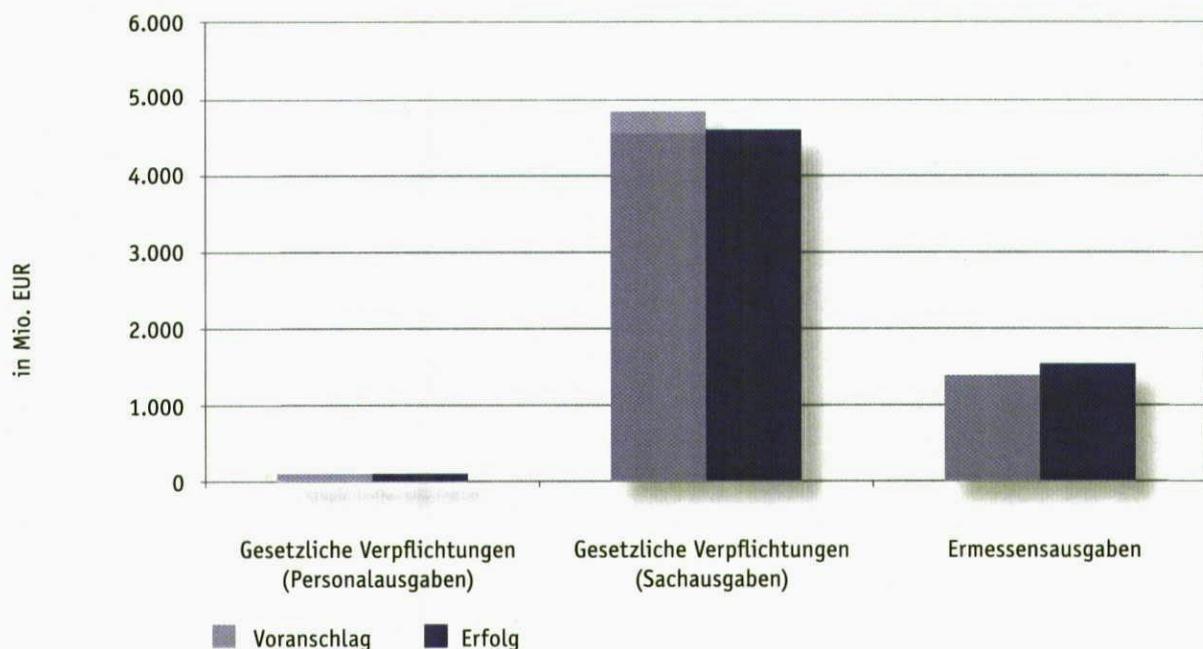
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch höhere Arbeitslosenversicherungsbeiträge infolge besserer Beschäftigungslage (+ 279,53 Mio. EUR) sowie im Zusammenhang mit verstärkten Maßnahmen zur Lehrlingsförderung (+ 162,50 Mio. EUR).

Sowohl Mehrausgaben als auch Mehreinnahmen entstanden durch die Nichtveranschlagung gesetzlicher Verpflichtungen aufgrund des Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetzes und des Berufsausbildungsgesetzes (Mehrausgaben in Höhe von 192,11 Mio. EUR) bzw. Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes (Mehreinnahmen in Höhe von 162,50 Mio. EUR).

TZ 3

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 20	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
Personalausgaben	79,59	79,36	- 0,23	- 0,3
Sachausgaben	6.111,70	6.031,09	- 80,61	- 1,3
Gesetzliche Verpflichtungen	4.773,94	4.544,32	- 229,62	- 4,8
Ermessensausgaben	1.337,76	1.486,77	+ 149,01	+ 11,1
Summe	6.191,29	6.110,45	- 80,84	- 1,3
Anteil an den Ausgaben des Allg Haushalts in %	8,1	8,4		



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 20	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	5.002,90	5.453,82	+ 450,92	+ 9,0
Bestandswirksame Einnahmen	0,15	0,17	+ 0,01	+ 8,7
Summe	5.003,05	5.453,98	+ 450,93	+ 9,0

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 20	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	5.002,60	5.290,67	+ 288,07	+ 5,8
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	0,46	163,32	+ 162,86	+ 35636,4
Summe	5.003,05	5.453,98	+ 450,93	+ 9,0
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	7,7	8,3		

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
		in Mio. EUR		in %	
20	Arbeit				
1/..	Ausgaben				
201	Arbeitsmarktpolitik (I)	6.080,70	5.856,74	- 223,96	- 3,7
202	Arbeitsmarktpolitik (II)	84,30	61,09	- 23,22	- 27,5
204	Arbeitsinspektion	26,14	192,49	+ 166,35	+ 636,4
205	Bezugsvorschüsse	0,15	0,14	- 0,01	- 9,2
Summe Ausgaben		6.191,29	6.110,45	- 80,84	- 1,3
2/..	Einnahmen				
201	Arbeitsmarktpolitik (I)	5.002,60	5.290,67	+ 288,07	+ 5,8
202	Arbeitsmarktpolitik (II)	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
204	Arbeitsinspektion	0,31	163,15	+ 162,85	+ 53392,3
205	Bezugsvorschussersätze	0,15	0,16	+ 0,01	+ 8,4
Summe Einnahmen		5.003,05	5.453,98	+ 450,93	+ 9,0
Saldo Einnahmen/Ausgaben		- 1.188,24	- 656,47	+ 531,77	- 44,8

TZ 3

1/20	Arbeit	
1/201	Arbeitsmarktpolitik (I)	
1/2011	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG	
1/20116	Förderungen	- 19,30 Mio. EUR
	Minderausgaben infolge fortgesetzter Umstellung der Arbeitsmarktförderung auf Werkverträge (Mehrausgaben siehe VA-Ansatz 1/20118).	
1/20118	Aufwendungen	+ 25,95 Mio. EUR
	Mehrausgaben infolge fortgesetzter Umstellung der Arbeitsmarktförderung auf Werkverträge (18,9 Mio. EUR) sowie für Projekte des Arbeitsmarktservice betreffend Ausbildungsmaßnahmen und Beratung für Betriebe (7,2 Mio. EUR).	
	Überschreitungsbewilligungen: 18.850.000,- EUR; BMF-112913/0312-II/5/2012 v. 14.12.2012 7.185.000,- EUR; BMF-112913/0203-II/5/2012 v. 20.11.2012	
1/20127	Überweisungen für sonstige Maßnahmen	+ 35,36 Mio. EUR
	Mehrausgaben wegen der Nichtveranschlagung der Überweisung an den Insolvenz-Entgelt-Fonds gemäß § 14 Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz (AMPFG) (33,91 Mio. EUR) sowie aufgrund der Nachverrechnung von Pensionsversicherungsbeiträgen nach dem Sonderunterstützungsgesetz (SUG) (1,69 Mio. EUR).	
	Überschreitungsbewilligungen: 33.909.700,19 EUR; BMF-112913/0167-II/5/2012 v. 23.10.2012 1.600.000,- EUR; BMF-112913/0202-II/5/2012 v. 21.11.2012	
1/20157	Arbeitsmarktpolitische Leistungen gemäß AlVG, AMSG und AMFG (variabel)	- 298,40 Mio. EUR
	Das wirtschaftliche Umfeld des Jahres 2012 war für den österreichischen Arbeitsmarkt weitgehend erfreulich. Der unerwartet stark gestiegenen Beschäftigung standen jedoch geringfügig höhere Arbeitslosenzahlen gegenüber. Statt der für den BVA zugrunde gelegten rd. 257.000 Personen waren rd. 261.000 Personen im Jahresdurchschnitt arbeitslos, was einer nationalen Arbeitslosenquote von 7,0 % entsprach. Trotz dieser Steigerung führten Gutschriften aus der Nachverrechnung von Pensionsversicherungsbeiträgen sowie geringere Tagsätze für die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zu Einsparungen.	

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Minderausgaben an Pensionsversicherungs-Beiträgen für Bezieher nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (AlVG) aufgrund von Gutschriften für die Jahre 2010 und 2011 und geringerer Pauschalraten (monatliche Vorauszahlungen).	- 167,44 Mio. EUR
Minderausgaben für Arbeitslosengeld und Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Arbeitslosengeld aufgrund strukturell bedingter geringerer Tagsätze.	- 121,65 Mio. EUR
Minderausgaben für Notstandshilfe und Krankenversicherungsbeiträge für Bezieher von Notstandshilfe aufgrund strukturell bedingter geringerer Tagsätze.	- 46,04 Mio. EUR
Minderausgaben für Altersteilzeitgeld aufgrund geringerer Inanspruchnahme dieser Leistungsart (rd. 17.250 statt 17.750 Leistungsbezieher), sowie durch einen niedrigeren Tagsatz.	- 22,77 Mio. EUR
Minderausgaben an Übergangsgeld und Krankenversicherungsbeiträgen aufgrund geringerer Inanspruchnahme dieser Leistungsart (rd. 5.500 anstatt 6.500 Leistungsbezieher).	- 13,18 Mio. EUR
Minderausgaben für Kurzarbeitsbeihilfen aufgrund geringerer Inanspruchnahme dieser Leistungsart (anstelle der prognostizierten 9.000 Personen befanden sich rd. 3.500 Personen in Kurzarbeit).	- 10,96 Mio. EUR
Mehrausgaben an Krankengeltaufwand für Bezieher nach dem AlVG aufgrund einer Nachzahlung für das Vorjahr und höherer Pauschalraten (monatliche Vorauszahlungen).	+ 23,26 Mio. EUR
Mehrausgaben für Leistungstransfers aufgrund internationaler Abkommen (insbesondere durch stark gestiegene Refundierungen von Leistungsansprüchen bundesdeutscher Staatsbürger).	+ 20,87 Mio. EUR
Mehrausgaben für Aktivierungsbeihilfe an Arbeitgeber, die Arbeitslose zum Zweck der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt im Rahmen eines Sozialökonomischen Betriebes oder eines Gemeinnützigen Beschäftigungsprojektes beschäftigen.	+ 20,00 Mio. EUR
Mehrausgaben für Weiterbildungsgeld (inklusive Krankenversicherungsbeiträge) infolge stärkerer Inanspruchnahme der Bildungskarenz.	+ 17,30 Mio. EUR
1/2017 Überweisung an das AMS	
1/20177 Überweisung an das AMS	+ 33,91 Mio. EUR
Mehrausgaben wegen der Nichtveranschlagung der Überweisung an das Arbeitsmarktservice gemäß § 15 Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz (AMPFG).	+ 33,91 Mio. EUR

TZ 3

	Überschreitungsbewilligung: 33.908.700,19 EUR; BMF-112913/0167- II/5/2012 v. 23.10.2012	
1/202	Arbeitsmarktpolitik (II)	
1/2023	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) (variabel)	
1/20236	Förderungen (variabel)	- 17,75 Mio. EUR
	Minderausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (EU) durch Verzögerungen in der Abwicklung von ESF-kofinanzierten Projekten.	- 17,75 Mio. EUR
1/2043	Überweisungen nach dem BAG (Lehrlingsbeihilfen)	
1/20436	Förderungen	+ 158,20 Mio. EUR
	Mehrausgaben infolge Nichtveranschlagung der Überweisung gemäß § 19c Berufsausbildungsgesetz (BAG) (siehe auch VA-Ansatz 2/20434).	+ 158,20 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 158.200.000,- EUR; BMF-112913/0324-II/5/2012 v. 13.12.2012	
2/20	Arbeit	
2/201	Arbeitsmarktpolitik (I)	
2/2017	Überweisung vom AMS	
2/20170	Überweisung vom AMS	+ 7,18 Mio. EUR
	Mehreinnahmen aus Rücklagenauflösungen zur Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.	+ 7,18 Mio. EUR
2/20180	Arbeitslosenversicherungsbeiträge	+ 279,53 Mio. EUR
	Mehreinnahmen aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen insbesondere infolge der höheren Beschäftigung (3.465.000 anstatt 3.440.000 unselbständig Beschäftigte) aufgrund des konjunkturellen Umfelds.	+ 273,36 Mio. EUR
2/2043	Überweisungen nach dem IESG (Lehrlingsbeihilfen)	
2/20434	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 162,50 Mio. EUR
	Mehreinnahmen infolge der Nichtveranschlagung der Überweisung gemäß § 13e Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz (IESG) für Lehrlingsbeihilfen gemäß § 19c BAG (siehe auch VA-Ansatz 1/20436).	+ 162,50 Mio. EUR

Untergliederung 21: Soziales und Konsumentenschutz**Ausgaben**

In der UG 21 betrugen die Ausgaben 2.986,93 Mio. EUR und somit 4,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3.005,35 Mio. EUR wurden 18,43 Mio. EUR (– 0,6 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 1,25 Mio. EUR (– 1,7 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 17,17 Mio. EUR (– 0,6 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch geringere Zahlungen gemäß Pflegefondsgesetz an die Länder, weil erforderliche Abrechnungsdaten nicht rechtzeitig in voller Höhe vorgelegt wurden (– 14,29 Mio. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden beim Unterstützungsfoonds für Menschen mit Behinderung durch die steigende Anzahl pflegebedürftiger Personen (+ 10,00 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 94,89 Mio. EUR und somit 0,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 100,42 Mio. EUR wurden 5,53 Mio. EUR (– 5,5 %) weniger eingenommen.

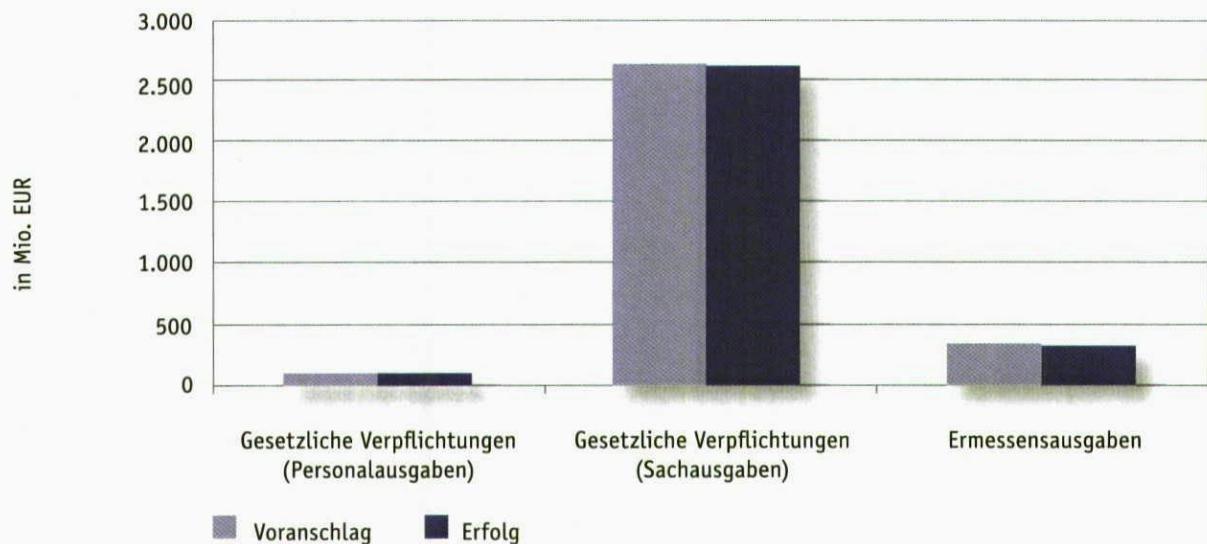
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden beim Umsatzsteueranteil für den beim BMASK eingerichteten Pflegefonds infolge nicht rechtzeitig erfolgter Abrechnung in voller Höhe durch einige Bundesländer (– 14,27 Mio. EUR).

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten aus Rücker-sätzen der SV-Träger infolge von Guthaben aus Jahresabrechnungen von 2010 (+ 10,57 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 21	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
Personalausgaben	72,86	71,60	– 1,25	– 1,7
Sachausgaben	2.932,49	2.915,32	– 17,17	– 0,6
Gesetzliche Verpflichtungen	2.617,98	2.605,91	– 12,06	– 0,5
Ermessensausgaben	314,52	309,41	– 5,11	– 1,6
Summe	3.005,35	2.986,93	– 18,43	– 0,6
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	3,9	4,1		

TZ 3



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 21	Voranschlag in Mio. EUR	Erfolg	Abweichung	
			in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	100,25	94,60	- 5,65	- 5,6
Bestandswirksame Einnahmen	0,17	0,29	+ 0,12	+ 68,4
Summe	100,42	94,89	- 5,53	- 5,5
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	90,00	75,73	- 14,27	- 15,9
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	10,42	19,15	+ 8,74	+ 83,9
Summe	100,42	94,89	- 5,53	- 5,5
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,2	0,1		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
		in Mio. EUR		in %
21	Soziales und Konsumentenschutz			
1/..	Ausgaben			
210	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	62,81	64,28	+ 1,47
211	Bundesministerium; Opferfürsorge	19,39	18,42	- 0,96
212	Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen	3,63	3,09	- 0,55
213	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	2.559,53	2.545,49	- 14,03
214	Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge	111,90	121,53	+ 9,63
217	Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung	239,63	225,00	- 14,63
218	Bundesministerium; Sonstiger Zweckaufwand	8,47	9,12	+ 0,64
Summe Ausgaben		3.005,35	2.986,93	- 18,43
				- 0,6
2/..	Einnahmen			
210	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	3,10	2,96	- 0,14
211	Bundesministerium; Opferfürsorge	0,02	0,00	- 0,02
212	Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen	0,07	0,21	+ 0,14
213	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	92,97	89,26	- 3,71
214	Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge	0,00	0,00	- 0,00
217	Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung	4,25	2,46	- 1,80
218	Konsumentenschutz	0,00	0,00	- 0,00
Summe Einnahmen		100,42	94,89	- 5,53
				- 5,5
Saldo Einnahmen/Ausgaben		- 2.904,93	- 2.892,04	+ 12,90
				- 0,4

1/21 Soziales und Konsumentenschutz

1/213 Bundesministerium; Sonstige Leistungen

1/2135 Zahlungen gemäß Pflegefondsgesetz

1/21358 Aufwendungen - 14,27 Mio. EUR

Minderausgaben bei den Transferzahlungen (Zweckzuschüsse aus dem Pflegefonds) an die Länder, weil diese die erforderlichen Abrechnungsdaten 2011 nicht rechtzeitig in voller Höhe vorgelegt haben. Der Zweckzuschuss wird für die Sicherung sowie für den Aus- und Aufbau der Betreuungs- und Pflegedienstleistungen der Länder im Bereich der Langzeitpflege zum laufenden Betrieb gewährt (beispielsweise Angebote an mobilen Betreuungs- und Pflegediensten).

- 14,29 Mio. EUR

TZ 3

1/214	Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge	
1/21446	Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung	+ 10,00 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Zuwendungen an den Fonds für die 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Personen gemäß § 21b BPGG infolge einer steigenden Anzahl der Bezieher (die Bezieher dieser Zuwendung sind von 11.200 im Jahr 2011 auf rund 14.100 im Jahr 2012 angestiegen).	+ 10,00 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 10.000.000,- EUR; BMF-112913/0137-II/5/2012 vom 2.10.2012	
1/217	Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung	
1/21767	Versorgungsgebühren	- 7,77 Mio. EUR
	Minderausgaben in der Kriegsopfersversorgung für Renten-gebühren für Beschädigte (- 4,01 Mio. EUR), für Renten-gebühren für Witwen bzw. Witwer (- 1,64 Mio. EUR) so- wie bei den Leistungen nach dem BPGG (- 1,45 Mio. EUR) infolge stärkeren Rückganges der Versorgungsberechtigten als angenommen (der Rückgang bei der Anzahl der Be- schädigten betrug im Jahr 2011 noch 10,3 % und ist auf 11,1 % im Jahr 2012 angestiegen).	- 7,10 Mio. EUR
2/21	Soziales und Konsumentenschutz	
2/213	Bundesministerium; Sonstige Leistungen	
2/2134	Pflegevorsorge (Kostenersatz)	
2/21344	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 10,57 Mio. EUR
	Der Bund hat den SV-Trägern gemäß § 23 (1) BPGG die in einer gesonderten Erfolgsrechnung nachgewiesenen Auf-wendungen für das Pflegegeld zu ersetzen; diese Erfolgs-rechnungen sind gemäß den Rechnungsvorschriften für die SV-Träger bis Ende Mai des Folgejahres zu erstellen. Gemäß Abs. 4 leg. cit. hat der Bund den SV-Trägern den nach Abs. 1 leg. cit. gebührenden Kostenersatz monatlich im erforderlichen Ausmaß zu bevorschussen.	
	Mehreinnahmen bei Rückersätzen infolge Guthaben aus Jahresabrechnungen von 2010 der SV-Träger (wie Pensi- onsversicherungsanstalt: + 7,5 Mio. EUR, Sozialversiche- rungsanstalt der Bauern: + 2,4 Mio. EUR, Versicherungs- anstalt für Eisenbahnen und Bergbau: + 0,7 Mio. EUR).	+ 10,57 Mio. EUR



2/21350 Umsatzsteueranteil für Pflegefonds (zweckgebundene Einnahmen) – 14,27 Mio. EUR

Mindereinnahmen beim Umsatzsteueranteil für den beim BMASK eingerichteten Pflegefonds infolge nicht rechtzeitig erfolgter Abrechnung in voller Höhe durch vier Bundesländer (siehe VA-Ansatz 1/21358). – 14,27 Mio. EUR

Untergliederung 22: Sozialversicherung

Ausgaben

In der UG 22 betragen die Ausgaben 9.795,31 Mio. EUR und somit 13,4 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 10.024,00 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 228,69 Mio. EUR (– 2,3 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag beim Bundesbeitrag für die Pensionsversicherungsanstalt entstanden durch eine niedrigere Durchschnittspensionsentwicklung sowie eine geringere Anzahl an bezogenen Pensionen (– 290,00 Mio. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen die Bundesbeiträge für die SVA der Bauern (+ 18,59 Mio. EUR) und die VA für Eisenbahnen und Bergbau (+ 18,09 Mio. EUR) infolge der Begleichung der Abrechnungsreste 2011.

Einnahmen

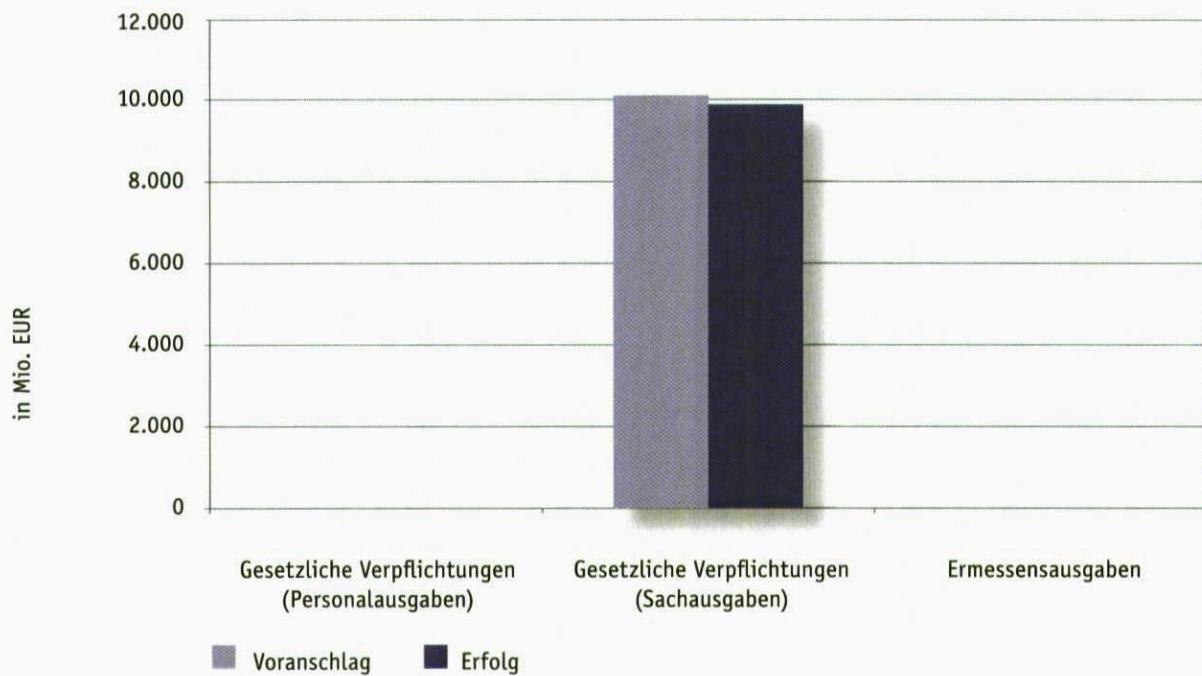
Die Einnahmen betragen 204,65 Mio. EUR und somit 0,3 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 22,00 Mio. EUR wurden 182,65 Mio. EUR (+ 830,1 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag beim Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (+ 161,43 Mio. EUR) sowie bei den Ausgleichszulagen (+ 23,49 Mio. EUR) sind auf den Rückersatz von im Jahr 2011 geleisteten Vorschüssen zurückzuführen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 22	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
Sachausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	10.024,00	9.795,31	– 228,69	– 2,3
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	13,1	13,4		

TZ 3



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 22	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	22,00	204,65	+ 182,65	+ 830,1
Summe	22,00	204,65	+ 182,65	+ 830,1
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbdeckung)	22,00	204,65	+ 182,65	+ 830,1
Summe	22,00	204,65	+ 182,65	+ 830,1
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,0	0,3		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
22	Sozialversicherung			in %
1/.. Ausgaben				
220	BM; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag) (variabel)	8.977,89	8.746,85	- 231,04
221	BM; Ausgleichszulagen (variabel)	999,64	1.002,06	+ 2,42
225	BM; Leistungen n.d. Nachschwerarbeitsges. (NSchG)(variabel)	46,47	46,41	- 0,06
226	BM; Sonstige Leistungen zur Pensionsversicherung (variabel)	0,00	0,00	- 0,00
Summe Ausgaben		10.024,00	9.795,31	- 228,69
- 2,3				
2/.. Einnahmen				
220	BM; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)	0,00	161,44	+ 161,43
221	BM; Ausgleichszulagen	0,00	23,49	+ 23,49
224	Bundesministerium; Sonst. Leistungen zur Sozialversicherung	0,00	1,66	+ 1,66
225	BM; Leistungen n.d. Nachschwerarbeitsgesetz (NSchG)	22,00	18,06	- 3,94
Summe Einnahmen		22,00	204,65	+ 182,65
+ 830,1				
Saldo Einnahmen/Ausgaben		- 10.002,00	- 9.590,66	+ 411,34
- 4,1				

1/22 Sozialversicherung

1/220 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag) (variabel)

1/22017 Pensionsversicherungsanstalt; Bundesbeitrag – 290,00 Mio. EUR

Bei Erstellung des BRA 2012 wurde von Aufwendungen in Höhe von 29.416,03 Mio. EUR und Erträgen in Höhe von 23.866,97 Mio. EUR der Pensionsversicherungsanstalt ausgegangen. Der veranschlagte Bundesbeitrag betrug somit 5.549,06 Mio. EUR.

TZ 3

Der tatsächlich gezahlte Bundesbeitrag für die Pensionsversicherungsanstalt im Jahr 2012 betrug 5.259,06 Mio. EUR (– 290,00 Mio. EUR); dabei wurden Aufwendungen von 28.972,82 Mio. EUR (– 443,21 Mio. EUR) und Erträge in Höhe von 23.713,76 Mio. EUR (– 153,21 Mio. EUR) zugrunde gelegt.

Die Minderausgaben sind insbesondere auf eine niedrigere Durchschnittspensionsentwicklung zurückzuführen. Bei Budgeterstellung wurde eine Durchschnittspension in Höhe von 1.019,68 EUR angenommen. Für die Zahlungen des Bundesbeitrages wurde eine Durchschnittspension von 1.008,04 EUR herangezogen. Weiters war die Anzahl der Pensionen um 7.910 geringer als bei der Budgeterstellung angenommen (1.870.960 statt 1.878.870 Pensionen). Die niedrigeren Erträge der Pensionsversicherungsanstalt ergaben sich aus Mindereinnahmen bei den Beiträgen für Teilversicherte.

1/22027	VA für Eisenbahnen und Bergbau; Bundesbeitrag	– 290,00 Mio. EUR
	Die Mehrausgaben sind auf die Begleichung des Abrechnungsrestes 2011 zurückzuführen.	+ 18,09 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 18.091.000,- Euro; BMF-112913/0157-II/5/2012 v. 17.10.2012	+ 18,09 Mio. EUR
1/22057	SVA der gewerblichen Wirtschaft; Partnerleistung	+ 11,49 Mio. EUR
	Die Mehrausgaben sind auf die Begleichung des Abrechnungsrestes 2011 zurückzuführen.	+ 11,49 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 11.491.000,- Euro; BMF-112913/0157-II/5/2012 v. 17.10.2012	
1/22067	SVA der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag	+ 10,78 Mio. EUR
	Die Mehrausgaben sind auf die Begleichung des Abrechnungsrestes 2011 zurückzuführen.	+ 10,78 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 10.784.000,- Euro; BMF-112913/0157-II/5/2012 v. 17.10.2012	
1/22087	SVA der Bauern; Bundesbeitrag	+ 18,59 Mio. EUR
	Die Mehrausgaben sind auf die Begleichung des Abrechnungsrestes 2011 zurückzuführen.	+ 18,59 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 18.590.000,- Euro; BMF-112913/0157-II/5/2012 v. 17.10.2012	



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/22 Sozialversicherung

2/220 Bundesministerium; Pensionsversicherung
(Bundesbeitrag)

2/22004 Erfolgswirksame Einnahmen + 161,43 Mio. EUR
Die Mehreinnahmen sind auf den Rückersatz von im Jahr 2011 geleisteten Vorschüssen zurückzuführen.

2/221 Bundesministerium; Ausgleichszulagen

2/22104 Erfolgswirksame Einnahmen + 23,49 Mio. EUR
Die Mehreinnahmen sind auf den Rückersatz von im Jahr 2011 geleisteten Vorschüssen zurückzuführen.

TZ 3

Untergliederung 23: Pensionen

Ausgaben

In der UG 23 betrugen die Ausgaben 8.917,86 Mio. EUR und somit 12,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 9.017,26 Mio. EUR wurden 99,40 Mio. EUR (– 1,1 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 19,63 Mio. EUR (– 0,5 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 79,76 Mio. EUR (– 1,6 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch eine verminderte Anzahl an Neupensionierungen bei den ÖBB (insgesamt – 91,61 Mio. EUR). Minderausgaben für Pensionen und Pflegegeld der Ämter gemäß Poststrukturgesetz resultierten aus einem Rückgang der Anspruchsbe rechtigten und vorsichtiger Budgetierung (insgesamt – 14,75 Mio. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Ersätze für Pensionen der Landeslehrer (insgesamt + 28,23 Mio. EUR) entstanden durch eine höhere Anzahl von Pensionsbeziehern.

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 1.642,14 Mio. EUR und somit 2,5 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.588,98 Mio. EUR wurden 53,15 Mio. EUR (+ 3,3 %) mehr eingenommen.

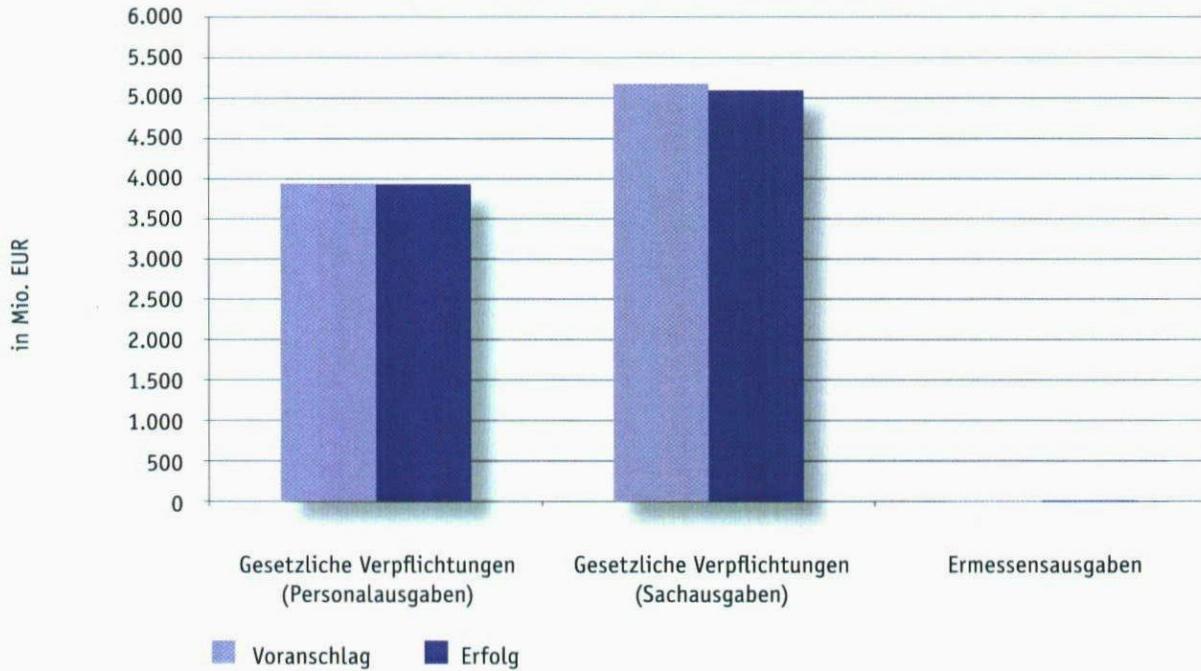
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten aus der Neueinführung des Pensionsbeitrages (Dienstgeber) gemäß § 22b GG 1956 mit 1. Jänner 2013 durch die Vorlaufzahlungen für die Jännerbezüge (+ 52,44 Mio. EUR). Weitere Mehreinnahmen beim Deckungsbeitrag der ÖBB entstanden durch die Vorlaufzahlungen für die Jännerpensionen (+ 19,37 Mio. EUR).

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag bei den Pensionsbeiträgen der Bundesbediensteten entstanden durch die geringere Inanspruchnahme der Möglichkeit des Nachkaufs von Pensionszeiten (insgesamt – 15,51 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 23	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
Personalausgaben	3.893,75	3.874,12	– 19,63	– 0,5
Sachausgaben	5.123,51	5.043,74	– 79,76	– 1,6
Gesetzliche Verpflichtungen	5.123,13	5.043,34	– 79,79	– 1,6
Ermessensausgaben	0,38	0,41	+ 0,03	+ 8,0
Summe	9.017,26	8.917,86	– 99,40	– 1,1
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	11,8	12,2		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 23	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	1.588,97	1.642,10	+ 53,13	+ 3,3
BestandsWirksame Einnahmen	0,02	0,04	+ 0,02	+ 142,6
Summe	1.588,98	1.642,14	+ 53,15	+ 3,3
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	1.588,98	1.642,14	+ 53,15	+ 3,3
Summe	1.588,98	1.642,14	+ 53,15	+ 3,3
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	2,4	2,5		



TZ 3

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
23	Pensionen	in Mio. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
230	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	3.896,51	3.875,55	- 20,96	- 0,5
231	Landeslehrer	1.361,23	1.391,11	+ 29,89	+ 2,2
232	Sonstige Bedienstete (ausegl. Institutionen)	100,65	99,50	- 1,15	- 1,1
233	Pensionsvorschüsse (Ruhebezugsvorschüsse)	0,03	0,03	+ 0,01	+ 25,1
234	Geldaushilfen	0,02	0,01	- 0,01	- 61,0
235	Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBF)	3.657,95	3.550,81	- 107,14	- 2,9
238	Sonstige Aufwendungen	0,35	0,37	+ 0,02	+ 6,8
239	Entschädigung für Kriegsgefangenschaft	0,53	0,47	- 0,06	- 11,0
	Summe Ausgaben	9.017,26	8.917,86	- 99,40	- 1,1
2/..	Einnahmen				
230	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	113,65	104,17	- 9,48	- 8,3
231	Landeslehrer	44,87	48,75	+ 3,88	+ 8,7
232	Sonstige Bedienstete	7,32	6,54	- 0,78	- 10,7
233	Pensionsvorschussersätze (Ruhebezugsvorschüsse)	0,02	0,04	+ 0,02	+ 142,6
235	Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBF)	610,94	615,37	+ 4,44	+ 0,7
236	Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten	811,66	866,77	+ 55,11	+ 6,8
237	Ersatzzeitenabgeltung	0,01	0,00	- 0,01	- 100,0
239	Entschädigung für Kriegsgefangenschaft	0,53	0,50	- 0,03	- 6,3
	Summe Einnahmen	1.588,98	1.642,14	+ 53,15	+ 3,3
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 7.428,27	- 7.275,72	+ 152,55	- 2,1

1/23 Pensionen

1/230 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes

1/23030 Dienstgeberbeiträge zur KV der Ruhestandsbeamten
 Minderausgaben bei den Dienstgeberbeiträgen für Ruhe- und Versorgungsbezugsempfänger infolge einer Senkung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung im Rahmen des 2. Stabilitätsgesetzes 2012.

– 12,96 Mio. EUR

– 12,96 Mio. EUR

1/231 Landeslehrer

1/23107 Ersätze für Pensionen

+ 28,23 Mio. EUR

Bei der Budgeterstellung für 2012 wurde insgesamt mit einem Zuwachs der Ruhe- und Versorgungsgenussbezieher von rd. 760 gerechnet, tatsächlich sind die Ruhe- und Versorgungsgenussbezieher um rd. 1.530 gestiegen. Die Mehr-(Minder-)ausgaben verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Länder:

– Oberösterreich:	+ 12,80 Mio. EUR	
– Wien:	+ 7,17 Mio. EUR	
– Steiermark:	+ 6,84 Mio. EUR	
– Kärnten:	+ 6,44 Mio. EUR	
– Burgenland:	+ 1,71 Mio. EUR	
– Vorarlberg:	+ 1,63 Mio. EUR	+ 36,59 Mio. EUR
– Niederösterreich:	– 4,21 Mio. EUR	
– Salzburg:	– 2,63 Mio. EUR	
– Tirol:	– 1,50 Mio. EUR	– 8,34 Mio. EUR

Überschreitungsbewilligung:

34.000.000,- EUR; BMF-112913/0009-II/5/2012 v. 14.12.2012

1/235 Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBf)

1/2350 Österreichische Bundesbahnen

1/23507 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

– 91,61 Mio. EUR

Minderausgaben bei Pensionen (– 85,75 Mio. EUR) sowie bei den Dienstgeber- und Dienstnehmerbeiträgen (– 18,97 Mio. EUR) der ÖBB infolge einer vorsichtigen Budgetierung, einer geringeren Anzahl an Ruhe- und Versorgungsgenussbeziehern und einer geringeren Vorlaufzahlung. Bei der Budgeterstellung wurde davon ausgegangen, dass sich die Anzahl an Ruhe- und Versorgungsgenussbeziehern um rd. 600 verringern wird, tatsächlich waren es 913. Die Vorlaufzahlung lag um rd. 50 Mio. EUR unter den geplanten Werten.

– 104,72 Mio. EUR

TZ 3

	Mehrausgaben beim Pflegegeld: Durch die Neuregelung des Selbstbehaltes beim Pflegegeld, wonach gemäß § 23 Abs. 3 BPGG, BGBl. I Nr. 111/2010, der Selbstbehalt nur mehr für die aktiven Bediensteten anzuwenden ist und daher für die Budgetierung 2012 keine verlässlichen aussagekräftigen Planungsgrundlagen vorhanden waren, wurden die Ausgaben relativ niedrig angenommen.	+ 13,11 Mio. EUR
1/2351	Ämter gemäß Poststrukturgesetz	
1/23517	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	- 14,75 Mio. EUR
	Minderausgaben bei den Pensionen (- 8,06 Mio. EUR) sowie bei den Dienstgeberbeiträgen (- 2,27 Mio. EUR) durch zwei gegenläufige Effekte: einerseits war der Rückgang im durchschnittlichen Bestand an Ruhe- und Versorgungsgenussbeziehern zwar geringer, als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde (nur 314 statt 400 Bezieher). Andererseits wirkte der geringere durchschnittliche Pensionsaufwand (- 1,1 % gegenüber den Annahmen bei Budgeterstellung) ausgabendämpfend.	- 10,33 Mio. EUR
	Minderausgaben beim Pflegegeld infolge vorsichtiger Budgetierung.	- 6,08 Mio. EUR
2/23	Pensionen	
2/230	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	
2/23006	Deckungsbeitrag von Unternehmungen mit Bundesbediensteten	- 9,25 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei den laufenden Transfers von Unternehmen mit Bundesbeteiligung infolge einer geringeren Anzahl von aktiven Beamten, für die ein Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes zu leisten war.	- 7,24 Mio. EUR
2/235	Sonstige Pensionsleistungen (ÖBB, PTA, ÖBF)	
2/2350	Österreichische Bundesbahnen	
2/23504	Deckungsbeitrag der Österreichischen Bundesbahnen	+ 19,37 Mio. EUR
	Mehreinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag der Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger (+ 8,64 Mio. EUR) und der aktiven Beamten (+ 5,44 Mio. EUR) sowie beim Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen (+ 5,29 Mio. EUR), jeweils infolge der Vorlaufzahlung für die Jännerpensionen im Dezember 2012.	+ 19,37 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

2/2351	Ämter gemäß Poststrukturgesetz	
2/23514	Deckungsbeitrag der Ämter gemäß Poststrukturgesetz	- 14,84 Mio. EUR
	Mindereinnahmen beim Beitrag der Österreichischen Post Aktiengesellschaft und der Telekom Austria Aktiengesellschaft infolge irrtümlicher Budgetierung einer Vorlaufzahlung.	- 14,84 Mio. EUR
2/23604	Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten	- 15,51 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei den Besonderen Pensionsbeiträgen (Hoheitsverwaltung) infolge geringerer Inanspruchnahme der Möglichkeit des Nachkaufs von Pensionszeiten (beispielsweise Schul- und Studienzeiten, aber auch Entrichtung von seinerzeit empfangenen Erstattungsbeträgen für Zeiten des Präsenz- oder Zivildienstes oder der Erwerbstätigkeit, wenn sie sich zeitlich mit beitragsfrei angerechneten Ruhegenussvordienstzeiten deckten) als bei Budgetierung angenommen.	- 20,02 Mio. EUR
	Mehreinnahmen bei den Pensionsbeiträgen infolge Vorlaufzahlungen für die Jännerbezüge im Dezember 2012.	+ 7,69 Mio. EUR
2/23615	Beitrag gemäß § 13a PG (Pensionisten)	+ 8,90 Mio. EUR
	Mehreinnahmen beim Pensionssicherungsbeitrag (+ 6,74 Mio. EUR) und dem Beitrag gemäß § 13a PG (PTA) (+ 2,06 Mio. EUR) infolge Vorlaufzahlungen für die Jännerbezüge im Dezember 2012.	+ 8,80 Mio. EUR
2/23624	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 5,80 Mio. EUR
	Mehreinnahmen beim Kostenbeitrag Pflegegeld (PTA), weil die Unternehmen gemäß § 17 (7d) Poststrukturgesetz ab 1.1.2012 einen Kostenbeitrag an den Bund zahlen.	+ 5,39 Mio. EUR
2/23634	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 52,44 Mio. EUR
	Aufgrund der Neueinführung des Pensionsbeitrages (Dienstgeber) gemäß § 22b GG 1956 mit 1.1.2013 ergaben sich durch die Vorlaufzahlungen für die Jännerbezüge Mehreinnahmen (Bundesbeamte: + 34,35 Mio. EUR, Landeslehrer: + 18,09 Mio. EUR).	+ 52,44 Mio. EUR

TZ 3

Untergliederung 24: Gesundheit

Ausgaben

In der UG 24 betrugen die Ausgaben 949,94 Mio. EUR und somit 1,3 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 928,17 Mio. EUR wurden 21,77 Mio. EUR (+ 2,3 %) mehr ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 2,44 Mio. EUR (– 5,8 %). Die Sachausgaben erhöhten sich um 24,21 Mio. EUR (+ 2,7 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Dotierung des Krankenkassen-Strukturfonds gemäß § 7 Krankenkassen-Strukturfondsgesetz, wonach der Fonds in den Jahren 2011 bis 2014 mit jeweils 40 Mio. EUR zu dotieren ist (+ 40,00 Mio. EUR). Diesen standen in selber Höhe Mehreinnahmen gegenüber.

Minderausgaben für Leistungen zur Krankenversicherung (Aufwandersatz für die Bezieher der Bedarfsoorientierten Mindestsicherung gemäß § 75a ASVG) (– 11,12 Mio. EUR).

Einnahmen

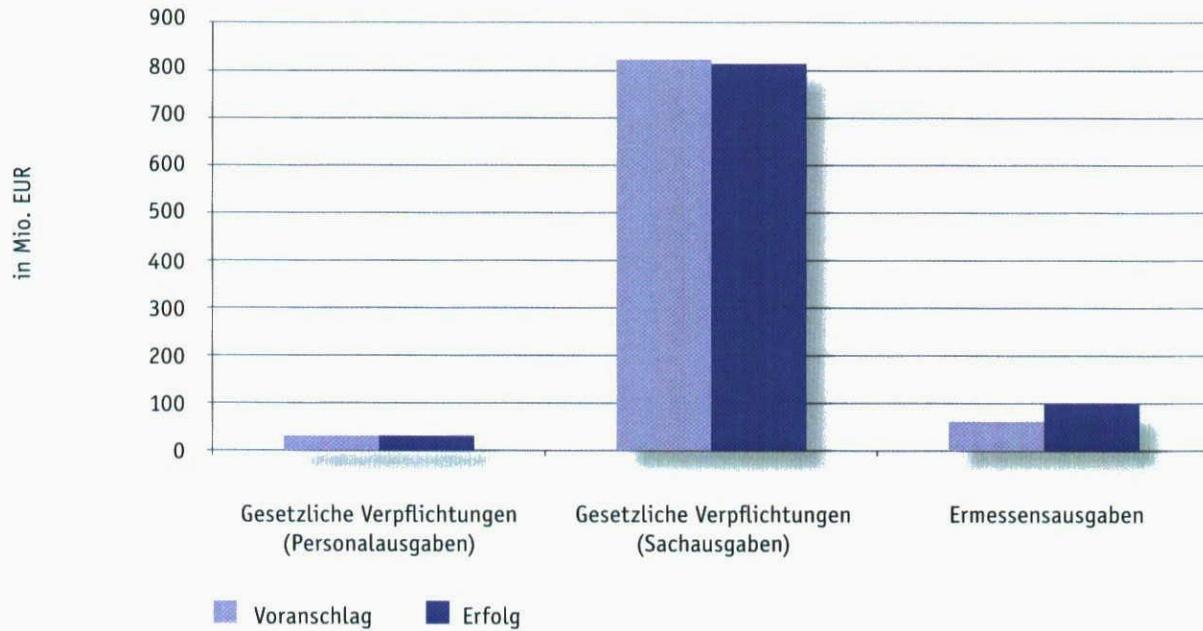
Die Einnahmen betrugen 97,98 Mio. EUR und somit 0,1 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 58,47 Mio. EUR wurden 39,51 Mio. EUR (+ 67,6 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden i.Z.m. der Dotierung des Krankenkassen-Strukturfonds gemäß § 7 Krankenkassen-Strukturfondsgesetz, wonach der Fonds in den Jahren 2011 bis 2014 mit jeweils 40 Mio. EUR zu dotieren ist (+ 40,00 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 24	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
Personalausgaben	42,06	39,62	– 2,44	– 5,8
Sachausgaben	886,11	910,32	+ 24,21	+ 2,7
Gesetzliche Verpflichtungen	821,10	807,71	– 13,39	– 1,6
Ermessensausgaben	65,01	102,61	+ 37,60	+ 57,8
Summe	928,17	949,94	+ 21,77	+ 2,3
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	1,2	1,3		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 24	Voranschlag in Mio. EUR	Erfolg	Abweichung	
			in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	58,39	97,93	+ 39,54	+ 67,7
Bestandswirksame Einnahmen	0,08	0,05	- 0,03	- 33,5
Summe	58,47	97,98	+ 39,51	+ 67,6
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	42,30	43,59	+ 1,29	+ 3,0
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	16,16	54,39	+ 38,23	+ 236,5
Summe	58,47	97,98	+ 39,51	+ 67,6
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,1	0,1		



TZ 3

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
24	Gesundheit	in Mio. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
240	Bundesministerium für Gesundheit	60,48	56,99	- 3,49	- 5,8
241	Beteiligungen, Abgeltungen	65,70	64,06	- 1,64	- 2,5
242	Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge	62,21	62,74	+ 0,54	+ 0,9
243	Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch.	9,76	6,88	- 2,88	- 29,5
244	Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten	645,82	646,99	+ 1,17	+ 0,2
245	Leist. z. Krankenvers. u. sonst. Leistungen zur Sozialvers.	82,85	71,21	- 11,64	- 14,1
246	Krankenkassen-Strukturfonds	0,00	40,00	+ 40,00	+ 3999900,0
249	Dienststellen	1,35	1,06	- 0,29	- 21,3
	Summe Ausgaben	928,17	949,94	+ 21,77	+ 2,3
2/..	Einnahmen				
240	Bundesministerium für Gesundheit	15,41	14,12	- 1,28	- 8,3
241	Ges. Österr. GmbH/Fonds Gesundes Österr. (zweckgeb. Geb.)	7,25	7,25	+ 0,00	+ 0,0
242	Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge	35,06	36,34	+ 1,29	+ 3,7
243	Veterinärw., Lebensmittelang., Gentechnologie u. Strahlensch.	0,53	0,12	- 0,40	- 76,7
244	Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten	0,02	0,02	+ 0,00	+ 28,0
246	Krankenkassen-Strukturfonds	0,00	40,00	+ 40,00	+ 3999900,0
249	Dienststellen	0,21	0,12	- 0,09	- 43,0
	Summe Einnahmen	58,47	97,98	+ 39,51	+ 67,6
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 869,70	- 851,96	+ 17,75	- 2,0



1/24 Gesundheit

1/245 Leistungen zur Krankenversicherung und sonstige Leistungen zur Sozialversicherung

1/24507 Leistungen zur Krankenversicherung – 11,57 Mio. EUR

Der Bund hat gemäß § 75a ASVG einen Aufwandersatz für die in die Krankenversicherung einbezogenen Bezieher von Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung zu leisten, wenn die gesamten Leistungsaufwendungen der Krankenversicherungsträger für diese Personen in einem Geschäftsjahr die von den Ländern entrichteten Beiträge übersteigen.

Die Minderausgabe ergibt sich aus den – im Vergleich zur Prognose des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger zum Zeitpunkt der Erstellung des BFG 2012 – geringeren tatsächlichen Zahlungen.

– 11,12 Mio. EUR

1/24638 Krankenkassen-Strukturfonds

Gemäß § 7 Krankenkassen-Strukturfondsgesetz, BGBl. I Nr. 52/2009 i.d.g.F., ist der Fonds in den Jahren 2011 bis 2015 jeweils mit 40 Mio. EUR zu dotieren. Zur Vermeidung einer Budgetverlängerung wurde der Ansatz nur mit 1.000 EUR dotiert.

Die Bundesministerin für Finanzen ist gemäß Art. VI Abs. 1 Z 3 lit. m des BFG 2012 ermächtigt, die Zustimmung zur Überschreitung des Ansatzes 1/24638 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinnahmen beim VA-Ansatz 2/24634 zu geben.

+ 40,00 Mio. EUR

Überschreitungsbewilligung:
39.999.000,- EUR; BMF-112913/0002-II/5/2012 v. 12.01.2012

2/24 Gesundheit

2/24634 Krankenkassen-Strukturfonds

+ 40,00 Mio. EUR

Gemäß § 7 Krankenkassen-Strukturfondsgesetz, BGBl. I Nr. 52/2009 i.d.g.F., ist der Fonds in den Jahren 2011 bis 2015 jeweils mit 40 Mio. EUR zu dotieren. Zur Vermeidung einer Budgetverlängerung wurde der Ansatz nur mit 1.000 EUR dotiert.

Die Bundesministerin für Finanzen ist gemäß Art. VI Abs. 1 Z 3 lit. m des BFG 2012 ermächtigt, die Zustimmung zur Überschreitung des Ansatzes 1/24638 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinnahmen beim VA-Ansatz 2/24634 zu geben.

+ 40,00 Mio. EUR

TZ 3

Untergliederung 25: Familie und Jugend

Ausgaben

In der UG 25 betrugen die Ausgaben 6.371,41 Mio. EUR und somit 8,7 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 6.405,60 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 34,19 Mio. EUR (– 0,5 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden durch eine deutliche Verringerung der Wochengeldtage sowie durch die restriktivere Auslegung von Dienst-Freistellungsgründen erzielt (– 77,56 Mio. EUR). Weitere Minderausgaben betrafen Familienbeihilfen infolge der 2011 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen, die 2012 erstmals ganzjährig wirksam wurden (– 29,65 Mio. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten aus der Überweisung des Überschusses aus der Gebarung des FLAF an den Reservefonds für Familienbeihilfen (+ 95,00 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 6.472,75 Mio. EUR und somit 9,8 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 6.394,28 Mio. EUR wurden 78,47 Mio. EUR (+ 1,2 %) mehr eingenommen.

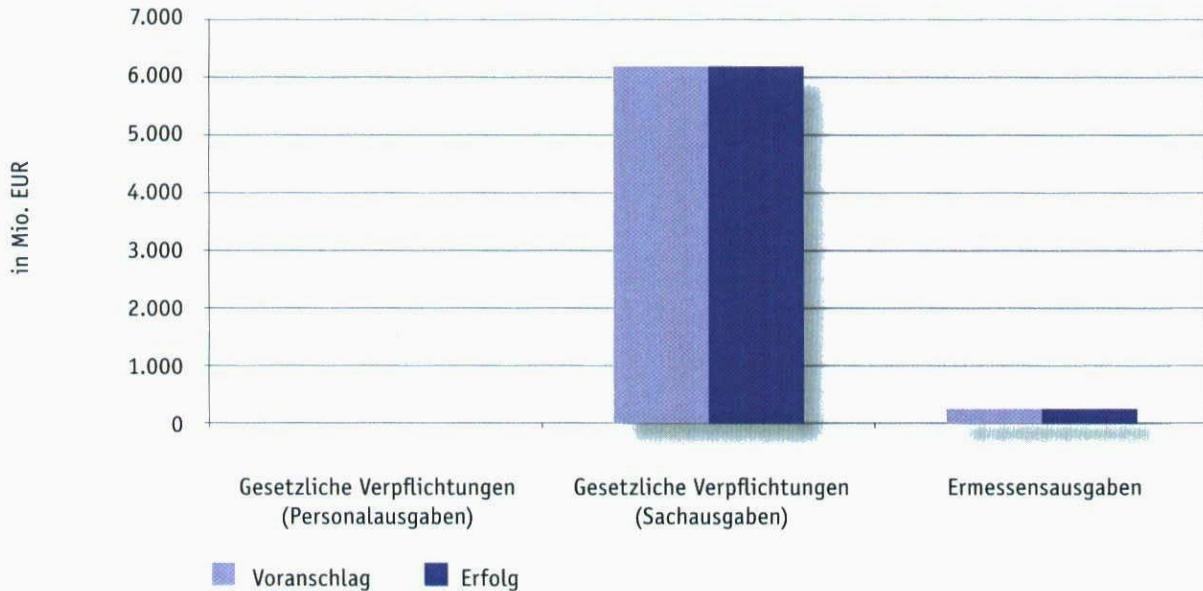
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Überweisung des Überschusses aus der Gebarung des FLAF an den Reservefonds für Familienbeihilfen (+ 95,00 Mio. EUR).

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag bei den Dienstgeberbeiträgen resultierten aus dem vom BMWFJ bei der Budgeterstellung höher angenommenen Bruttolohnaufkommen (– 18,25 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 25	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
Sachausgaben	6.405,60	6.371,41	– 34,19	– 0,5
Gesetzliche Verpflichtungen	6.167,23	6.132,13	– 35,10	– 0,6
Ermessensausgaben	238,37	239,28	+ 0,91	+ 0,4
Summe	6.405,60	6.371,41	– 34,19	– 0,5
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	8,4	8,7		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 25	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	6.330,28	6.403,19	+ 72,92	+ 1,2
BestandsWirksame Einnahmen	64,00	69,56	+ 5,55	+ 8,7
Summe	6.394,28	6.472,75	+ 78,47	+ 1,2
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	6.319,73	6.303,20	- 16,52	- 0,3
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	74,55	169,55	+ 95,00	+ 127,4
Summe	6.394,28	6.472,75	+ 78,47	+ 1,2
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	9,8	9,8		

TZ 3

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
25	Familie und Jugend	in Mio. EUR			in %
1/..	Ausgaben				
251	Familienpolitische Maßnahmen	76,61	72,81	- 3,80	- 5,0
253	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	6.319,73	6.289,75	- 29,98	- 0,5
254	Jugend	9,25	8,85	- 0,40	- 4,3
	Summe Ausgaben	6.405,60	6.371,41	- 34,19	- 0,5
2/..	Einnahmen				
251	Familienpolitische Maßnahmen	74,55	169,55	+ 95,00	+ 127,4
253	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.)	6.319,73	6.303,20	- 16,52	- 0,3
254	Jugend	0,00	0,00	- 0,00	- 73,6
	Summe Einnahmen	6.394,28	6.472,75	+ 78,47	+ 1,2
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 11,32	101,34	+ 112,66	- 995,5

1/25 Familie und Jugend

1/253 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

1/25307 Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung) - 29,40 Mio. EUR

Minderausgaben aufgrund der 2011 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen, die 2012 erstmals ganzjährig wirksam wurden. Durch die Vielschichtigkeit der Maßnahmen waren die Ausgaben für die Familienbeihilfe geringer als bei Erstellung des Voranschlags angenommen. - 29,65 Mio. EUR

1/2533 Schülerfreifahrten (zweckgebundene Gebarung)

1/25337 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) - 14,02 Mio. EUR

Minderausgaben bei den Fahrpreisersätzen im Linienverkehr. Von den Verkehrsverbünden wurden für 2012 Fahrpreisersatzabrechnungen für zurückliegende Zeiträume samt Nachforderungen avisiert, die aber nicht im vollen Ausmaß einlangten.

- 8,49 Mio. EUR



	Minderausgaben bei den Fahrpreisersätzen im Gelegenheitsverkehr aufgrund verzögerter Abrechnungen für das Schuljahr 2012/13 durch die Verkehrsunternehmer.	– 5,69 Mio. EUR
1/2538	Sonstige familienpolitische Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)	
1/25387	Sonstige Maßnahmen	– 82,64 Mio. EUR
	Minderausgaben resultierten aus der deutlichen Verringerung der Wochengeldtage und den gemäß Erlass des BMASK restriktiver zu behandelnden Freistellungsgründen. Insbesondere der Rückgang der Freistellungszeugnisse von 3.756 im Jahr 2010 auf 905 im Jahr 2011 war bei der Budgetierung 2012 nicht vorhersehbar, weil diese Zahlen erst im Juli 2012 veröffentlicht wurden.	– 77,56 Mio. EUR
1/25397	Aufwendungen (zweckgebundene Gebarung)	+ 95,00 Mio. EUR
	Der Überschuss aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (FLAF) war gemäß § 40 Abs. 4 Familienlastenausgleichsgesetz 1967 an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen. Zurückzuführen war dieser Überschuss vor allem auf Minderausgaben für Familienbeihilfen (– 29,40 Mio. EUR), für Schülerfreifahrten (– 14,02 Mio. EUR) und für Sonstige Maßnahmen (– 82,64 Mio. EUR).	+ 95,00 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 95.000.000,- EUR; BMF-112913/0319- II/9/2012 v. 13.12.2012	
2/25	Familie und Jugend	
2/251	Familienpolitische Maßnahmen	
2/2513	Reservefonds für Familienbeihilfen	
2/25134	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 95,00 Mio. EUR
	Gemäß § 40 Abs. 7 Familienlastenausgleichsgesetz 1967 ist der Überschuss des FLAF mit den vom Bund getragenen Abgängen des FLAF der vergangenen Jahre aufzurechnen. Die Mehreinnahmen zu Gunsten des Reservefonds entstanden durch unerwartete Minderausgaben für Familienbeihilfen, für Schülerfreifahrten und für Sonstige Maßnahmen (siehe VA-Ansatz 1/25397).	+ 95,00 Mio. EUR

TZ 3

2/253	Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)	
2/25300	Dienstgeberbeiträge	- 18,25 Mio. EUR
	Mindereinnahmen aufgrund des niedrigeren Brutto- lohnauflommens als angenommen. Die Einnahmen stie- gen nicht wie erwartet um 4,0 %, sondern um 3,6 %.	- 18,25 Mio. EUR
2/25382	Unterhaltsvorschüsse	+ 5,56 Mio. EUR
	An ausständigen Unterhaltsvorschüssen wurde mehr he- reingebraucht als bei der Erstellung des Voranschlags an- genommen worden war.	+ 5,56 Mio. EUR



Rubrik 3: Bildung, Forschung, Kunst und Kultur

Untergliederungen 30 bis 34

Ausgaben

Die Ausgaben betragen 12.580,71 Mio. EUR und somit 17,3 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 12.647,66 Mio. EUR wurden 66,95 Mio. EUR (– 0,5 %) weniger ausgegeben. Für Personal entstanden Minderausgaben in Höhe von 23,60 Mio. EUR (– 0,8 %) und bei den Sachausgaben ergaben sich Minderausgaben in Höhe von 43,35 Mio. EUR (– 0,5 %).

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 106,83 Mio. EUR und somit 0,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 97,03 Mio. EUR wurden 9,80 Mio. EUR (+ 10,1 %) mehr eingenommen.

Tabelle 75: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2012 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 3

Rubrik 3	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
Personalausgaben	3.086,60	3.063,00	– 23,60	– 0,8
Sachausgaben	9.561,06	9.517,71	– 43,35	– 0,5
Gesetzliche Verpflichtungen	4.338,18	4.397,17	+ 58,98	+ 1,4
Ermessensausgaben	5.222,88	5.120,54	– 102,33	– 2,0
Summe	12.647,66	12.580,71	– 66,95	– 0,5
Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %	16,5	17,3		

TZ 3

Tabelle 76: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2012 von Einnahmen gegliedert nach ausgewählten Gesichtspunkten in der Rubrik 3

Rubrik 3	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	93,84	101,64	+ 7,81	+ 8,3
Bestandswirksame Einnahmen	3,20	5,19	+ 1,99	+ 62,1
Summe	97,03	106,83	+ 9,80	+ 10,1
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	29,47	36,75	+ 7,27	+ 24,7
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	67,56	70,08	+ 2,52	+ 3,7
Summe	97,03	106,83	+ 9,80	+ 10,1
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,1	0,2		

Untergliederung 30: Unterricht, Kunst und Kultur

Ausgaben

In der UG 30 betragen die Ausgaben 8.353,58 Mio. EUR und somit 11,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 8.316,93 Mio. EUR wurden 36,65 Mio. EUR (+ 0,4 %) mehr ausgeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 19,70 Mio. EUR (– 0,6 %). Die Sachausgaben erhöhten sich um 56,35 Mio. EUR (+ 1,1 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden bei den Aufwendungen (Gesetzlichen Verpflichtungen) der Allgemein bildenden Pflichtschulen (+ 46,12 Mio. EUR), da bereits bei BVA-Erstellung die Inanspruchnahme einer Rücklage eingeplant war. Weitere Mehrausgaben entstanden für Transferzahlungen an Länder, weil einige Bundesländer Unterlagen über den Ausbau ganztägiger Schulformen nicht rechtzeitig vorgelegt hatten und Zahlungen für das Jahr 2011 erst 2012 erfolgten (+ 33,25 Mio. EUR).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Mieterinvestitionen bei der Schulraumbewirtschaftung resultierten vorwiegend aus Budgetkürzungen im Zuge der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen 2012 bzw. wurden die Mittel zur Bedeckung der Mehrausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden verwendet (insgesamt – 65,12 Mio. EUR). Weitere Minder-

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

ausgaben bei den Personalausgaben der Handelsakademien und Handelschulen entstanden durch vermehrte Übertritte in den Ruhestand (insgesamt – 10,89 Mio. EUR).

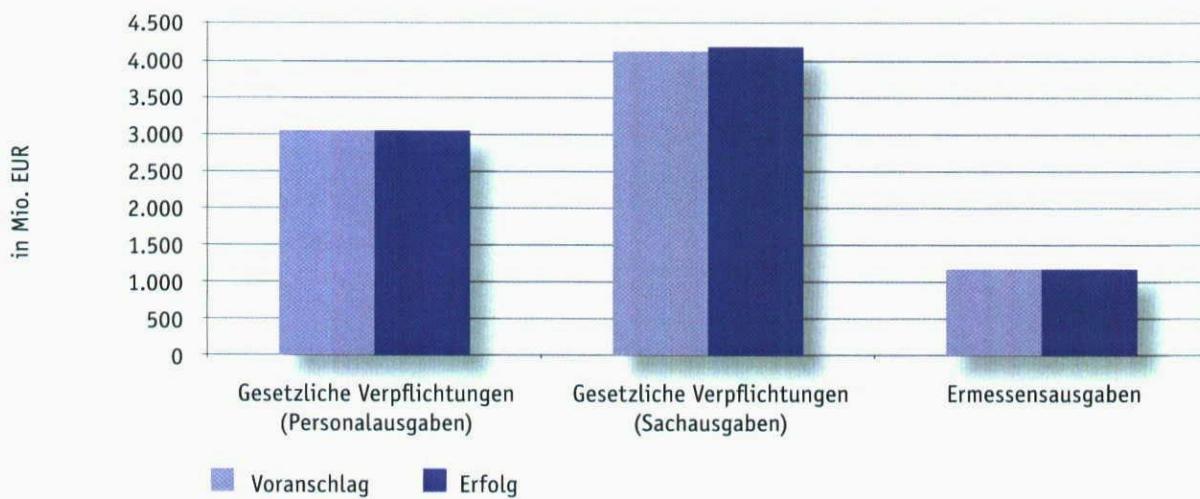
Einnahmen

Die Einnahmen betragen 101,80 Mio. EUR und somit 0,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 90,15 Mio. EUR wurden 11,65 Mio. EUR (+ 12,9 %) mehr eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag bei den Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten entstanden, weil von den Bundesmuseen weniger Personalaufwand als veranschlagt zu refundieren war (insgesamt – 5,13 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 30	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
Personalausgaben	3.035,98	3.016,28	– 19,70	– 0,6
Sachausgaben	5.280,95	5.337,30	+ 56,35	+ 1,1
Gesetzliche Verpflichtungen	4.097,16	4.160,06	+ 62,90	+ 1,5
Ermessensaustgaben	1.183,79	1.177,24	– 6,55	– 0,6
Summe	8.316,93	8.353,58	+ 36,65	+ 0,4
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	10,9	11,5		



TZ 3

Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 30	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	87,97	99,39	+ 11,42	+ 13,0
Bestandswirksame Einnahmen	2,18	2,41	+ 0,23	+ 10,6
Summe	90,15	101,80	+ 11,65	+ 12,9
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	29,45	36,72	+ 7,27	+ 24,7
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	60,70	65,08	+ 4,38	+ 7,2
Summe	90,15	101,80	+ 11,65	+ 12,9
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,1	0,2		

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
		in Mio. EUR		in %	
30	Unterricht, Kunst und Kultur				
1/..	Ausgaben				
300	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	738,06	716,92	- 21,14	- 2,9
301	Kunst und Kultur	449,45	441,82	- 7,63	- 1,7
302	Bundesministerium; Zweckaufwand	153,80	138,08	- 15,72	- 10,2
304	Nachgeordnete Dienststellen	6,64	6,88	+ 0,24	+ 3,6
306	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	103,11	104,68	+ 1,56	+ 1,5
307	Allgemein bildende Schulen	4.964,77	5.037,08	+ 72,31	+ 1,5
308	Berufsbildende Schulen	1.630,97	1.624,11	- 6,86	- 0,4
309	Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	270,13	284,02	+ 13,89	+ 5,1
	Summe Ausgaben	8.316,93	8.353,58	+ 36,65	+ 0,4

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
30	Unterricht, Kunst und Kultur			in Mio. EUR
2/..	Einnahmen			in %
300	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur	3,06	3,45	+ 0,39 + 12,8
301	Kunst und Kultur	23,87	16,15	- 7,71 - 32,3
302	Bundesministerium; Zweckaufwand	3,39	5,80	+ 2,41 + 71,3
304	Nachgeordnete Dienststellen	3,18	3,79	+ 0,61 + 19,1
306	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	18,11	21,68	+ 3,57 + 19,7
307	Allgemein bildende Schulen	15,42	20,72	+ 5,31 + 34,4
308	Berufsbildende Schulen	21,13	27,50	+ 6,37 + 30,2
309	Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	2,01	2,71	+ 0,70 + 34,8
Summe Einnahmen		90,15	101,80	+ 11,65 + 12,9
Saldo Einnahmen/Ausgaben		- 8.226,78	- 8.251,78	- 25,00 + 0,3

1/30 Unterricht, Kunst und Kultur

1/300 Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

1/3000 Zentralleitung

1/30008 Aufwendungen – 13,64 Mio. EUR

Minderausgaben für Mieterinvestitionen bei der Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung resultieren vor allem aus der Budgetkürzung im Zuge der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen 2012. Rd. 2,72 Mio. EUR wurden zur Bedeckung der Mehrausgaben für Werkleistungen durch Dritte verwendet.

– 15,95 Mio. EUR

Mehrausgaben für Werkleistungen durch Dritte ergaben sich aus den Mehrkosten für die Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG) sowie einer Restforderung der BHAG aus dem Jahr 2011, welche erst 2012 beglichen wurde.

+ 2,72 Mio. EUR

1/3001 Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz

1/30018 Aufwendungen – 6,69 Mio. EUR

Minderausgaben für Mieterinvestitionen, weil diese Mittel zur Bedeckung der Mehrausgaben für die Instandhaltung von Gebäuden verwendet wurden.

– 49,17 Mio. EUR

TZ 3

	Minderausgaben für Schulraum-Normmieten, weil diese Mittel zur Bedeckung der Mehrausgaben bei den Zuschlagsmieten (5,90 Mio. EUR) und bei den Betriebskosten (1,00 Mio. EUR) herangezogen wurden.	- 6,94 Mio. EUR
	Mehrausgaben vor allem für die Instandhaltung von Gebäuden bei den Landesschulräten bzw. dem Stadtschulrat für Wien, welche vor allem durch die Minderausgaben bei Mieterinvestitionen bedeckt wurden.	+ 41,59 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Zuschlagsmieten, weil einige Schulbauvorhaben (HTL Wien-Spengergasse, AHS Neusiedl, BSZ Tulln, HTL Salzburg, AHS Stockerau) entgegen den ursprünglichen Annahmen bereits im Jahr 2012 fertiggestellt wurden.	+ 6,76 Mio. EUR
1/302	Bundesministerium; Zweckaufwand	
1/3020	Allgemein-pädagogische Erfordernisse	
1/30208	Aufwendungen	- 7,92 Mio. EUR
	Minderausgaben für Werkleistungen durch Dritte, weil wegen der Sparvorgaben folgende pädagogische Projekte zurückgestellt wurden: Begleitmaßnahmen Neue Mittelschule (1,08 Mio. EUR), Berufsbildungsqualität (0,98 Mio. EUR), AHS Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung (0,80 Mio. EUR), Interkulturelles Lernen (0,44 Mio. EUR), Bildungsstandards in der Berufsbildung (0,32 Mio. EUR), Neue Technologien (0,28 Mio. EUR), Kunst und Kulturvermittlung (0,24 Mio. EUR), Sonderpädagogik (0,22 Mio. EUR), AHS Schulentwicklung (0,17 Mio. EUR), Comenius und Leonardo Projekte (0,16 Mio. EUR), Litera (0,12 Mio. EUR), Schulsportwettkämpfe (0,11 Mio. EUR), diverse Kleinprojekte (0,72 Mio. EUR), Gender (0,07 Mio. EUR), Bildung 2020 (0,06 Mio. EUR) und Umweltbildung (0,03 Mio. EUR).	- 5,82 Mio. EUR
	Weitere Minderausgaben entstanden bei den Schülerunterstützungen für Schulveranstaltungen durch einen Rückgang der Ansprüche.	- 0,20 Mio. EUR



1/306	Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene	
1/3060	Schulaufsichtsbehörden	
1/30607	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 5,79 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Bedienstete gemäß Punkt 4 (7) des Stellenplans, weil durch Personalumstellungen die Bezüge einiger Landesbediensteter der Schulaufsicht nunmehr aus der UT 7 und nicht mehr aus der UT 0 bezahlt werden (3,74 Mio. EUR), sowie wegen Refundierungszahlungen an das Amt der Oö. Landesregierung und den Magistrat Wien, welche das Vorjahr betrafen (2,23 Mio. EUR).	+ 5,97 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 4.969.231,- EUR; BMF-112913/0056-II/4/2012 v. 15.5.2012 1.980.000,- EUR; BMF-112913/0147-II/4/2012 v. 30.10.2012	
1/307	Allgemein bildende Schulen	
1/3070	Allgemein bildende höhere Schulen	
1/30700	Personalausgaben	- 6,44 Mio. EUR
	Minderausgaben für Bezüge von Beamten vor allem wegen des Pragmatisierungsstopps. Diese Minderausgaben wurden bei der Veranschlagung (auch in den vergangenen Jahren) nur unzureichend berücksichtigt, wodurch diese Finanzposition deutlich überdotiert war.	- 102,18 Mio. EUR
	Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen, weil sich die Abrechnung für die Lehrer verzögert hat und die Auszahlung nicht mehr im Budgetjahr 2012 erfolgen konnte.	- 4,84 Mio. EUR
	Die Minderausgaben für Dienstgeberbeiträge stehen in direktem Zusammenhang mit den Minderausgaben für Bezüge von Beamten.	- 2,99 Mio. EUR
	Mehrausgaben bei den Gehältern von Vertragslehrern (79,15 Mio. EUR) und den Dienstgeberbeiträgen (zusammen 15,92 Mio. EUR) sind vor allem auf den Pragmatisierungsstopp zurückzuführen. Diese Mehrausgaben wurden bei der Veranschlagung (auch in den vergangenen Jahren) nur unzureichend berücksichtigt, sodass diese Finanzposition deutlich unterdotiert war. Weiters ist der Schülerrückgang laut BMUKK nicht im erwarteten Ausmaß eingetreten. Bei der Budgeterstellung für 2012 wurde mit einem Schülerrückgang von rd. 500 Schülern gerechnet, tatsächlich ist die Schülerzahl annähernd gleich geblieben.	+ 95,07 Mio. EUR

TZ 3

	Weiters Mehrausgaben für Jubiläumszuwendungen infolge einer geringeren Anzahl von Überritten in den Ruhestand als bei der Erstellung des Voranschlags angenommen wurde. Bei der Budgeterstellung für 2012 wurde mit 589 Neupensionierungen gerechnet, tatsächlich waren es 477 Neuzugänge.	+ 4,37 Mio. EUR
	Schließlich Mehrausgaben für die Rückstellung der Dienstgeberbeiträge aus Pensionen für Beamte, weil diese Finanzposition im Jahr 2012 neu eröffnet wurde und im Voranschlag noch nicht berücksichtigt werden konnte.	+ 3,93 Mio. EUR
1/3075	Allgemein bildende Pflichtschulen	
1/30757	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 46,30 Mio. EUR
	Mehrausgaben für laufende Transferzahlungen gemäß FAG, weil das BMUKK bereits bei der Budgeterstellung die Inanspruchnahme von Rücklagen in der Höhe von rd. 31,5 Mio. EUR eingeplant hat. Weitere Mehrausgaben betrafen vor allem Vorlaufzahlungen im Bereich der DGB-Beamte für Landeslehrer, welche zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt waren (18,1 Mio. EUR).	+ 46,12 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 18.087.803,- EUR; BMF-112913/0306-II/4/2012 v. 11.12.2012 31.547.600,- EUR; BMF-112913/0299-II/4/2012 v. 13.12.2012	
1/30758	Aufwendungen	+ 32,17 Mio. EUR
	Mehrausgaben bei den Transferzahlungen an Länder, weil die Länder Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien entsprechende Unterlagen über den Ausbau ganztägiger Schulformen nicht rechtzeitig vorgelegt haben und daher Zahlungen für das Jahr 2011 erst 2012 erfolgen konnten.	+ 33,25 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 24.724.999,- EUR; BMF-112913/0181-II/4/2012 v. 07.11.2012 8.522.000,- EUR; BMF-112913/0029-II/4/2012 v. 29.3.2012	
1/308	Berufsbildende Schulen	
1/3082	Handelsakademien und Handelsschulen	
1/30820	Personalausgaben	- 10,89 Mio. EUR
	Minderausgaben bei Bezügen von Beamten entstanden vor allem wegen des anders als prognostiziert ausgefallenen Pensionierungsverhaltens, welches zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt war.	- 27,11 Mio. EUR

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

	Minderausgaben bei den Mehrleistungsvergütungen, weil sich die Abrechnung für die Lehrer verzögert hat und die Auszahlung nicht mehr im Budgetjahr 2012 erfolgen konnte.	- 5,77 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Gehälter von Vertragslehrern (17,06 Mio. EUR) sowie für Dienstgeberbeiträge (zusammen 3,32 Mio. EUR) vor allem aufgrund der allgemeinen Gehaltserhöhung in Höhe von 2,7 %, welche bei der Budgetierung nicht berücksichtigt wurde.	+ 20,38 Mio. EUR
1/309	Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	
1/3090	Pädagogische Hochschulen	
1/30907	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	+ 15,40 Mio. EUR
	Mehrausgaben bei Dienstgeberbeiträgen für mitverwendete Landeslehrer (9,26 Mio. EUR), weil diese aufgrund einer Vereinbarung zwischen BMF und BMUKK von diesem VA-Ansatz bezahlt wurden und nicht wie ursprünglich vorgesehen vom VA-Ansatz 1/30757 sowie für Honorare von Lehrbeauftragten (zusammen 1,82 Mio. EUR).	+ 11,09 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Bedienstete gemäß Punkt 4 (7) des Stellenplans, weil im Bereich der Pädagogischen Hochschulen zur Aufrechterhaltung des Studienbetriebes Landeslehrer dienstzugeteilt werden. Weiters wurden Mittel für mitverwendete Landeslehrer benötigt. Die Kosten für die Mitverwendungen werden den Ländern vom Bund refundiert. Für diese Landeslehrer waren offene Rechnungen zu begleichen.	+ 2,05 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 9.962.400,- EUR; BMF-112913/0299-II/4/2012 v. 13.12.2012 387.870,- EUR; BMF-112913/0183-II/4/2012 v. 7.11.2012 6.550.000,- EUR; BMF-112913/0200-II/4/2012 v.15.11.2012	
2/30	Unterricht, Kunst und Kultur	
2/301	Kunst und Kultur	
2/3011	Kulturangelegenheiten	
2/30114	Erfolgswirksame Einnahmen	- 5,13 Mio. EUR
	Mindereinnahmen bei den Kostenersätzen für die Überlassung von Bediensteten, weil von den Bundesmuseen und der Österreichischen Nationalbibliothek für dort beschäftigte Beamte weniger Personalaufwand zu refundieren war als veranschlagt. Bei der Erstellung des Budgets wurde mit Einnahmen von 13,16 Mio. EUR gerechnet, tatsächlich mussten aber nur 9,40 Mio. EUR rückerstattet werden. Weiters wurden die Aufwendungen von rd. 0,70 Mio. EUR für Dezember 2012 erst im Jahr 2013 zur Einzahlung vorgeschrieben.	- 4,38 Mio. EUR

TZ 3

Untergliederung 31: Wissenschaft und Forschung

Ausgaben

In der UG 31 betrugen die Ausgaben 3.777,58 Mio. EUR und somit 5,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3.847,53 Mio. EUR wurden 69,95 Mio. EUR (- 1,8 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 3,90 Mio. EUR (- 7,7 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 66,05 Mio. EUR (- 1,7 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich durch das Auslaufen von Förderungsprogrammen sowie dadurch, dass Offensivmittel nicht zur Gänze durch die Universitäten in Anspruch genommen wurden (insgesamt - 39,38 Mio. EUR). Weitere Minderausgaben bei den Klinikaufwendungen entstanden durch Verzögerungen bei Bauprojekten (- 33,12 Mio. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entfielen auf Förderungen für Forschungsprogramme des FWF (insgesamt + 16,81 Mio. EUR) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (+ 13,58 Mio. EUR).

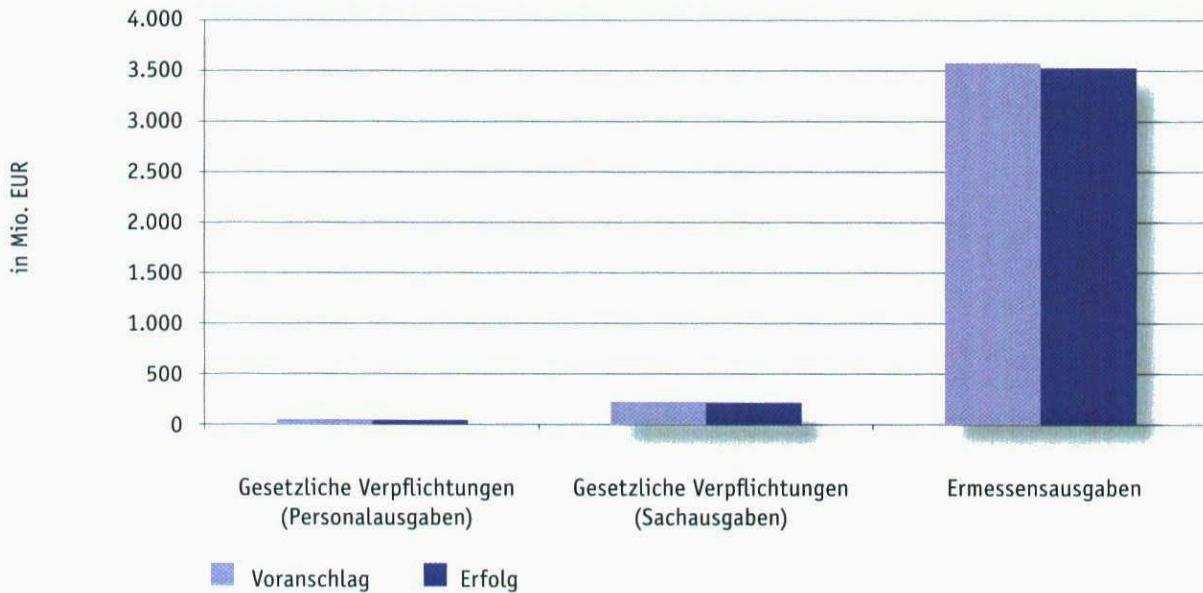
Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 1,47 Mio. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 6,88 Mio. EUR wurden 5,40 Mio. EUR (- 78,6 %) weniger eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 31	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	
Personalausgaben	50,62	46,72	- 3,90	- 7,7
Sachausgaben	3.796,91	3.730,86	- 66,05	- 1,7
Gesetzliche Verpflichtungen	224,02	219,94	- 4,08	- 1,8
Ermessensausgaben	3.572,89	3.510,91	- 61,98	- 1,7
Summe	3.847,53	3.777,58	- 69,95	- 1,8
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	5,0	5,2		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 31	Voranschlag in Mio. EUR	Erfolg	Abweichung	
			in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	5,85	1,10	- 4,75	- 81,2
BestandsWirksame Einnahmen	1,02	0,37	- 0,65	- 63,8
Summe	6,88	1,47	- 5,40	- 78,6
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	0,03	0,03	+ 0,00	+ 17,7
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	6,85	1,44	- 5,41	- 79,0
Summe	6,88	1,47	- 5,40	- 78,6
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,0	0,0		

TZ 3

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
31	Wissenschaft und Forschung	in Mio. EUR			in %
1/..	Ausgaben				
310	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung	2.956,10	2.882,22	- 73,88	- 2,5
311	Bundesministerium (Zweckaufwand)	562,84	574,67	+ 11,83	+ 2,1
312	Ang. d. Studierenden, Bibl. u. wiss. Einrichtungen	51,61	49,86	- 1,75	- 3,4
316	Fachhochschulen	239,44	239,23	- 0,20	- 0,1
319	Personalämter	37,54	31,61	- 5,94	- 15,8
	Summe Ausgaben	3.847,53	3.777,58	- 69,95	- 1,8
2/..	Einnahmen				
310	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung	6,23	0,81	- 5,42	- 86,9
311	Bundesministerium (Zweckaufwand)	0,37	0,43	+ 0,06	+ 17,4
312	Ang. d. Studierenden, Bibl. u. wiss. Einrichtungen	0,27	0,22	- 0,04	- 16,1
316	Fachhochschulen	0,01	0,00	- 0,01	- 100,0
	Summe Einnahmen	6,88	1,47	- 5,40	- 78,6
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 3.840,66	- 3.776,11	+ 64,55	- 1,7

1/31 Wissenschaft und Forschung

1/310 Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

1/3103 Universitäten; Träger öffentlichen Rechts

1/31038 Aufwendungen - 39,38 Mio. EUR

Minderausgaben ergaben sich vorwiegend bei den „Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts (Unis)“.

Diese entstanden dadurch, dass die Offensivmittel nicht zur Gänze durch die Universitäten in Anspruch genommen wurden („MINT/Masse-Ausschreibung“ – 7,00 Mio. EUR, „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF)-Overheads“ – 2,70 Mio. EUR).



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Zusätzliche Einsparungen wurden durch niedrigere Mieten für das Universitätszentrum Althanstraße II erzielt (– 8,30 Mio. EUR).

Weitere Minderausgaben entstanden durch Ansparungen von Universitätsmitteln für die Leistungsvereinbarungsperiode 2013–2015 (– 4,60 Mio. EUR).

– 23,63 Mio. EUR

Minderausgaben ergaben sich weiters bei den „Transferzahlungen an Träger öffentlichen Rechts (F&E-Mittel)“, weil für die auslaufenden Programme Uni-Infrastruktur IV und Konjunkturpaket II nur mehr Zahlungen geleistet, aber keine neuen Ausschreibungen mehr gestartet wurden.

– 15,75 Mio. EUR

1/3104 Klinikaufwendungen

1/31048 Aufwendungen

– 32,65 Mio. EUR

Minderausgaben entstanden beim „Klinischen Mehraufwand (Klinikbauten)“. Aufgrund von Verzögerungen im Baufortschritt und sich daraus ergebenden Verschiebungen im Zahlungsplan kam es bei den Projekten Allgemeines-Krankenhaus-Informations-Management (Stadt Wien und Medizinische Universität Wien), Landeskrankenhaus Graz 2000 und 2020 sowie dem Projekt Landeskrankenhaus Innsbruck 2015 zu Abweichungen.

– 33,12 Mio. EUR

1/311 Bundesministerium (Zweckaufwand)

1/3110 Hochschulische Einrichtungen

1/31107 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

– 6,45 Mio. EUR

Minderausgaben für Studienbeihilfen entstanden dadurch, dass im Vergleich zu den geschätzten Annahmen weniger Studierende einen Antrag auf Studienbeihilfe gestellt und bewilligt bekommen haben.

– 6,45 Mio. EUR

1/31108 Aufwendungen

Minderausgaben entstanden durch eine geringere Inanspruchnahme von Mitteln für Fahrtkostenzuschüsse für Studierende, für Studienabschlussstipendien und für die Studienunterstützung.

– 3,10 Mio. EUR

Minderausgaben entstanden durch die Nichtinanspruchnahme von Mitteln für weitere unvorhergesehene Zahlungen und noch nicht näher konkretisierte Ausgaben für Studien, Projekte und Aufträge sowie durch nicht eingetretene Preissteigerungen bei bestehenden Verträgen.

– 3,10 Mio. EUR

TZ 3

	Weitere Minderausgaben entstanden durch die Verlagerung des Projektes Forte in das Leistungsvereinbarungsbudget der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und damit die Abwicklung über den VA-Ansatz „Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute: Förderungen“.	- 1,60 Mio. EUR
	Einsparungen beim Projekt Studienchecker waren auf eine geringere Schülerzahl als geplant zurückzuführen.	- 0,50 Mio. EUR
1/3114	Wissenschaftliche Forschung	
1/31146	Förderungen	+ 16,81 Mio. EUR
	Mehrausgaben entstanden durch Verpflichtungen für Förderungs- bzw. Stipendienprogramme des FWF (diverse Einzelprogramme, Doktoratskollegs, Internationale Programme, Spezialforschungsprogramme).	+ 20,41 Mio. EUR
	Minderausgaben beim Start-Programm und beim Wittgenstein-Preis entstanden durch Mittelrückflüsse aus jenen geförderten Projekten, welche gleichzeitig eine Förderung durch den Europäischen Forschungsrat (ERC) zuerkannt bekamen. Bei Gewährung eines solchen ERC-Grants war nämlich die FWF-Finanzierung rückzuerstatten. Diese Mittel wurden zur Bedeckung der Mehrausgaben des „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ verwendet.	- 3,60 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 16.807.000,- EUR; BMF-112.913/0184-II/4/2012 v. 30.10.2012	
1/3116	Forschungseinrichtungen	
1/31168	Aufwendungen	- 10,87 Mio. EUR
	Minderausgaben resultierten hauptsächlich aus der Nichtinanspruchnahme der für die Drittmittelaufstockung vom BMWF reservierten Mittel durch das Institute of Science and Technology Austria (ISTA).	- 7,84 Mio. EUR
	Weitere Minderausgaben entstanden dadurch, dass über das geplante Programm „WISSENschaft WERTE“ mit dem BMF noch kein Einvernehmen hergestellt wurde.	- 3,05 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/3117 Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute

1/31176 Förderungen

+ 13,58 Mio. EUR

Mehrausgaben kamen deswegen zustande, weil bei der Erstellung des BVA 2012 nicht in voller Höhe budgetiert wurde, um bei den zu erwartenden Verhandlungen zur Leistungsvereinbarung 2012–2014 mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) den Rahmen der finanziellen Bedeckung nicht vorwegzunehmen. Die zusätzlichen Mittel wurden laut der nun geltenden Leistungsvereinbarung 2012–2014 zwischen dem BMWF und der ÖAW für die Bedeckung der zugesagten budgetären Verpflichtungen benötigt.

+ 13,58 Mio. EUR

Überschreitungsbewilligung:

13.582.000,- EUR; BMF-112.913/0166-II/4/2012 v. 17.10.2012

1/3118 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

1/31188 Aufwendungen

+ 8,82 Mio. EUR

Mehrausgaben ergaben sich durch die Leistung des Bundesanteils zu den Errichtungskosten für das Strahlentherapiezentrum MedAustron.

+ 6,17 Mio. EUR

Weitere Mehrausgaben entstanden für die Abrechnung einer Vielzahl an Projekten, wie bspw. im Rahmen des Beauftragungsvertrags (Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft) 2007–2013, des Projekts PROVISO, des Programms Sparkling Science, des Wartungsvertrags für die Stipendien- und Förderdatenbank, für das Projekt ForschungsBildungsKooperation III sowie für die Evaluierung des österreichischen Genom-forschungsprogrammes.

+ 3,03 Mio. EUR

Überschreitungsbewilligungen:

7.179.910,- EUR; BMF-112.913/0114-II/4/2012 v. 19.09.2012

994.020,- EUR; BMF-112.913/0124-II/4/2012 v. 21.09.2012

2.736.850,- EUR; BMF-112.913/0264-II/4/2012 v. 30.11.2012

1/319 Personalämter

1/31928 Personalämter

- 5,94 Mio. EUR

Die Minderausgaben beim „Saldo der Auszahlungen und der Einzahlungen der Ämter der Universitäten“ entstanden einerseits durch die Umstellung der Verrechnung im Zusammenhang mit den im Dezember ausbezahlten Jännergehältern der Beamten (Haushaltsrechtsreform) und andererseits durch ein vermehrtes Ausscheiden von Beamten.

- 5,94 Mio. EUR

TZ 3

Untergliederung 33: Wirtschaft (Forschung)**Ausgaben**

In der UG 33 betrugen die Ausgaben 109,96 Mio. EUR und somit 0,2 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 100,80 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 9,16 Mio. EUR (+ 9,1 %) mehr ausgegeben.

Einnahmen

Einnahmen wurden keine erzielt. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.000,- EUR wurden 2.000,- EUR weniger eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 33	Voranschlag in Mio. EUR	Erfolg in Mio. EUR	Abweichung	
			in %	in %
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	100,80	109,96	+ 9,16	+ 9,1
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,1	0,2		



Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
33	Wirtschaft (Forschung)			in Mio. EUR
1/.. Ausgaben				
331	Technologie- und Forschungsförderung	100,80	109,96	+ 9,16 + 9,1
	Summe Ausgaben	100,80	109,96	+ 9,16 + 9,1
2/.. Einnahmen				
331	Technologie- und Forschungsförderung	0,00	0,00	- 0,00 - 100,0
	Summe Einnahmen	0,00	0,00	- 0,00 - 100,0
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 100,80	- 109,96	- 9,16 + 9,1

Untergliederung 34: Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)**Ausgaben**

In der UG 34 betrugen die Ausgaben 339,59 Mio. EUR und somit 0,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 382,40 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 42,81 Mio. EUR (– 11,2 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag ergaben sich vorwiegend bei der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft GmbH (FFG) durch Verzögerungen bei den Ausschreibungen, wodurch für 2012 vorgesehene Zahlungen nicht mehr getätigt wurden (– 12,92 Mio. EUR) sowie durch Kürzungen beim Programm zur Förderung Junger Innovativer Technologieorientierter Unternehmen (JITU) (– 6,53 Mio. EUR).

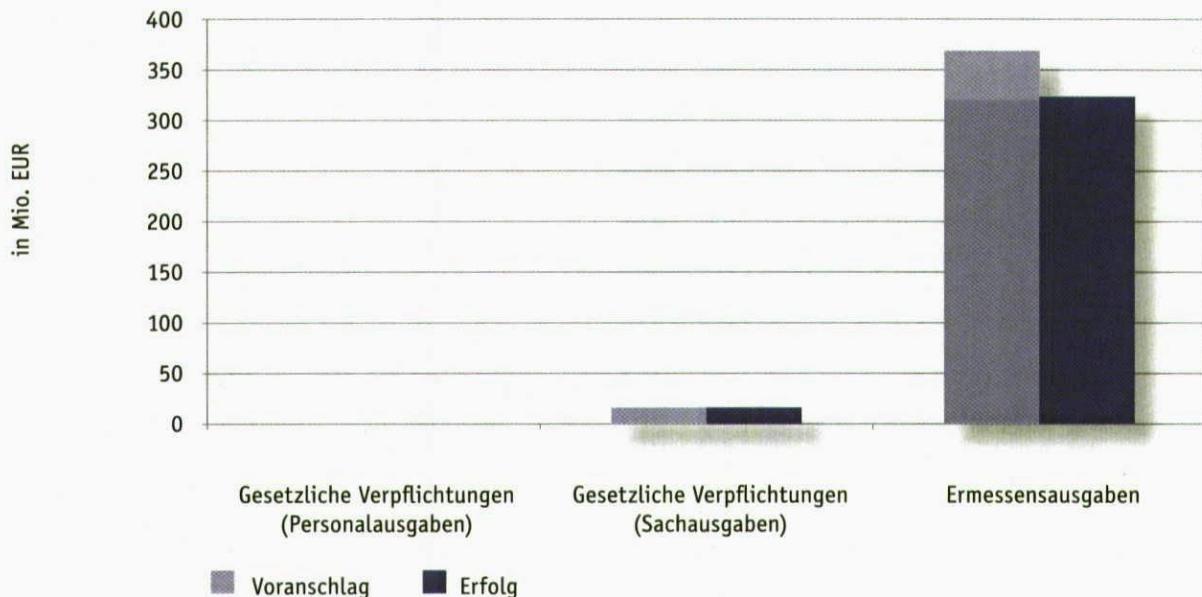
Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 3,56 Mio. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,01 Mio. EUR wurden 3,55 Mio. EUR (+ 44.383,7 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 34	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
	in Mio. EUR		in %
Schausgaben	382,40	339,59	- 42,81 - 11,2
Gesetzliche Verpflichtungen	17,00	17,16	+ 0,16 + 0,9
Ermessensausgaben	365,40	322,43	- 42,97 - 11,8
Summe	382,40	339,59	- 42,81 - 11,2
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,5	0,5	

TZ 3



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 34	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	0,01	1,15	+ 1,14	+ 19036,2
Bestandswirksame Einnahmen	0,00	2,41	+ 2,41	+ 120426,3
Summe	0,01	3,56	+ 3,55	+ 44383,7
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	0,01	3,56	+ 3,55	+ 44383,7
Summe	0,01	3,56	+ 3,55	+ 44383,7
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,0	0,0		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)			in Mio. EUR
1/..	Ausgaben			in %
341	Kapitalbeteiligungen	0,00	0,00	- 0,00 - 100,0
343	Wirtschaftlich-technische Forschung/ Technologie	86,75	68,37	- 18,38 - 21,2
344	Forschungseinrichtungen	295,65	271,22	- 24,43 - 8,3
	Summe Ausgaben	382,40	339,59	- 42,81 - 11,2
2/..	Einnahmen			
341	Erfolgs- und bestandswirksame Einnahmen	0,00	0,00	- 0,00 - 100,0
343	Wirtschaftlich-technische Forschung/ Technologie	0,01	3,56	+ 3,55 + 59211,6
	Summe Einnahmen	0,01	3,56	+ 3,55 + 44383,7
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 382,39	- 336,03	+ 46,36 - 12,1

1/34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)

1/343 Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie

1/3437 Innovationsförderung

1/34376 Förderungen – 6,53 Mio. EUR

Minderausgaben ergaben sich, weil vom BMVIT – zwecks Kompetenzbereinigung und in Abstimmung mit dem BMWFJ, anders als bei der Budgetierung geplant – beim Programm zur Förderung Junger Innovativer Technologieorientierter Unternehmen (JITU) keine neuen Projekte genehmigt wurden. – 6,53 Mio. EUR

1/3448 Forschungsförderungs GmbH (FFG)

1/34486 Förderungen – 12,92 Mio. EUR

Minderausgaben ergaben sich bei der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG) durch Verzögerungen bei den Ausschreibungen, wodurch für das Jahr 2012 vorgesehene Zahlungen nicht mehr getätigten wurden. Weiters kam es bei den laufenden Projekten – insbesondere bei den Programmen COMET, Bridge, Energie 2050, FIT-IT, Sicherheitsforschung und Intelligente Verkehrssysteme – zu Verschiebungen der geplanten Zahlungsprofile. – 12,92 Mio. EUR

TZ 3

Rubrik 4: Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt**Untergliederungen 40 bis 46****Ausgaben**

Die Ausgaben betrugen 10.271,66 Mio. EUR und somit 14,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 11.855,21 Mio. EUR wurden 1.583,55 Mio. EUR (- 13,4 %) weniger ausgegeben. Für Personal entstanden Minderausgaben in Höhe von 10,61 Mio. EUR (- 2,9 %) und bei den Sachausgaben ergaben sich Minderausgaben in Höhe von 1.572,94 Mio. EUR (- 13,7 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden in UG 46 „Finanzmarktstabilität“: Der Fonds für Maßnahmen gemäß FinStaG wird durch Einnahmen aus UG 16 „Öffentliche Abgaben“ (Zusatzabgabe zur Stabilitätsabgabe, Vorwegbesteuerung/Pensionskassen) gespeist, die für die im FinStaG vorgesehenen Maßnahmen zu verwenden sind. Da diese Einnahmen nicht in entsprechender Höhe zur Verfügung standen, waren Minderausgaben in Höhe von 1.028,00 Mio. EUR die Folge. Weitere Minderausgaben in UG 45 „Bundesvermögen“ betrafen Darlehen an das Ausland – das erste Hilfsprogramm an Griechenland wurde frühzeitig beendet (- 515,56 Mio. EUR) – sowie Zahlungen aus Finanzhaftungen: Wegen der erwarteten Konjunkturabflachung wurden höhere Schadenszahlungen aus Haftungsübernahmen erwartet, die jedoch nicht in vollem Umfang eingetreten (- 379,16 Mio. EUR). Weitere Minderausgaben entstanden bei UG 43 „Umwelt“ vorwiegend durch die gesunkenen Preise von CO₂-Emissionszertifikaten (- 122,68 Mio. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vor allem in UG 46 „Finanzmarktstabilität“ durch die Beteiligung des Bundes an den Kapitalerhöhungen der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG sowie der KA Finanz AG (+ 889,00 Mio. EUR). Weitere Mehrausgaben resultierten aus der Inanspruchnahme der Haftung des Bundes für den beim Verkauf griechischer Kreditforderungen erzielten Mindererlös durch die KA Finanz AG (+ 133,69 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 3.256,04 Mio. EUR und somit 4,9 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 3.731,27 Mio. EUR wurden 475,22 Mio. EUR (- 12,7 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag bei UG 45 „Bundesvermögen“ sind auf die Verrechnung der Rückführung von HIPC-Dotationen für Schuldenstreichungen sowie auf geringere Rückflüsse aus Garantien zurückzuführen (- 336,32 Mio. EUR). Weitere Mindereinnahmen entstanden in UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ durch die nicht durchgeführte Versteigerung zur Nutzung der LTE-Funktechnologie (- 252,08 Mio. EUR). Der geplante, aber nicht umgesetzte Beteiligungsverkauf der Kommunalkredit Austria AG (- 250,00 Mio. EUR) führte in UG 46 „Finanzmarktstabilität“ zu weiteren Mindereinnahmen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag bei UG 45 „Bundesvermögen“ sind auf die Verrechnung der zweiten Tranche der Rückführung von HIPC-Dotationen für Schuldenstreichungen zurückzuführen (+ 109,00 Mio. EUR). Weitere Mehreinnahmen entstanden in UG 40 „Wirtschaft“ unter anderem durch Zahlungen im Bereich Förderzinsen (+ 69,82 Mio. EUR) sowie in UG 41 „Verkehr, Innovation und Technologie“ infolge einer Dividendenausschüttung der ASFINAG an die Eigentümer (+ 65,00 Mio. EUR).

Tabelle 77: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2012 von Personal- und Sachausgaben in der Rubrik 4

Rubrik 4	Voranschlag in Mio. EUR	Erfolg	Abweichung	
			in %	
Personalausgaben	369,85	359,24	- 10,61	- 2,9
Sachausgaben	11.485,36	9.912,41	- 1.572,94	- 13,7
Gesetzliche Verpflichtungen	1.879,94	1.675,20	- 204,73	- 10,9
Ermessensaussgaben	9.605,42	8.237,21	- 1.368,21	- 14,2
Summe	11.855,21	10.271,66	- 1.583,55	- 13,4
Anteil an den Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in %	15,5	14,1		

TZ 3

Tabelle 78: Voranschlagsabweichungen vom BVA 2012 von Einnahmen gegliedert nach ausgewählten Gesichtspunkten in der Rubrik 4

Rubrik 4	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR			in %
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	3.151,22	3.198,31	+ 47,10	+ 1,5
Bestandswirksame Einnahmen	580,05	57,73	- 522,32	- 90,0
Summe	3.731,27	3.256,04	- 475,22	- 12,7
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	1.533,04	1.154,74	- 378,29	- 24,7
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbdeckung)	2.198,23	2.101,30	- 96,93	- 4,4
Summe	3.731,27	3.256,04	- 475,22	- 12,7
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	5,7	4,9		

Untergliederung 40: Wirtschaft

Ausgaben

In der UG 40 betrugen die Ausgaben 460,00 Mio. EUR und somit 0,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 445,50 Mio. EUR wurden 14,50 Mio. EUR (+ 3,3 %) mehr ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 10,97 Mio. EUR (– 7,7 %). Die Sachausgaben erhöhten sich um 25,48 Mio. EUR (+ 8,4 %).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden für die Sanierung von Amtsgebäuden infolge zügigen Baufortschritts und der damit erforderlichen Freigabe zusätzlicher Mittel (insgesamt + 37,75 Mio. EUR).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag bei den Wirtschaftsförderungen erfolgten zu Gunsten von Maßnahmen der thermischen Sanierung des BMLFUW (insgesamt – 15,86 Mio. EUR).

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

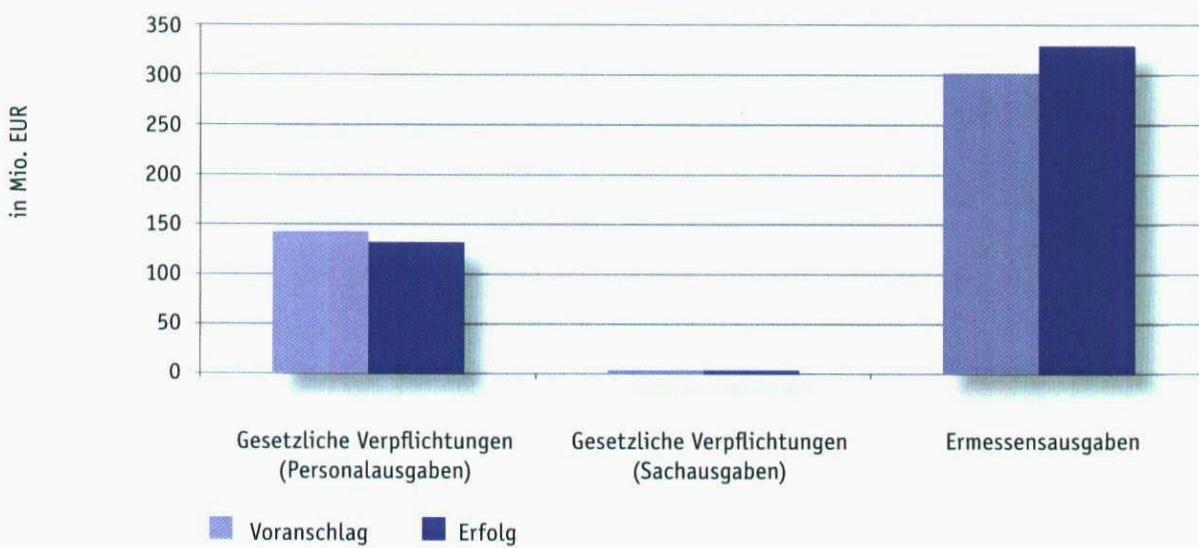
Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 272,60 Mio. EUR und somit 0,4 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 170,50 Mio. EUR wurden 102,10 Mio. EUR (+ 59,9 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden durch Förderzinszahlungen für Erdöl und Erdgas (+ 68,42 Mio. EUR) sowie durch Überweisungen von der Energie-Control Austria (Modernisierungsmaßnahmen gemäß Wärme- und Kälteleitungsausbaugetz 2008) (+ 25,00 Mio. EUR) erreicht.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 40	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
	in Mio. EUR		in %
Personalausgaben	142,03	131,06	- 10,97
Sachausgaben	303,47	328,94	+ 25,48
Gesetzliche Verpflichtungen	2,02	1,99	- 0,03
Ermessensausgaben	301,45	326,95	+ 25,50
Summe	445,50	460,00	+ 14,50
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,6	0,6	



TZ 3

Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 40	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	169,48	271,21	+ 101,72	+ 60,0
Bestandswirksame Einnahmen	1,01	1,39	+ 0,38	+ 37,6
Summe	170,50	272,60	+ 102,10	+ 59,9
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	0,01	0,27	+ 0,26	+ 2013,5
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	170,48	272,33	+ 101,84	+ 59,7
Summe	170,50	272,60	+ 102,10	+ 59,9
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,3	0,4		

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
		in Mio. EUR		in %	
40 Wirtschaft					
1/..	Ausgaben				
400	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	177,43	165,37	- 12,06	- 6,8
401	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	215,39	202,79	- 12,60	- 5,9
402	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	52,56	90,88	+ 38,31	+ 72,9
404	Schönbrunner Tiergartenamt, Amt d. Bundesimmobilien	0,12	0,97	+ 0,85	+ 690,9
	Summe Ausgaben	445,50	460,00	+ 14,50	+ 3,3
2/..	Einnahmen				
400	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	136,92	208,48	+ 71,56	+ 52,3
401	Bundesministerium; Zweckaufwand	22,95	48,56	+ 25,62	+ 111,6
402	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	10,62	15,56	+ 4,93	+ 46,4
	Summe Einnahmen	170,50	272,60	+ 102,10	+ 59,9
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 275,00	- 187,40	+ 87,60	- 31,9



1/40 Wirtschaft

1/400	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	
1/4000	Zentralleitung	
1/40000	Personalausgaben	– 7,19 Mio. EUR
	Minderausgaben bei den Bezügen für Beamte infolge der restriktiven Aufnahmepolitik.	– 6,87 Mio. EUR
1/401	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	
1/4015	Wirtschaftsförderungen	
1/40156	Förderungen	– 15,86 Mio. EUR
	Minderausgaben bei Transferzahlungen an übrige Sektoren der Wirtschaft zugunsten von Maßnahmen der thermischen Sanierung des BMLFUW (24,20 Mio. EUR). Der Restbetrag i.H.v. 25,80 Mio. EUR wurde der Rücklage zugeführt und soll für eine neue Förderoffensive der Thermischen Sanierung im Finanzjahr 2013 eingesetzt werden.	– 50,00 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Investitionszuschüsse im Energiewesen für Modernisierungsvorhaben gemäß Wärme- und Kälteleitungsausbaugetsetz 2008. Die zusätzlichen Mittel wurden im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2012 (BGBI. I Nr. 112/2011) bereitgestellt (siehe VA-Ansatz 2/40155).	+ 24,74 Mio. EUR
	Mehrausgaben betreffend Schwerpunkte der Internationalisierungsoffensive. Durch Verzögerungen bei der Abrechnung diverser Projekte mit der Wirtschaftskammer Österreich erfolgte die Schlusszahlung erst im Finanzjahr 2012.	+ 5,83 Mio. EUR
	Mehrausgaben bei Förderaktionen der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H. (ÖHT) für Konjunkturbelebungsmaßnahmen aus Vorjahren sowie vorgezogene Projektabrechnungen.	+ 3,62 Mio. EUR
1/402	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	
1/4023	Kulturbauten	
1/40233	Anlagen	+ 37,75 Mio. EUR
	Mehrausgaben aufgrund der in der Endphase befindlichen Generalsanierung und der damit verbundenen Freigabe zusätzlicher Mittel betreffend Himmelpfortgasse/Johannesgasse.	+ 33,41 Mio. EUR

TZ 3

	Mehrausgaben aufgrund dringend notwendiger Sofortmaßnahmen betreffend Fassadensanierungen im Bereich der Wiener Hofburg (z.B. Michaelertrakt, Prunksaaltrakt, Bibliothekshof, Reichskanzleitrakt).	+ 5,19 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen:	
	4.400.000,- EUR; BMF-112913/0007-II/10/2012 v. 26.01.2012	
	16.472.023,47 EUR; BMF-112913/0012-II/10/2012 v. 08.02.2012	
	7.206.778,32 EUR; BMF-112913/0030-II/10/2012 v. 04.04.2012	
	10.260.000,- EUR; BMF-112913/0064-II/10/2012 v. 26.06.2012	
	1.300.000,- EUR; BMF-112913/0067-II/10/2012 v. 26.06.2012	
	287.570,- EUR; BMF-112913/0091-II/10/2012 v. 17.07.2012	
	1.000.000,- EUR; BMF-112913/0187-II/10/2012 v. 06.11.2012	
	500.000,- EUR; BMF-112913/0309-II/10/2012 v. 14.12.2012	
2/40	Wirtschaft	
2/400	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	
2/4000	Zentralleitung	
2/40004	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 69,82 Mio. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund gestiegener Energiepreise im Jahr 2012, produktionsabhängiger Förderzinsvorauszahlungen für Erdgas sowie infolge einer einmaligen Förderzinsnachzahlung durch die OMV aufgrund der Neu-Zuordnung der förderzinspflichtigen Erdöl- und Erdgasmengen.	+ 68,42 Mio. EUR
2/401	Bundesministerium Zweckaufwand	
2/4015	Wirtschaftsförderungen	
2/40155	Erfolgswirksame Einnahmen gemäß Art. 20 BBG 2012	+ 25,00 Mio. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund einer Überweisung aus dem von der Energie-Control Austria verwalteten Sondervermögen gemäß Budgetbegleitgesetz 2012 (BGBl. I Nr. 112/2011) für Modernisierungsmaßnahmen von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen gemäß Wärme- und Kälteleitungsausbau-gesetz 2008 (siehe VA-Ansatz 1/40156).	+ 25,00 Mio. EUR

Untergliederung 41: Verkehr, Innovation und Technologie**Ausgaben**

In der UG 41 betrugen die Ausgaben 2.814,47 Mio. EUR und somit 3,9 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.970,59 Mio. EUR wurden 156,12 Mio. EUR (– 5,3 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 4,39 Mio. EUR (– 7,1 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 151,73 Mio. EUR (– 5,2 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Zahlungen an die ÖBB gemäß § 42 Bundesbahngesetz entstanden durch die verzögerte Vorlage von Abrechnungen durch Eisenbahnverkehrsunternehmen (insgesamt – 53,83 Mio. EUR). Weitere Minderausgaben betrafen geringere Mittelanforderungen des Klima- und Energiefonds (– 39,65 Mio. EUR) sowie den Liegenschaftserwerb der ASFINAG durch Planungsverzögerungen bei Straßenprojekten (– 27,70 Mio. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für gemeinwirtschaftliche Leistungen entstanden, weil sich der Güterverkehr infolge des besseren Konjunkturverlaufs im Schienengüterverkehr nicht so rückläufig entwickelte, wie ursprünglich befürchtet wurde (insgesamt + 45,26 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 324,56 Mio. EUR und somit 0,5 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 482,10 Mio. EUR wurden 157,54 Mio. EUR (– 32,7 %) weniger eingenommen.

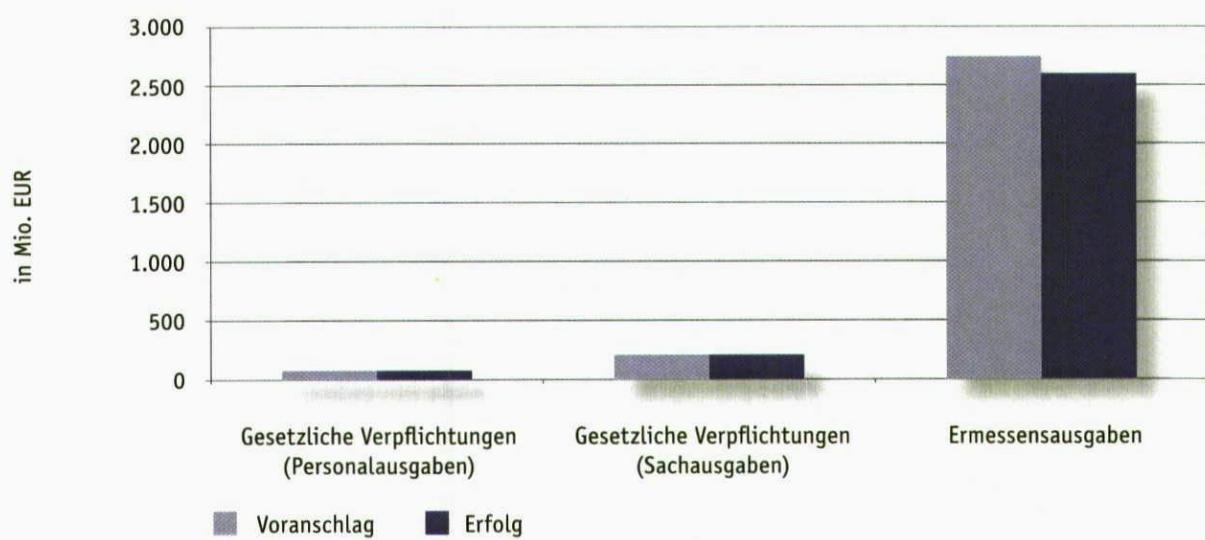
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die nicht durchgeführte Versteigerung zur Nutzung der LTE-Funktechnologie (– 252,08 Mio. EUR).

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag konnten durch eine Dividendenausschüttung der ASFINAG an die Eigentümer (+ 65,00 Mio. EUR) sowie durch höhere Strafgeldzahlungen infolge verstärkter Verkehrskontrollen (+ 13,04 Mio. EUR) erzielt werden.

TZ 3

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 41	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
Personalausgaben	61,85	57,46	- 4,39	- 7,1
Sachausgaben	2.908,74	2.757,01	- 151,73	- 5,2
Gesetzliche Verpflichtungen	187,53	184,65	- 2,88	- 1,5
Ermessensausgaben	2.721,22	2.572,36	- 148,86	- 5,5
Summe	2.970,59	2.814,47	- 156,12	- 5,3
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	3,9	3,9		



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 41	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	481,75	324,18	- 157,56	- 32,7
Bestandswirksame Einnahmen	0,36	0,38	+ 0,02	+ 6,3
Summe	482,10	324,56	- 157,54	- 32,7

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Untergliederung 41	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	82,99	90,28	+ 7,30	+ 8,8
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	399,12	234,28	- 164,83	- 41,3
Summe	482,10	324,56	- 157,54	- 32,7
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,7	0,5		

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
		in Mio. EUR		in %
41 Verkehr, Innovation und Technologie				
1/.. Ausgaben				
410 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	91,98	73,99	- 17,99	- 19,6
411 Bundesministerium (Zweckaufwand)	2.485,36	2.451,28	- 34,08	- 1,4
412 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	230,44	178,45	- 51,99	- 22,6
414 Wasserbauverwaltung	76,83	52,88	- 23,95	- 31,2
415 Bundesanstalt für Verkehr	8,37	7,20	- 1,17	- 13,9
416 Bundesstraßenverwaltung	55,82	26,71	- 29,10	- 52,1
417 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)	4,40	4,12	- 0,28	- 6,4
418 Einrichtungen des Patentwesens	17,41	19,84	+ 2,43	+ 13,9
Summe Ausgaben	2.970,59	2.814,47	- 156,12	- 5,3
2/.. Einnahmen				
410 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	277,97	29,97	- 248,00	- 89,2
411 Bundesministerium (Zweckaufwand)	55,01	126,55	+ 71,55	+ 130,1
412 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	0,19	0,19	- 0,00	- 0,2
414 Wasserbauverwaltung	58,63	58,83	+ 0,20	+ 0,3
415 Bundesanstalt für Verkehr	0,33	1,40	+ 1,08	+ 329,2
416 Bundesstraßenverwaltung	53,37	66,40	+ 13,04	+ 24,4
417 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)	4,40	5,24	+ 0,84	+ 19,0
418 Einrichtungen des Patentwesens	32,21	35,98	+ 3,76	+ 11,7
Summe Einnahmen	482,10	324,56	- 157,54	- 32,7
Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 2.488,49	- 2.489,91	- 1,41	+ 0,1

TZ 3

1/41 Verkehr, Innovation und Technologie

1/410 Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

1/4100 Zentralleitung

1/41008 Aufwendungen – 5,85 Mio. EUR

Minderausgaben infolge eines sparsamen Gebarungsvollzuges. Davon betroffen waren insbesondere die Bereiche Werkleistungen durch Dritte (– 2,62 Mio. EUR), Instandhaltungen von Gebäuden (– 0,47 Mio. EUR) und Sonstige Werkleistungen im Bereich der administrativen Datenverarbeitung (– 0,44 Mio. EUR).

– 5,85 Mio. EUR

1/4102 Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten

1/41028 Aufwendungen – 6,35 Mio. EUR

Minderausgaben bei den Werkleistungen für Dritte, weil für den Ersatz der Investitionskosten im Zusammenhang mit den erwarteten Mehrausgaben für die Vorratsdatenspeicherung der Bundesvoranschlag gegenüber dem BVA 2011 bereits erhöht wurde. Die Einbringung der Anträge der Anspruchsberechtigten erfolgte zum Teil jedoch später als bei der Budgeterstellung angenommen. Die Auszahlungen werden sich folglich ins Haushaltsjahr 2013 verschieben. Überdies konnten die Vergabeverfahren für die Beschaffung von Messfahrzeugen, Peilanlagen und Antennenanlagen in Folge von noch zu klärenden technischen Fragen im Jahr 2012 nicht mehr abgeschlossen werden.

– 8,58 Mio. EUR

Mehrausgaben aufgrund der Tatsache, dass zur kontenkorrekten Darstellung der Vorauszahlungen für die Investitionskosten zur Vorratsdatenspeicherung Anfang 2012 ein eigenes VA-Konto 7480.400 eröffnet wurde und alle Vorauszahlungen betreffend Vorratsdatenspeicherung, die bisher über das Konto 7270.000 liefen, umgebucht wurden.

+ 2,30 Mio. EUR

1/411 Bundesministerium (Zweckaufwand)

1/4114 Eisenbahnen

1/41148 Kosten für Eisenbahn-Infrastruktur – 53,83 Mio. EUR

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Minderausgaben bei Zahlungen an die ÖBB gemäß § 42 Bundesbahngesetz, weil für die Umrüstung von Schienenfahrzeugen auf das Zugsicherungssystem ETCS rd. 45,00 Mio. EUR mitbudgetiert waren, aber infolge nicht erfolgter bzw. verzögerter Vorlage von Abrechnungen durch die Eisenbahnverkehrsunternehmen nur rd. 1,40 Mio. EUR ausbezahlt werden konnten. Diese Verzögerungen waren für das BMVIT nicht absehbar und lagen im Verantwortungsbereich der Eisenbahnverkehrsunternehmen. Weiters erfolgte eine Umschichtung zu Gunsten des VA-Ansatzes 1/41158 in Höhe von 15,25 Mio. EUR i.Z.m. Zahlungen an die Rail Cargo Austria AG.

– 59,50 Mio. EUR

Minderausgaben bei den Zahlungen an die Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG) gemäß § 6 SCHIG-Gesetz, weil entgegen der Bedarfsplanung (in der Höhe von rd. 6,44 Mio. EUR) von der SCHIG nur rd. 3,32 Mio. EUR abgerechnet und angefordert wurden.

– 3,11 Mio. EUR

Minderausgaben bei den Zahlungen (Querfinanzierungen) betreffend Brenner-Basistunnel gemäß § 8a ASFINAG-Gesetz resultierten aus einer zeitlichen Anpassung des Projektlaufes, die auch im Rahmenplan 2013 bis 2018 Berücksichtigung fand. Die Mittel zur Querfinanzierung werden ausschließlich bedarfsgerecht entsprechend dem Projektfortschritt des Projektes Brenner-Basistunnel angewiesen.

– 2,50 Mio. EUR

Mehrausgaben bei der Infrastrukturfinanzierung der Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb GmbH (GKB) resultierten aus der Abdeckung der Verpflichtung des Bundes gegenüber der Allgemeinen Pensionskassen AG (APK). Die Nachschussverpflichtung ergab sich aus Veranlagungsverlusten infolge der Finanzkrise und des zu hoch angesetzten Rechnungszinssatzes. Die Nichtbedeckung der Forderung hätte eine Kürzung der Pensionen und einen Übergang der Pensionsverpflichtungen auf die GKB nach sich gezogen. In diesem Fall wäre eine Klage der GKB gegen den Bund, auf Basis der gegebenen Bundesverpflichtung, kaum vermeidbar gewesen.

+ 10,63 Mio. EUR

1/41158 Gemeinwirtschaftliche Leistungen

+ 45,26 Mio. EUR

Mehrausgaben bei den Gemeinwirtschaftlichen Leistungen gemäß § 48 Bundesbahngesetz (Güterverkehr), weil sich der Güterverkehr – aufgrund des erfreulichereren Konjunkturverlaufs im Schienengüterverkehr – nicht so stark rückläufig entwickelte wie zum Zeitpunkt der Budgeterstellung befürchtet worden war.

+ 40,40 Mio. EUR

TZ 3

	Mehrausgaben bei den Leistungen gemäß § 3 Privatbahngesetz aufgrund verspäteter Vorlage von Abrechnungen für Leistungen aus Vorperioden durch die Eisenbahnverkehrsunternehmen. Offene Forderungen und Akontierungen für 2012 konnten somit erst nach Durchführung der erforderlichen Kontrollen angewiesen werden.	+ 3,61 Mio. EUR
	Mehrausgaben bei den Gemeinwirtschaftlichen Leistungen gemäß § 48 Bundesbahngesetz (Personenverkehr) und der Leistungen gemäß Verkehrsdiestvertrag der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH infolge erhöhter Kosten der Wertsicherung und der Abwicklung von vertraglich festgelegten Bonuszahlungen für die Erfüllung von Qualitätskriterien.	+ 2,10 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 40.250.000,- EUR; BMF-112913/0224-II/10/2012 v. 30.11.2012 2.910.660,09 EUR; BMF-112913/0085-II/10/2012 v. 25.07.2012 2.103.000,- EUR; BMF-112913/0250-II/10/2012 v. 29.11.2012	
1/4117	Post und Telekom	
1/41178	Gemeinwirtschaftliche Leistungen (Telefon und Zeitungen)	- 19,92 Mio. EUR
	Minderausgaben bei den Telefonentgeltbefreiungen durch – vom BMVIT nicht absehbare – geringere Inanspruchnahme der Leistungen gemäß Fernsprechentgeltzuschussgesetz durch die Anspruchsberechtigten.	- 19,74 Mio. EUR
1/412	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	
1/4124	Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen	
1/41246	Förderungen	- 5,64 Mio. EUR
	Minderausgaben ergaben sich dadurch, dass bei der Budgeterstellung für das Förderprogramm „Kombinierter Güterverkehr Straße–Schiene–Schiff“ für das Jahr 2012 höhere Bewilligungssummen erwartet worden waren. Anstelle von 15 Projekten konnten nur 10 Projekte gefördert werden; entsprechend geringere Förderbeträge gelangten zur Auszahlung.	- 5,51 Mio. EUR
1/4127	Klima- und Energiefonds	
1/41278	Aufwendungen	- 39,65 Mio. EUR
	Minderausgaben bei den Transferzahlungen des BMVIT an den Klima- und Energiefonds (KLIEN) infolge von Verschiebungen in den Jahresarbeitsprogrammen des KLIEN und daraus resultierenden geringeren Mittelanforderungen im Haushaltsjahr 2012.	- 39,65 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/414	Wasserbauverwaltung	
1/4146	Wasserbau – Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/41468	Aufwendungen	– 10,40 Mio. EUR
	Minderausgaben für vorbeugende Maßnahmen im Fluss- und Hochwasserschutz (HWS) durch die via donau Wasserstraßegesellschaft mbH infolge von Projektverzögerungen bzw. -verschiebungen in den Bereichen HWS-Bauten an der Donau (– 7,27 Mio. EUR) sowie beim Flussbaulichen Gesamtprojekt östlich von Wien, Pilotprojekt Bad Deutsch Altenburg (– 3,30 Mio. EUR). Die Projektverzögerungen resultierten aus Projektoptimierungen und Neu-Ausschreibungen, wodurch sich die Vorhaben zwar vergünstigten, aber erst verzögert gestartet werden konnten.	– 10,40 Mio. EUR
1/4149	via donau- ÖWG	
1/41498	Aufwendungen	– 8,66 Mio. EUR
	Minderausgaben bei den Zahlungen für Projekte gemäß § 18 Abs. 3 Wasserstraßengesetz an die via donau Wasserstraßengesellschaft mbH infolge von Projektkostenreduktionen durch Effizienzsteigerungen sowie durch den Abbau von Bundesguthaben aus Vorperioden.	– 8,66 Mio. EUR
1/416	Bundesstraßenverwaltung	
1/4163	Bundesstraßen A+S	
1/41633	Anlagen	– 27,70 Mio. EUR
	Minderausgaben für den Liegenschaftserwerb der ASFINAG infolge des verzögerten Planungsfortschritts bei Straßenprojekten (insbesondere gegenüber der ursprünglichen Planung abweichende Evaluierungsergebnisse im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Naturschutzverfahren), wodurch Teile des geplanten Liegenschaftserwerbs verschoben werden mussten. Von den Planungsverzögerungen betroffen waren beispielsweise die S 1, Wiener Außenring Schnellstraße (Bereich Schwechat – Ölafen), die S 7, Fürstenfelder-Schnellstraße (Bereich Dobersdorf – Heiligenkreuz) sowie die A 1, Westautobahn (Anschlussstelle Hagenau).	– 27,70 Mio. EUR

TZ 3

2/41	Verkehr, Innovation und Technologie	
2/410	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	
2/4102	Post- und fernenmeldebehördliche Tätigkeiten	
2/41025	Erfolgswirksame Einnahmen (TKG)	- 252,08 Mio. EUR
	Mindereinnahmen infolge der vorläufigen Nichtdurchführung der Versteigerung zur Nutzung der LTE-Funktechnologie („Digitale Dividende“) durch die Rundfunk und Telekom Regulierungs GmbH im Jahr 2012, weil diesbezüglich erst eine Entscheidung der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission für die Durchführung der Versteigerung abgewartet werden musste.	- 252,08 Mio. EUR
2/411	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
2/4113	Kapitalbeteiligungen	
2/41134	Erträge	+ 65,00 Mio. EUR
	Mehreinnahmen infolge einer Dividendenausschüttung der ASFINAG an die Eigentümer.	+ 65,00 Mio. EUR
2/4114	Eisenbahnen	
2/41140	Brenner Basistunnel (zweckgebundene Einnahmen)	+ 6,46 Mio. EUR
	Mehreinnahmen infolge eines höheren Anteils an Querfinanzierungsmitteln für den Brenner Basistunnel gemäß § 8a ASFINAG-Gesetz, weil nunmehr auch seit 1. Jänner 2012 auf dem Abschnitt Innsbruck-Staatsgrenze der A 12, Inntal-Autobahn, ein Querfinanzierungszuschlag eingehoben wird.	+ 6,46 Mio. EUR
2/416	Bundesstraßenverwaltung	
2/41604	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 13,04 Mio. EUR
	Mehreinnahmen aus Strafgeldzahlungen aufgrund des Fehlverhaltens der Kraftfahrzeuglenker und infolge der erhöhten Intensität von Straßenverkehrskontrollen.	+ 13,04 Mio. EUR

Untergliederung 42: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft**Ausgaben**

In der UG 42 betrugen die Ausgaben 2.108,94 Mio. EUR und somit 2,9 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.144,59 Mio. EUR wurden 35,66 Mio. EUR (- 1,7 %) weniger ausgegeben. Mehrausgaben entstanden für Personal in Höhe von 4,76 Mio. EUR (+ 2,9 %). Die Sachausgaben verminderten sich um 40,41 Mio. EUR (- 2,0 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag im Zusammenhang mit Marktordnungsmaßnahmen entstanden durch verzögerte Auszahlungen an Betriebe (- 64,09 Mio. EUR) sowie durch finanzielle Mittelbindungen (- 10,00 Mio. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung entstanden aufgrund des zu gering geschätzten Antrags- und Umsetzungsvolumens der Förderungswerber (insgesamt + 14,95 Mio. EUR). Weitere Mehrausgaben entfielen auf Soforthilfen nach den Unwettern im Sommer 2012 (+ 10,88 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 221,63 Mio. EUR und somit 0,3 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 204,41 Mio. EUR wurden 17,22 Mio. EUR (+ 8,4 %) mehr eingenommen.

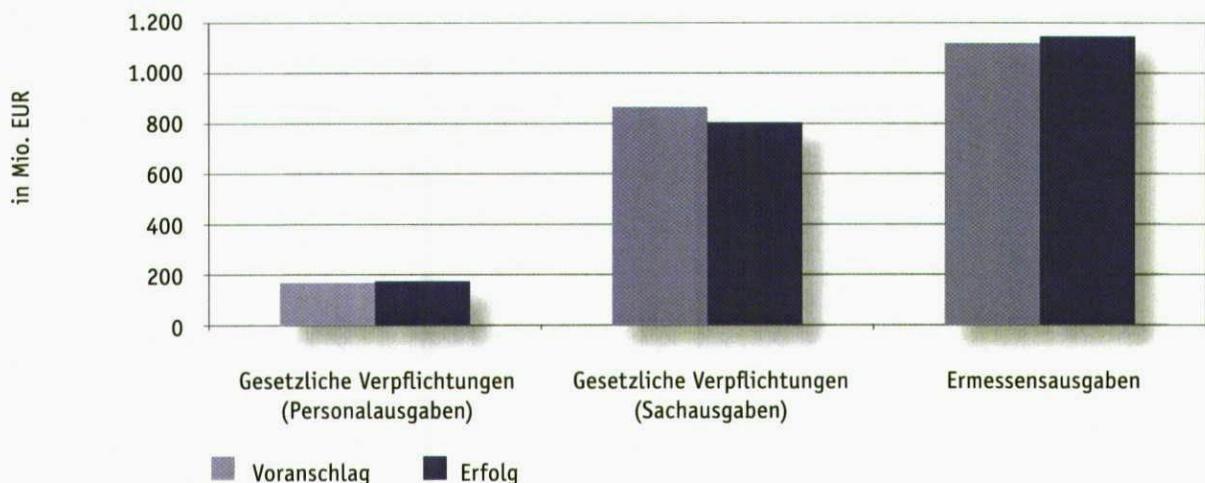
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten aus der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Sofortmaßnahmen nach den Hochwasserereignissen 2012 (Mittel des Katastrophenfonds) (+ 35,10 Mio. EUR).

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch das Ausbleiben von Gewinnausschüttungen der Österreichischen Bundesforste AG und der Landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften GmbH (- 17,80 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 42	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
Personalausgaben	165,96	170,72	+ 4,76	+ 2,9
Sachausgaben	1.978,63	1.938,21	- 40,41	- 2,0
Gesetzliche Verpflichtungen	863,17	797,67	- 65,50	- 7,6
Ermessensausgaben	1.115,46	1.140,54	+ 25,09	+ 2,2
Summe	2.144,59	2.108,94	- 35,66	- 1,7
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	2,8	2,9		

TZ 3



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 42	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	203,97	221,26	+ 17,29	+ 8,5
Bestandswirksame Einnahmen	0,44	0,37	- 0,07	- 15,7
Summe	204,41	221,63	+ 17,22	+ 8,4
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	138,81	177,03	+ 38,21	+ 27,5
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	65,60	44,60	- 20,99	- 32,0
Summe	204,41	221,63	+ 17,22	+ 8,4
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,3	0,3		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		in Mio. EUR	in %
1/.. Ausgaben				
420	BM f. Land- u. Forstwirtsch., Umwelt u. Wasserwirtschaft	197,05	193,02	- 4,03 - 2,0
421	Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens	33,74	32,35	- 1,39 - 4,1
422	Förd. d. Fischereiwirtschaft u. agrarische Strukturförderung	1,52	0,50	- 1,02 - 67,1
423	Marktordnungsmaßnahmen	774,15	715,92	- 58,23 - 7,5
424	Entwicklung des ländlichen Raumes	799,22	819,98	+ 20,76 + 2,6
425	Lehr- und Versuchsanstalten	103,38	104,02	+ 0,65 + 0,6
426	Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens	44,64	44,52	- 0,12 - 0,3
427	Maßn. f. Schutzwasserbau u. Lawinenverb. u. sonst. Maßn. WRG 1959	175,72	183,62	+ 7,90 + 4,5
428	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	15,19	15,00	- 0,18 - 1,2
Summe Ausgaben		2.144,59	2.108,94	- 35,66 - 1,7
2/.. Einnahmen				
420	BM f. Land- u. Forstwirtsch., Umwelt u. Wasserwirtschaft	47,14	24,26	- 22,88 - 48,5
421	Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens	0,02	0,67	+ 0,65 + 3627,1
422	Förd. d. Fischereiwirtschaft u. agrarische Strukturförderung	0,00	0,00	- 0,00 - 100,0
423	Marktordnungsmaßnahmen	1,30	1,97	+ 0,66 + 51,0
425	Lehr- und Versuchsanstalten	13,06	16,04	+ 2,98 + 22,9
426	Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens	0,03	0,04	+ 0,01 + 26,6
427	Maßn. f. Schutzwasserbau u. Lawinenverb. u. sonst. Maßn. WRG 1959	140,75	177,06	+ 36,31 + 25,8
428	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	2,12	1,60	- 0,52 - 24,4
Summe Einnahmen		204,41	221,63	+ 17,22 + 8,4
Saldo Einnahmen/Ausgaben		- 1.940,18	- 1.887,30	+ 52,88 - 2,7

TZ 3

1/42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	
1/421	Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens	
1/42126	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen	+ 5,12 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Maßnahmen der Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung durch die Landwirtschaftskammern (+ 1,41 Mio. EUR), der Wirtschaft (+ 1,11 Mio. EUR) und im Institutionellen Bereich (+ 1,27 Mio. EUR), die u.a. für Gesundheitsdienste (Bekämpfung von Tierkrankheiten, Zuchtprogramme zur Sicherung und Erhaltung von gefährdeten heimischen Nutztierrassen, Leistungsprüfung und Zuchttierbeurteilung) verwendet wurden.	+ 3,79 Mio. EUR
	Mehrausgaben bei der Förderung landtechnischer Maßnahmen, weil bei Ermessensförderungen zum Budgeterstellungszeitpunkt Anzahl der Antragsteller und Förderhöhe noch nicht bekannt waren.	+ 0,91 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 60.000,- EUR; BMF-112913/0133-II/10/2012 v. 8.10.2012 1.351.000,- EUR; BMF-112913/0057-II/10/2012 v. 21.5.2012 2.105.000,- EUR; BMF-112913/0066-II/10/2012 v. 6.7.2012 25.000,- EUR; BMF-112913/0151-II/10/2012 v. 11.10.2012 1.690.000,- EUR; BMF-112913/0265-II/10/2012 v. 5.12.2012	
1/4216	Land- und forstwirtschaftliche Kredite	
1/42166	Förderungen	- 7,86 Mio. EUR
	Minderausgaben bei Zinszuschüssen für land- und forstwirtschaftliche Investitionskredite aufgrund des sukzessiven Auslaufens dieser Maßnahmen sowie des derzeit niedrigen Zinsniveaus.	- 7,19 Mio. EUR
1/423	Marktordnungsmaßnahmen	
1/42304	EGFL (Betriebspromotion), Überweisung an die AMA (variabel)	- 64,09 Mio. EUR
	Minderausgaben bei der einheitlichen Betriebspromotion (gemäß VO (EU) Nr. 73/2009), weil gemäß den EU-Rechtsvorgaben eine Auszahlung erst nach Abschluss der Vor-Ort-Kontrollen bzw. der Einarbeitung der Ergebnisse erfolgen kann. Da die Kontrollen nicht zur Gänze abgeschlossen waren, musste die Auszahlung für 4.359 Betriebe gesperrt werden und erfolgt erst im Jahr 2013. Die Berechnung des für den Bundesvoranschlag festgelegten Betrages erfolgte aufgrund der Obergrenze (gemäß VO (EU) Nr. 564/2012).	- 64,09 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/42356	Nationale Marktordnungsmaßnahmen	+ 7,04 Mio. EUR
	Mehrausgaben bei Mutterkuhprämien, weil aufgrund von Haushaltsrestriktionen ursprünglich keine nationale Zusatzfinanzierung vorgesehen war, mit der nationalen Mutterkuh- und Milchkuhzusatzprämien-Verordnung 2011 (BGBI. II Nr. 157/2012) jedoch ein nationaler Bundesanteil von 6,1 Mio. EUR fixiert wurde.	+ 6,14 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 7.140.000,- EUR; BMF-112913/0053-II/10/2012 v. 16.5.2012 249.000,- EUR; BMF-112913/0315-II/10/2012 v. 14.12.2012	
1/424	Entwicklung des ländlichen Raumes	
1/4240	ELER (EU-Mittel)	
1/42406	Förderungen (variabel)	+ 7,99 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Agrarumweltmaßnahmen aufgrund der Anhebung des EU-Kofinanzierungssatzes im Rahmen der Achse 2 des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes.	+ 19,69 Mio. EUR
	Minderausgaben für Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten im Rahmen der Achse 2 des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes aufgrund der teilweisen Nichtauszahlung von Förderungen an Betriebe im Almbereich infolge von Vorortkontrollen.	- 7,96 Mio. EUR
	Minderausgaben für sonstige Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung durch vorgenommene Programmkürzungen im Rahmen der Achsen 1 und 3 sowie der Leader-Maßnahmen des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes und aufgrund des tatsächlichen Antrags- und Umsetzungsvolumens der Förderwerber.	- 3,74 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 9.006.400,- EUR; BMF-112913/0173-II/10/2012 v. 24.10.2012 1.243.000,- EUR; BFM-112913/0173-II/10/2012 v. 24.10.2012	
1/4241	Bundesmittel	
1/42416	Förderungen	+ 14,95 Mio. EUR
	Mehrausgaben für sonstige Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung aufgrund des schwer abschätzbaren Antrags- und Umsetzungsvolumens der Förderwerber.	+ 41,67 Mio. EUR

TZ 3

	Minderausgaben für Agrarumweltmaßnahmen aufgrund der Anhebung des EU-Kofinanzierungssatzes im Rahmen der Achse 2 des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes.	- 18,26 Mio. EUR
	Minderausgaben für Ausgleichszahlungen in benachteiligten Gebieten im Rahmen der Achse 2 des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes, einerseits aufgrund der Anhebung des EU-Kofinanzierungssatzes und andererseits aufgrund der teilweisen Nichtauszahlung von Förderungen an Betriebe im Almbereich infolge von Vorortkontrollen.	- 8,46 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 27.406.200,- EUR; BMF-112913/0173-II/10/2012 v. 24.10.2012 852.500,- EUR; BMF-112913/0173-II/10/2012 v. 24.10.2012	
1/427	Maßnahmen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung und sonstige Maßnahmen WRG 1959	
1/4272	Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	
1/42726	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)	+ 8,36 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Einzelprojekte (u.a.: Urslau (2,41 Mio. EUR), Lawine Tresdorferbach (0,75 Mio. EUR), Vorderbergerbach" (0,66 Mio. EUR), Suggadinbach (0,58 Mio. EUR), Penken (0,56 Mio. EUR), Heuberg-Lawinen (0,50 Mio. EUR) und Hinterhornbach (0,55 Mio. EUR)), weil deren tatsächliche Finanzierungsfestlegung erst während des Jahres durch die eingereichten Jahresarbeitsprogramme erfolgen konnte.	+ 6,01 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Wildbachverbauungen aufgrund der aktuellen Hochwasserereignisse im Jahr 2012. Auf Basis politischer Vereinbarungen wurden im Einvernehmen mit dem BMF zusätzliche Mittel für Sondermaßnahmen und Folgeprojekte bereitgestellt und ausbezahlt.	+ 3,03 Mio. EUR
	Minderausgaben für Lawinenverbauungen aufgrund zurückgestellter Vorhaben zugunsten der Hochwasserereignisse im Jahr 2012.	- 4,13 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 251.849,59 EUR; BMF-112913/0063-II/10/2012 v. 6.6.2012 20.100.000,- EUR; BMF-112913/0140-II/10/2012 v. 11.10.2012	



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/4275	Interessentengewässer	
1/42756	Interessentengewässer (Bund. für Bau-, Projekt., Gefahrenzonenplanung)	- 10,00 Mio. EUR
	Für das Jahr 2012 wurde vom BMF gemäß BGBI. I Nr. 25/2012 eine Bindung für die UG 42 in Höhe von 21,52 Mio. EUR verfügt, wovon ein Betrag von 10,00 Mio. EUR beim gegenständlichen VA-Ansatz gebunden wurde.	- 10,00 Mio. EUR
1/42766	Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgebundene Gebarung)	+ 11,44 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Soforthilfen nach den starken Unwettern im Sommer 2012 (Steiermark, Oberösterreich, Salzburg, Tirol) durch die Bundesregierung.	+ 10,88 Mio. EUR
	Überschreitungsbewilligungen: 3.000.000,- EUR; BMF-112913/0070-II/10/2012 v. 17.7.2012 9.526.000,- EUR; BMF-112913/0140-II/10/2012 v. 11.10.2012 400.000,- EUR; BMF-112913/0172-II/10/2012 v. 23.10.2012 363,42 EUR; BMF-112913/0201-II/10/2012 v. 21.11.2012	
2/42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	
2/420	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	
2/4200	Zentraleitung	
2/42004	Erfolgswirksame Einnahmen	- 5,35 Mio. EUR
	Die aufgrund der Einnahmen-Vorgaben des BMF in dieser Höhe festgelegten budgetierten Einnahmen konnten durch den starken Rückgang, vor allem bei sonstigen Erträgen, nicht in diesem Umfang erwirtschaftet werden.	- 5,35 Mio. EUR
2/4202	Beteiligungen, Abgeltungen	
2/42024	Erfolgswirksame Einnahmen	- 17,80 Mio. EUR

TZ 3

	Mindereinnahmen bei Erträgen aus Kapitalbeteiligungen aufgrund fehlender Gewinnausschüttungen der ÖBf AG (0,00 EUR Dividende gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 10.5.2012 der Österreichischen Bundesforste AG) und BVW GmbH (0,00 EUR Dividende gemäß Generalversammlungsbeschluss vom 26.6.2012 der Landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften GmbH), die aufgrund der Ertragslage in den Haupt-/Generalversammlungen dieser Kapitalgesellschaften für 2012 beschlossen wurden und zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt waren.	- 17,80 Mio. EUR
2/427	Maßnahmen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung und sonstige Maßnahmen WRG 1959	
2/42710	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)	+ 36,40 Mio. EUR

Mehreinnahmen bei Bundeszuschüssen für vorbeugende Maßnahmen der Wildbach- und Lawinenverbauung (+ 20,10 Mio. EUR), beim Bauaufwand für vorbeugende Maßnahmen bei Bundesflüssen (+ 3,37 Mio. EUR) sowie bei Bundeszuschüssen für vorbeugende Maßnahmen für Interessentengewässer (+ 11,63 Mio. EUR), weil aufgrund der Hochwassereignisse im Jahr 2012 im Einvernehmen mit dem BMF zusätzliche Mittel für Sofortmaßnahmen bereitgestellt wurden.

+ 35,10 Mio. EUR

Untergliederung 43: Umwelt**Ausgaben**

In der UG 43 betrugen die Ausgaben 735,45 Mio. EUR und somit 1,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.007,45 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 272,00 Mio. EUR (– 27,0 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die gesunkenen Preise von CO₂-Emissionszertifikaten und aufgrund der verzögerten Umsetzung von Emissionsminderungsprojekten in anderen Staaten (– 121,85 Mio. EUR) sowie beim Handel von Emissionsrechten wegen der gesunkenen Preise von CO₂-Emissionszertifikaten (– 65,99 Mio. EUR). Weitere Minderausgaben entfielen auf Kürzungen bei den Förderungen infolge der angespannten Budgetsituation (– 29,88 Mio. EUR) sowie auf Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds, da einige längerfristige Projekte erst in den Folgejahren ausgezahlt werden (– 25,05 Mio. EUR).

Einnahmen

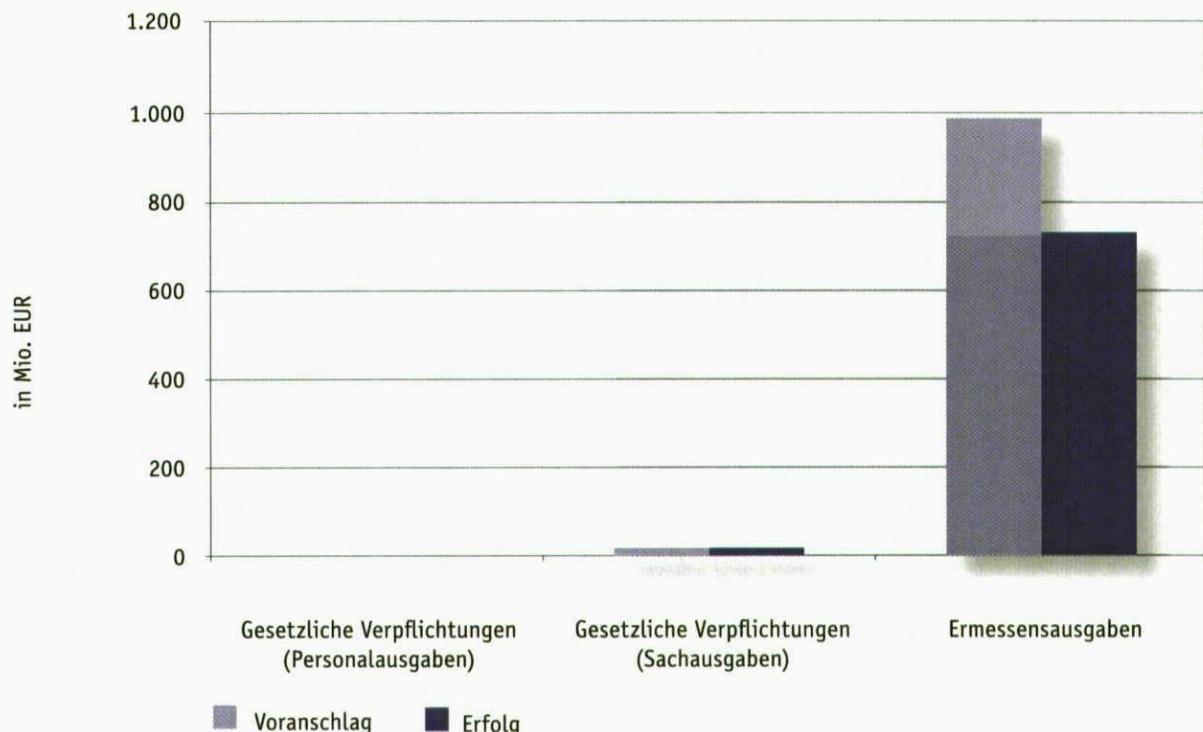
Die Einnahmen betrugen 355,68 Mio. EUR und somit 0,5 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 380,77 Mio. EUR wurden 25,09 Mio. EUR (– 6,6 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag fielen durch geringere Überweisungen von Steueranteilen und Zinsen aufgrund eines geringeren Liquiditätsbedarfs in der Wasserwirtschaft an (– 14,44 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 43	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	in %
Sachausgaben	1.007,45	735,45	– 272,00	– 27,0
Gesetzliche Verpflichtungen	16,30	16,47	+ 0,17	+ 1,0
Ermessensaustgaben	991,15	718,98	– 272,17	– 27,5
Summe	1.007,45	735,45	– 272,00	– 27,0
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	1,3	1,0		

TZ 3



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 43	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	380,77	355,68	- 25,08	- 6,6
Bestandswirksame Einnahmen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
Summe	380,77	355,68	- 25,09	- 6,6
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	352,64	337,11	- 15,53	- 4,4
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	28,13	18,58	- 9,55	- 34,0
Summe	380,77	355,68	- 25,09	- 6,6
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,6	0,5		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
43	Umwelt		in Mio. EUR	in %
1/.. Ausgaben				
430	Bundesministerium; Zentralleitung	24,57	22,90	- 1,67 - 6,8
431	Umweltschutz	982,88	712,56	- 270,32 - 27,5
Summe Ausgaben		1.007,45	735,45	- 272,00 - 27,0
2/.. Einnahmen				
430	Bundesministerium; Zentralleitung	0,05	0,04	- 0,01 - 16,5
431	Umweltschutz	380,72	355,64	- 25,08 - 6,6
Summe Einnahmen		380,77	355,68	- 25,09 - 6,6
Saldo Einnahmen/Ausgaben		- 626,68	- 379,77	+ 246,91 - 39,4

1/43 Umwelt**1/431 Umweltschutz****1/4313 Wasserwirtschaft gemäß UFG
(zweckgebundene Gebarung)**

1/43136 Förderungen - 12,86 Mio. EUR

Minderausgaben, weil es durch die Wirtschaftskrise bei der Abwicklung der geförderten Projekte zur Wasservorsorge, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (Siedlungswasserwirtschaft) vieler Gemeinden zu Verzögerungen kam und die exakte Förderhöhe erst mit der Endabrechnung feststeht. Außerdem konnten im Jahr 2012 mehrere Projekte kostengünstiger als prognostiziert durchgeführt werden, was ebenso zu Minderausgaben führte. Im Jahr 2012 erfolgten 22.974 Einzelauszahlungen.

- 12,86 Mio. EUR

1/4314 Umweltförderung im In- und Ausland

1/43146 Förderungen - 29,88 Mio. EUR

Minderausgaben aufgrund von Kostenreduktionen und Stornos und durch einen um 5 Mio. EUR gekürzten Zusagerahmen infolge der angespannten Budgetsituation. Im Jahr 2012 wurden 3.773 Förderungen mit einem Fördervolumen von rund 77,7 Mio. EUR zugesprochen, zur Auszahlung gelangten lediglich 57,16 Mio. EUR.

TZ 3

		Die Förderung von thermischen Sanierungen mit insgesamt 100 Mio. EUR wurde durch das Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode beschlossen. Im Jahr 2012 betrug das Fördervolumen an private Haushalte rund 42,97 Mio. EUR (rund 12.400 Einzelfälle mit einem durchschnittlichen Förderbetrag von zirka 3.465 EUR), an Unternehmen wurde ein Fördervolumen von rund 18,4 Mio. EUR ausbezahlt (zirka 446 Einzelfälle mit einem durchschnittlichen Förderbetrag von etwa 41.165 EUR). Im Jahr 2012 erfolgten 22.974 Einzelauszahlungen. Zur Auszahlung gelangten rund 47,48 Mio. EUR, weil ein Großteil erst in den Folgejahren fällig wird.	
1/4316	JI/CDM-Programm		- 29,88 Mio. EUR
1/43168	Aufwendungen		- 122,68 Mio. EUR
		Minderausgaben aufgrund der gesunkenen Preise von CO ₂ -Emissionszertifikaten und aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung von Emissionsminderungsprojekten in anderen Staaten. Derartige Verzögerungen können aus vielfältigen Gründen bei den Projekten selbst, z.B. durch zu geringe Wasserführung bei einem Wasserkraftwerk, oder bei der Validierung durch die zuständige UN-Behörde (UNFCCC) entstehen. Das Kyoto-Protokoll ist mit dem Jahr 2012 ausgelaufen, daher werden die Budgetreste zur Realisierung bereits erfolgter Zusagen in den Folgejahren der Rücklage zugeführt.	
1/4317	Klima- und Energiefonds		- 121,85 Mio. EUR
1/43178	Aufwendungen		- 25,05 Mio. EUR
		Minderausgaben bei den Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds, weil die Auszahlungen entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten. Zahlungen aus folgenden laufenden, längerfristigen Projekten werden unter anderem erst in den Folgejahren fällig:	
		<ul style="list-style-type: none"> - Multimodaler Verkehr (- 11,00 Mio. EUR), - Klima- und Energie Modellregion (- 5,50 Mio. EUR), - Solarthermie (- 4,50 Mio. EUR), - Photovoltaik Förderaktion (- 4,10 Mio. EUR). 	
			- 25,05 Mio. EUR



BRA 2012

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

1/43188	Flexible Reserve Emissionshandel	- 65,99 Mio. EUR
	Minderausgaben beim Handel von Emissionsrechten aufgrund des gesunkenen Preises von CO ₂ -Emissionszertifikaten und aufgrund des geringeren Bedarfes der Zuteilung von CO ₂ -Zertifikaten, weil einige Anlagen mit Zuteilungsbescheid noch nicht in Betrieb sind. Dem Voranschlag lag die Annahme zugrunde, dass für 3,70 Mio. Tonnen CO ₂ -Zertifikate zu einem Preis von 25 EUR/Tonne gekauft werden müssen. Tatsächlich wurden nur Zertifikate für 3,35 Mio. Tonnen zu einem Durchschnittspreis von 7,92 EUR/Tonne CO ₂ -Äquivalent gekauft.	- 65,99 Mio. EUR
2/43	Umwelt	
2/431	Umweltschutz	
2/4313	Wasserwirtschaft gemäß UFG (zweckgebundene Gebarung)	
2/43130	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	- 14,41 Mio. EUR
	Geringere Überweisungen von Steueranteilen und Zinsen (Sonderkonto) (- 10,05 Mio. EUR), vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (- 2,80 Mio. EUR) und für Abwicklungskosten (- 1,59 Mio. EUR) entsprechend dem geringeren Liquiditätsbedarf beim korrespondierenden Ausgabenansatz.	- 14,44 Mio. EUR

TZ 3

Untergliederung 44: Finanzausgleich

Ausgaben

In der UG 44 betrugen die Ausgaben 708,68 Mio. EUR und somit 1,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 770,35 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 61,68 Mio. EUR (– 8,0 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden aufgrund geringerer Anforderungen von Mitteln des Katastrophenfonds, da sich 2012 keine größeren Katastrophen ereignet haben (insgesamt – 30,94 Mio. EUR). Weitere Minderausgaben entstanden infolge Unterbleibens der Gewährung von Bedarfzuweisungen an Länder aufgrund der nicht erfolgten Umstellung der Glücksspielautomaten auf die Glücksspielreform 2011 und der Entwicklung der Anzahl der „alten“ Landesautomaten (– 20,00 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 508,94 Mio. EUR und somit 0,8 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 502,98 Mio. EUR wurden 5,96 Mio. EUR (+ 1,2 %) mehr eingenommen.

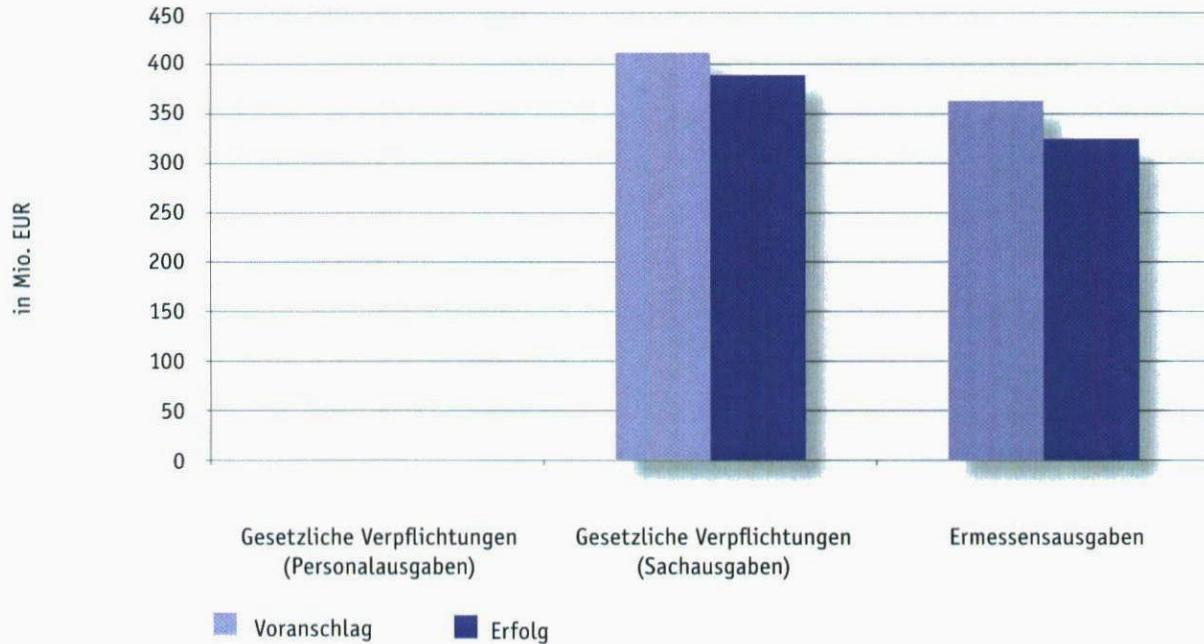
Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen die höhere Mittelabschöpfung zu Gunsten des allgemeinen Budgets gemäß § 5 Abs. 1 Katastrophenfondsgesetz (+ 30,70 Mio. EUR).

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag zur Dotierung des Katastrophenfonds resultierten aus dem geringeren Aufkommen von Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer (– 33,15 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 44	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mio. EUR	
Sachausgaben	770,35	708,68	– 61,68	– 8,0
Gesetzliche Verpflichtungen	408,01	387,20	– 20,81	– 5,1
Ermessensausgaben	362,34	321,47	– 40,87	– 11,3
Summe	770,35	708,68	– 61,68	– 8,0
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	1,0	1,0		

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen



Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 44	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	502,98	508,94	+ 5,96	+ 1,2
Summe	502,98	508,94	+ 5,96	+ 1,2
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	361,27	329,21	- 32,07	- 8,9
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	141,71	179,73	+ 38,02	+ 26,8
Summe	502,98	508,94	+ 5,96	+ 1,2
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	0,8	0,8		

TZ 3

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
44	Finanzausgleich	in Mio. EUR			in %
1/..	Ausgaben				
440	Leistungen an Länder und Gemeinden	218,86	198,37	- 20,49	- 9,4
442	Zweckzuschüsse des Bundes I	190,22	189,50	- 0,72	- 0,4
443	Zweckzuschüsse des Bundes II	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
444	Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)	361,27	320,80	- 40,47	- 11,2
	Summe Ausgaben	770,35	708,68	- 61,68	- 8,0
2/..	Einnahmen				
442	Zweckzuschüsse u. Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze	141,71	149,03	+ 7,32	+ 5,2
444	Katastrophenfonds (zweckgeb. Einnahmen)	361,27	329,21	- 32,07	- 8,9
449	Einnahmen aus Abfuhren gem. KatFG	0,00	30,70	+ 30,70	+ 3069877,8
	Summe Einnahmen	502,98	508,94	+ 5,96	+ 1,2
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 267,37	- 199,74	+ 67,63	- 25,3

1/44 Finanzausgleich

1/440 Leistungen an Länder und Gemeinden

1/44027 Bedarfszuweisung an Länder (variabel) - 20,00 Mio. EUR

Minderausgaben infolge Unterbleibens der Gewährung von Bedarfszuweisungen an die potenziell anspruchsberechtigten Länder („Erlaubnisländer“ für das kleine Glücksspiel) aufgrund der nicht erfolgten Umstellung der Glücksspielautomaten auf die Glücksspielreform 2011 (§ 22 Z 1 und 2 FAG 2008) und der Entwicklung der Anzahl der «alten» Landesautomaten (§ 22 Z 2a FAG 2008).

- 20,00 Mio. EUR

1/444 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

1/44408 Aufwendungen (variabel) - 30,94 Mio. EUR

Minderausgaben für Schäden im Vermögen der Gemeinden (- 20,12 Mio. EUR) und der Länder (- 6,54 Mio. EUR) aufgrund geringerer Mittelanforderungen, weil im Jahr 2012 österreichweit keine größeren Katastrophen stattgefunden haben.

- 26,66 Mio. EUR

Minderausgaben für Vorbeugungsmaßnahmen gegen Hochwasser und Lawinenschäden aufgrund geringerer Anforderungen seitens des BMLFUW/BMVIT, weil im Jahr 2012 österreichweit keine größeren Katastrophen stattgefunden haben.

– 2,57 Mio. EUR

Mehrausgaben aufgrund höherer Anforderungen für Katastropheneinsatzgeräte der Feuerwehren. In einigen Bundesländern fanden Geräteausstände statt, welche im Rahmen des Katastrophenfonds finanziert wurden. Die angenommenen Werte bei der Budgetierung setzten sich aus prozentuellen Berechnungen vom Aufkommen der Lohnsteuer, Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer zusammen.

+ 2,90 Mio. EUR

1/44418 Schäden an Landesstraßen (variabel)

– 8,39 Mio. EUR

Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderungen als bei der Budgetierung vorgesehen, weil die meisten Schäden der Länder bereits aufgearbeitet bzw. ausbezahlt wurden. Die Budgetierung in Höhe von 10 Mio. EUR ist gesetzlich geregelt (§ 5a (1) Katastrophenfondsgesetz 1996).

– 8,39 Mio. EUR

2/44 Finanzausgleich

2/444 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

2/44400 Dotierung des Katastrophenfonds

Mindereinnahmen aufgrund geringeren Aufkommens von Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer.

– 32,06 Mio. EUR

2/44904 Einnahmen aus Abfuhren gemäß Katastrophenfonds-Gesetz

Mehreinnahmen aufgrund höherer Mittelabschöpfung zu Gunsten des allgemeinen Budgets gemäß § 5 (1) Katastrophenfondsgesetz.

– 33,15 Mio. EUR

+ 30,70 Mio. EUR

+ 30,70 Mio. EUR

TZ 3

Untergliederung 45: Bundesvermögen

Ausgaben

In der UG 45 betrugen die Ausgaben 1.556,71 Mio. EUR und somit 2,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.623,88 Mio. EUR wurden bei den Sachausgaben 1.067,18 Mio. EUR (– 40,7 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen Darlehen an das Ausland, weil das erste Hilfsprogramm an Griechenland frühzeitig am 28. März 2012 beendet wurde (– 515,56 Mio. EUR; weitere Hilfen werden über die EFSF abgewickelt; aus deren Mitteln wird das zweite Griechenland-Hilfspaket abgewickelt) sowie Zahlungen aus Finanzhaftungen: Wegen der erwarteten Konjunkturabflachung wurden höhere Schadenszahlungen aus Haftungsübernahmen erwartet, die jedoch nicht in vollem Umfang eingetreten (– 379,16 Mio. EUR). Weitere Minderausgaben entstanden bei den Beiträgen an Internationale Finanzinstitutionen infolge geringerer Abrufe und Bundesschatzschein-Einlösungen (insgesamt – 360,62 Mio. EUR): Darin enthalten waren auch Beiträge an Internationale Finanzinstitutionen in Höhe von rd. 256 Mio. EUR, welche rückwirkend ab 1. Jänner 2012 „Maastricht-Defizit-wirksam“ als Kapitaltransfers (entsprechend den Eurostat-Richtlinien vom März 2012) verbucht wurden.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden dementsprechend i.Z.m. der Verbuchung von Beiträgen an Internationale Finanzinstitutionen, die ab 1. Jänner 2012 „Maastricht-Defizit-wirksam“ als Kapitaltransfers zu buchen waren (insgesamt + 255,44 Mio. EUR). Weitere Mehrausgaben betrafen die Fondsbe teiligung am Central and Eastern Europe (CEE) Special Situation Fund L.P., als Teil der Maßnahmen zur Krisenbekämpfung in Osteuropa und Nordafrika (+ 25,00 Mio. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 1.060,09 Mio. EUR und somit 1,6 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.270,44 Mio. EUR wurden 210,34 Mio. EUR (– 16,6 %) weniger eingezogen.

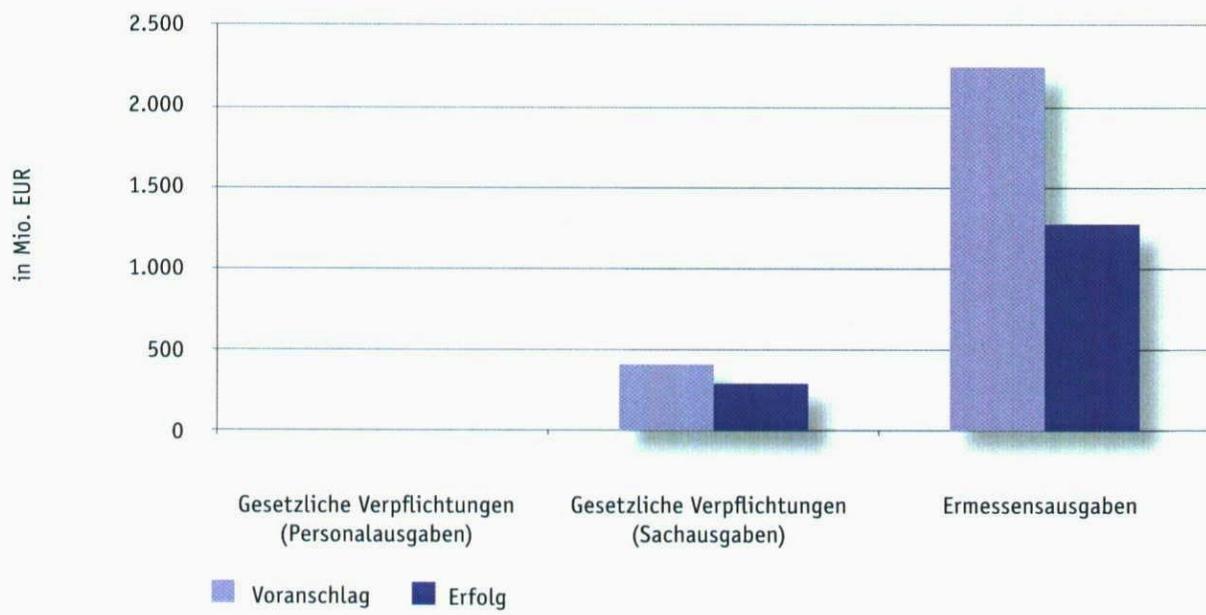
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag waren auf die Verrechnung der Rückführung von HIPC-Dotationen für Schuldenstreichungen sowie auf geringere Rückflüsse aus Garantien zurückzuführen (– 336,32 Mio. EUR). Weitere Mindereinnahmen betrafen geringere Zinsen für Darlehen an das Ausland durch die frühzeitige Beendigung des ersten Hilfsprogramms an Griechenland (– 35,41 Mio. EUR) sowie geringere Fruchtenusszahlungen seitens der ASFINAG (– 27,52 Mio. EUR).

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag waren auf die Verrechnung der zweiten Tranche der Rückführung von HIPC-Dotationen für Schuldenstreichungen zurückzuführen (+ 109,00 Mio. EUR). Weitere Mehreinnahmen resultierten aus Haftungsentgelten für im Jahr 2012 für die ASFINAG und die ÖBB-Infrastruktur AG übernommene Haftungen (+ 66,03 Mio. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 45	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
Schausgaben	2.623,88	1.556,71	- 1.067,18	- 40,7
Gesetzliche Verpflichtungen	402,91	287,22	- 115,69	- 28,7
Ermessensausbaben	2.220,97	1.269,49	- 951,48	- 42,8
Summe	2.623,88	1.556,71	- 1.067,18	- 40,7
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	3,4	2,1		



TZ 3

Übersicht über die Abweichungen der Einnahmen:

Untergliederung 45	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mio. EUR		in %	
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:				
Erfolgswirksame Einnahmen	942,21	1.004,51	+ 62,30	+ 6,6
Bestandswirksame Einnahmen	328,23	55,59	- 272,65	- 83,1
Summe	1.270,44	1.060,09	- 210,34	- 16,6
nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:				
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgel. aufgr. Gesetzl. Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	597,31	220,85	- 376,46	- 63,0
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	673,13	839,25	+ 166,12	+ 24,7
Summe	1.270,44	1.060,09	- 210,34	- 16,6
Anteil an den Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in %	1,9	1,6		

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
		in Mio. EUR		in %	
45	Bundesvermögen				
1/.. Ausgaben					
450	Kapitalbeteiligung	1.281,57	907,38	- 374,19	- 29,2
451	Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand)	0,13	0,00	- 0,13	- 100,0
452	Bundesdarlehen	518,11	2,22	- 515,88	- 99,6
453	Österreichische Entwicklungsbank	19,90	42,64	+ 22,74	+ 114,3
454	Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	0,01	2,36	+ 2,34	+ 18022,5
455	Einziehungen zum Bundesschatz	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
456	Unbewegliches Bundesvermögen	4,00	10,03	+ 6,02	+ 150,6
457	Haftungsübernahmen des Bundes	703,78	262,57	- 441,21	- 62,7
458	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	96,39	329,52	+ 233,13	+ 241,9
	Summe Ausgaben	2.623,88	1.556,71	- 1.067,18	- 40,7

Erläuterungen zu den VA-Ansatzabweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung
45	Bundesvermögen		in Mio. EUR	in %
2/.. Einnahmen				
450	Kapitalbeteiligung (Erträge)	452,06	434,57	- 17,48
451	Kapitalbeteiligung (Erlöse)	0,01	0,00	- 0,01
452	Bundesdarlehen	59,99	25,49	- 34,49
454	Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	0,34	24,73	+ 24,39
455	Einziehungen zum Bundesschatz	5,01	6,35	+ 1,34
456	Unbewegliches Bundesvermögen	92,67	108,74	+ 16,07
457	Haftungsübernahmen des Bundes	655,65	458,73	- 196,92
458	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	4,72	1,48	- 3,23
Summe Einnahmen		1.270,44	1.060,09	- 210,34
Saldo Einnahmen/Ausgaben		- 1.353,44	- 496,61	+ 856,83
				- 63,3

45 Bundesvermögen

1/450 Kapitalbeteiligung

1/4505 Internationales

1/45052 Internationale Finanzinstitutionen - 360,62 Mio. EUR

Entsprechend den Eurostat-Richtlinien vom März 2012 war der Großteil der Beiträge, die Österreich an die internationalen Finanzinstitutionen (IFIS) leistet, rückwirkend per 1. Jänner 2012 als Kapitaltransfer- und somit Maastricht-Defizit-wirksam – auf VA-Ansatz 1/45847 zu buchen: Diese budgettechnische Umbuchung beträgt insgesamt 255,70 Mio. EUR und betraf die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), den Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), den Asiatischen Entwicklungsfonds der Asiatischen Entwicklungsbank (AsEF) sowie den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD).

TZ 3

	Minderausgaben in Höhe von 25,22 Mio. EUR infolge geringerer Bundesschatzschein (BSS)-Einlösungen durch die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA). Bei der Budgeterstellung wurde von einem sechsjährigen BSS-Einlösungsplan ausgegangen, der allerdings auf den maximalen Einlösungszeitraum von neun Jahren erstreckt wurde. Außerdem wurden gemäß Eurostat-Entscheidung 138,98 Mio. EUR auf VA-Ansatz 1/45847 umgebucht.	- 164,20 Mio. EUR
	Minderausgaben in Höhe von 63,72 Mio. EUR infolge geringerer Abrufe im Rahmen des österreichischen Beitrages zum Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Bei der Budgeterstellung für 2012 wurde auf Basis der damaligen Schätzung der Kommission von einem Jahresabruf in Höhe von 133,80 Mio. EUR ausgegangen, tatsächlich wurden lediglich 70,08 Mio. EUR abgerufen, die gemäß Eurostat-Entscheidung auf VA-Ansatz 1/45847 umgebucht wurden.	- 133,80 Mio. EUR
	Minderausgaben in Höhe von 14,04 Mio. EUR infolge geringerer BSS-Einlösungen durch den Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF). Bei der Budgeterstellung wurde von einem sechsjährigen BSS-Einlösungsplan ausgegangen, der allerdings auf den maximalen Einlösungszeitraum von zehn Jahren erstreckt wurde. Außerdem wurden gemäß Eurostat-Entscheidung 29,14 Mio. EUR auf VA-Ansatz 1/45847 umgebucht.	- 43,18 Mio. EUR
	Weitere Minderausgaben betrafen die Asiatische Entwicklungsbank (AEB) (- 6,70 Mio. EUR), die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) (- 5,10 Mio. EUR), den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) (- 3,76 Mio. EUR) sowie den Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF) (- 2,20 Mio. EUR) und waren auf die Umbuchungen auf VA-Ansatz 1/45847 gemäß Eurostat-Entscheidung zurückzuführen.	- 17,76 Mio. EUR
1/45053	European Stability Mechanism (ESM) (variabel)	- 9,31 Mio. EUR
	Minderausgaben für Zahlungen i.Z.m. dem ESM, da bei Budgeterstellung die genaue Kapitaleinzahlung Österreichs im Jahr 2012 noch nicht bekannt war. Im BVA wurden 900,00 Mio. EUR durch die 2. BFG-Novelle veranschlagt, wovon die ersten beiden Raten i.H.v. 890,69 Mio. EUR im Oktober 2012 bezahlt wurden. Der Vertrag zur Errichtung des ESM trat am 27. September 2012 in Kraft. In den Jahren 2013 und 2014 werden weitere drei Raten zu je 445,34 Mio. EUR überwiesen, das einzuzahlende Kapital beträgt insgesamt 2.226,72 Mio. EUR.	- 9,31 Mio. EUR



1/452 Bundesdarlehen

1/45285 Ausland

- 515,56 Mio. EUR

Minderausgaben für Darlehen an das Ausland, weil das erste Hilfsprogramm an Griechenland frühzeitig offiziell beendet wurde. Bei diesem VA-Ansatz waren 517,78 Mio. EUR veranschlagt, von denen lediglich 2,22 Mio. EUR für die Darlehens-Schlussrechnung abgerufen wurden. Weitere Hilfen werden über den EFSF (2. Hilfsprogramm) abgewickelt. Der österreichische Anteil am Gesamtvolumen i.H.v. 110 Mrd. EUR hatte ursprünglich knapp 2,29 Mrd. EUR betragen. Tatsächlich wurden von 2010 bis 2011 sechs anstatt insgesamt vierzehn Darlehen i.H.v. 1,56 Mrd. EUR (inkl. Schlussrechnung) an Griechenland ausbezahlt.

- 515,56 Mio. EUR

1/453 Österreichische Entwicklungsbank

1/45383 Anlagen

+ 25,00 Mio. EUR

Mehrausgaben durch die Fondsbeteiligung am „Central and Eastern Europe (CEE) Special Situation Fund L.P.“, die Teil der Maßnahmen zur Krisenbekämpfung in Osteuropa und Nordafrika ist. Da die Entscheidung für diese Finanzierung erst im Laufe des Jahres 2012 getroffen wurde, war im BVA 2012 nicht entsprechend vorgesorgt.

+ 25,00 Mio. EUR

Überschreitungsbewilligung:

25.000.000,- EUR; BMF-112913/0093-III/3/2012 v. 19.7.2012

1/456 Unbewegliches Bundesvermögen

1/45608 Aufwendungen

+ 6,02 Mio. EUR

Mehrausgaben durch höhere Transaktionskosten und Nachbesserungszahlungen im Zusammenhang mit Liegenschaftsverkäufen durch BIG und SIVBEG.

+ 6,02 Mio. EUR

Überschreitungsbewilligung:

6.220.000,- EUR; BMF-112913/0217-I/5/2012 v. 22.11.2012

1/457 Haftungsübernahmen des Bundes

1/4570 Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG)
(zweckgebundene Gebarung)

TZ 3

1/45707	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (AusfFG)	- 6,46 Mio. EUR
	Minderausgaben an Kapitalertragsteuer im Zusammenhang mit den Mindereinnahmen bei der Eigenverzinsung des Kontos § 7 AusfFG. Grund dafür war einerseits die Verringerung des Kontostandes aufgrund der Rückführung von HIPC-Dotationen in Höhe von 109 Mio. EUR und andererseits die Verringerung des Verrechnungszinssatzes von 2,15 % (Ende 2011) auf 0,90 % (Ende 2012).	- 6,46 Mio. EUR
1/45709	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AusfFG) (B)	- 379,16 Mio. EUR
	Minderausgaben für Schadenszahlungen aus Haftungsübernahmen für Garantien (- 373,62 Mio. EUR), Wechselbürgschaften (- 1,54 Mio. EUR) sowie für die Oesterreichische Entwicklungsbank AG (- 4,00 Mio. EUR), weil bei Budgeterstellung wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise, der möglichen Auswirkungen des „arabischen Frühlings“ und der Iran-Sanktionen sowie der erwarteten Konjunkturabflachung wesentlich höhere Schadenszahlungen erwartet wurden und diese nicht in vollem Umfang eingetreten. Die Ermittlung des Voranschlags beruhte auf den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre unter Berücksichtigung der Finanz- und Wirtschaftslage und der zu erwartenden Umschuldungen mit Schuldenerleichterungen, wobei die Schadenszahlungen hohen Schwankungen unterlagen.	- 379,16 Mio. EUR
1/4571	Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)	
1/45718	Nebengebarung (AFFG)	- 6,81 Mio. EUR
	Minderausgaben für Zinsenzahlungen von CHF-Verbindlichkeiten im Rahmen der Kursrisikogarantie. Diesen Minderausgaben stehen Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 2/45710 gegenüber.	- 11,92 Mio. EUR
	Mehrausgaben für Zinsenzahlungen von CHF-Verbindlichkeiten im Rahmen der Mittelaufbringung im Exportfinanzierungsverfahren aufgrund des – entgegen den Annahmen bei Erstellung des Voranschlags – anhaltend hohen CHF-Wechselkurses.	+ 5,11 Mio. EUR
1/4573	Sonstige Finanzhaftungen	
1/45738	Nebengebarung (Sonstige Finanzhaftungen)	- 43,61 Mio. EUR